



AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 20899 E

1,50 DM

März

Nr. 3 / 1978

9. Jahrgang

Südafrikas innere Front



West-Sahara • Algier - Gipfel
Guatemala • Paraguay

Inhalt:

AIB-Aktuell: Stellvertreterkrieg Vietnam – Kampuchea?	S. 3
Südliches Afrika	
Basil Davidson: Im Morgenrot des Aufschwungs	S. 4 – 6
Interview mit Indres Naidoo: Der Untergrundkampf des ANC – Vorsters Trauma	S. 7 – 10
Michael Williams: Es gibt eine Lösung der Wirtschaftskrise (1. Teil)	S. 11 – 15
Atomkomplott Bonn · Pretoria	S. 15
Sozialdemokratische Aktionsansätze	S. 16 – 17
Aktionsprogramm der Sozialistischen Internationale	S. 17
SI-Resolution zum südlichen Afrika	S. 18
Westsahara	
Frankreichs Säbelrasseln in der Sahara	S. 20
Frente Polisario: Die Maske ist gefallen	S. 21 – 25
Mauretanien-Daten	S. 22
Marokko – Statthalter des Neokolonialismus	S. 23
Iran	
K. Kiauri: Volkswiderstand gewinnt an Breite	S. 25 – 27
Naher Osten	
Politische Deklaration des 2. Gipfels der Arabischen Front des Widerstandes	S. 28 – 30
Lateinamerika	
Studie der Universität Uppsala: Bonns Verstrickung in den Apartheidexport	S. 31 – 33
Interview mit Mario Cordon und Ariel Moreno: Massenaktionen setzen neue Zeichen	S. 33 – 35
Gespräch mit A. Maidana, J. Rojas und A. Acorta: Wir werden Paraguay frei sehen!	S. 36 – 37
Paraguay – Daten	S. 37
Rezensionen: Neues zum Widerstand in Südafrika	S. 38
Kurzinformationen: Ekuador, Tunesien, Friedensbewegung, Zimbabwe	S. 39
Kommentar: Bonn finanziert Eroberungskrieg am Horn	S. 40



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,- DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschritt von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. 06421-24672
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner, Wolfram Bröner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderwee 16, 4600 Dortmund

Druck: W. J. Becker, Marburg
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet

Redaktionsschluss: 15. 2. 1978
Titelmotiv: Demonstration für die Pretoria 12 vor dem Gerichtsgebäude in Pretoria, hier E. Masinga, Vater eines Angeklagten

Es arbeiteten mit: K. Becker, D. Busch, G. Faust, D. Fendt, Th. Grunenberg, M. Hellmann, H. Mayer, M. Meyn-Rodriguez, H. Merkelbach, E. Münscher, B. Pflug, J. Rodriguez, U. Rupp, K. Wetzel, I. Wick

Anzeigen, Beilagen

- ASK-Broschüre Freiheit für die Pretoria 12
- UNIDOC
- rote blätter
- ISSA
- Beilage der AIB-Werbekarte Festivalabo



Kuba: Das Land des XI. Festivals

Die AIB-Festivalausgabe bringt in Vorbereitung auf die XI. Weltfestspiele 1978 in Havanna:

- Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur sozialistischen Demokratie, zur Frage der politischen Gefangenen, über den Sport und die kubanische Jugendbewegung
- Dokumente zur Außenpolitik, Reden Fidel Castros, die Verfassung der Republik Kuba, Länderübersicht
- Interviews und Dokumente zur Festivalbewegung

Umfang 48 Seiten; Preis 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Auf Ihren Wunsch senden wir Ihnen gerne Werbekarten „AIB-Festivalabo“ zu, mit deren Verteilung auf Veranstaltungen, an Büchertischen, in Organisationen oder im Freundeskreis Sie uns tatkräftig unterstützen können!

Anschritt: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg;
Telefon (06421) 2 46 72

Freiheit für die „Zwölf von Pretoria“ und alle politischen Gefangenen in Südafrika



Elf Männer und eine Frau stehen in Pretoria, Südafrika, in einem politischen Schauprozess vor Gericht.
Der Grund: Unerschrockenes Eintreten für Freiheit und Menschenrechte in Südafrika.
Den rassistischen „Terroristengesetzen“ zufolge droht den Angeklagten die Todesstrafe.

Eine achtseitige Broschüre zum Fall der Pretoria 12 hat das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) herausgebracht. Sie enthält Grundinformationen zum Prozess, den Angeklagten und einen Augenzeugenbericht. Verkaufspreis 0,40 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 0,30 DM.

ASK-Unterschriftenlisten für die Pretoria 12 anfordern! Sammeln auch Sie Unterschriften mit!

Bestellungen an: ASK, Eichwaldstr. 32, 6 Frankfurt/M.;
Telefon (0611) 45 23 23

AIB-Aktuell: Stellvertreterkrieg Vietnam - Kampuchea?

Angesichts der ernsten Situation an der Grenze Vietnam-Kampuchea, die der Präsident des Weltfriedensrates und Augenzeuge des Kampfgeschehens Romesh Chandra als Akt „systematischer Aggression“ von Seiten Kampucheas bezeichnete, und angesichts kampucheanischer, aber auch amerikanischer Beschuldigungen, die auf Grund angeblicher Satellitenphotos ein Vordringen vietnamesischer Einheiten nach Kampuchea glauben machen wollten, sah sich die vietnamesische Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) gezwungen, ihre bisherige Zurückhaltung aufzugeben und die Weltöffentlichkeit über die wahren Vorgänge an der Grenze zu informieren.

Mangelnde geographische Kenntnisse?

In diesem Zusammenhang legte sie Anfang Januar d. J. in Hanoi eine Dokumentation über die Grenzvorfälle (Veröffentlichung im Wortlaut folgt in AIB 4/1978) vor, die auf einer Pressekonferenz am 26. Januar d. J. in Bonn auch der Öffentlichkeit in der BRD zugänglich gemacht wurde. Die dort aufgeführten Fakten belegen, daß der Grenzkonflikt schon seit 1975 schwelt. Denn obwohl die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (FNL) und die Regierung des Königreiches Kambodscha bereits 1964 und 1966 Verhandlungen über die Grenzfrage geführt und dabei dem Prinzip zugestimmt hatten, die auf der von den Franzosen vor 1954 gedruckten Indochinakarte mit dem Maßstab 1 : 100 000 gekennzeichnete Grenze – die 1939 als sogenannte Brevies-Linie geschaffen worden war – als gegenwärtige Grenze zwischen beiden Ländern anzuerkennen, kam es bereits Anfang Mai 1975 auf Grund der nach eigenen Angaben „mangelnden geographischen Kenntnisse“ der kampucheanischen Seite zu Übergriffen und blutigen Zusammenstößen.

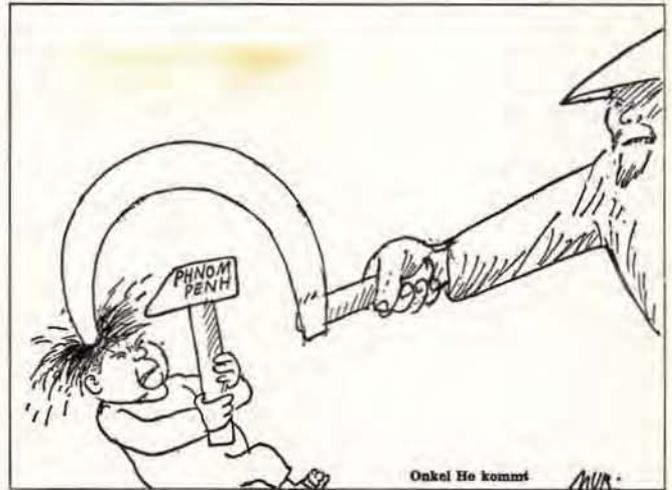
Um die genannten Konflikte beizulegen, vereinbarten die Zentralkomitees der KP Vietnams und der KP Kampucheas, ein Treffen beider Parteien auf höchster Führungsebene durchzuführen, um die Voraussetzungen für den Abschluß eines Grenzabkommens auf staatlicher Ebene zu schaffen. Ein vorbereitendes Treffen dazu fand vom 4.-18. Mai 1976 in Phnom Penh statt. Man kam überein, die vom kartographischen Amt Indochinas gedruckte und vor 1954 gültige Karte zur Bestimmung der Festlandgrenze zu benutzen. Über die Meeresgrenze wurde keine Vereinbarung erzielt. Weiterhin einigte man sich auf drei gemeinsame Maßnahmen zur Vermeidung und Lösung von Grenzzwischenfällen (Erziehung zur Freundschaft, Vermeidung und gemeinsame Lösung von Zusammenstößen), denen jedoch seitens Kampucheas in keinerlei Hinsicht entsprochen wurde. Noch während des Vorbereitungstreffens wurden die Gespräche auf kampucheanischen Wunsch vorläufig unterbrochen.

Nach einer gewissen Beruhigung spitzte sich dann die Situation seit Anfang 1977 bis heute immer mehr zu.

Vietnams angebliche Einverleibungspolitik

Wie die SRV-Dokumentation im einzelnen ausweist, veröffentlichte im August 1977 die offizielle Zeitschrift „Kampuchea im Vormarsch“ eine Kampuchea-Karte, deren Grenzverlauf der historischen Realität widerspricht. Von den Behörden Kampucheas in Vietnam verteilte Flugblätter wie auch die Aussagen gefangengenommener Spione belegen, daß die Ansprüche Kampucheas auf vietnamesisches Gebiet bis nach Saigon (Ho Chi Minh-Stadt) und darüber hinaus reichen. Überlegte, gründlich vorbereitete und einheitlich geleitete Aktionen bewaffneter kampucheanischer Kräfte gegen das Territorium Vietnams hatten sowohl Vernichtungs- als z. T. auch Eroberungscharakter; sie hinterließen große Verluste an Menschenleben unter der vietnamesischen Bevölkerung und richteten beträchtlichen materiellen Schaden an, so daß die vietnamesische Armee schließlich angemessene Schritte ergreifen mußte, um die territoriale Integrität Vietnams zu schützen.

Das führte jedoch keinesfalls – wie großbourgeoise Legendenbildner weismachen wollen – zu einem Vordringen bis kurz vor Phnom Penh. Auch das unterstellte Bestreben einer Einverleibung Kampucheas in eine „Indochinesische Föderation“ war zu keiner Zeit Bestandteil der Politik des revolutionären Vietnam. Heute hält kein vietnamesischer Soldat kampucheanischen Boden besetzt, obwohl dies auf Grund der militärischen Überlegenheit – Kampuchea besitzt z. B.



Muschez-Karikatur in der Süddeutschen Zeitung vom 7./8. Januar 1978: eines von vielen Beispielen antivietnamesischer Lügenpolitik, die Vietnam (Ho Chi Minh) zum angeblichen Aggressor umzufälschen sucht.

10 Panzer, Vietnam dagegen etwa 1 500 – durchaus möglich wäre.

Welches sind aber die Hintergründe des Konflikts? Aufgrund der Selbstisolierung Kampucheas ist es momentan sehr schwierig, die eigentlichen Ursachen der Haltung Phnom Penhs zu erkennen. Die vom Kolonialismus hinterlassene komplizierte Grenzziehung kann nicht der alleinige Grund dafür sein, wurde das Problem doch an der sehr viel längeren Grenze Laos-Vietnam schon im Juli 1977 durch einen Grenzvertrag beispielhaft gelöst. Auch der vielzitierte „Stellvertreterkrieg“ entspringt nur dem in Großmacht-kategorien behafteten Wunschdenken eines US-Präsidenten-Beraters wie Brzezinsky, obwohl betont werden muß, daß zwar die Behörden Kampucheas der Urheber des Konflikts sind, daß aber angesichts des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses ihre abenteuerlichen Aktionen nur mit Hilfe der massiven Unterstützung durch die VR China möglich sind.

Haupt Hindernis: Kampucheas Nationalismus

Offensichtlich für jeden Betrachter ist auch, welche grundverschiedenen Positionen die beiden beteiligten Seiten in diesem Konflikt einnehmen: Während die Sozialistische Republik Vietnam zu jederzeitigen Verhandlungen auch über Grenzkorrekturen zur friedlichen Beilegung der Probleme bereit ist (vgl. die Erklärung der SR Vietnam vom 31. 12. 1977, in: AIB 2/78), scheinen die Vertreter des Demokratischen Kampuchea eher an einer Fortsetzung der Kämpfe interessiert zu sein.

Dieser Eindruck hat sich eher verstärkt, nachdem sie selbst das in einem SRV-Friedensappell vom 5. Februar 1978 unterbreitete Angebot eines sofortigen Waffenstillstands, der Schaffung einer entmilitarisierten Grenzzone und der Unterzeichnung eines Grenzvertrages unter internationaler Überwachung und Garantie ausschlugen.

Auch die nationalistische antivietnamesische Pogromhetze, in deren Verlauf seit 1975 über 70 000 Vietnamesen aus Kampuchea vertrieben wurden und vietnamesische Soldaten, deren Blut auch bei der Befreiung Kampucheas floß, mit den Schergen Hitlers verglichen wurden, trägt sicherlich nicht zu einem friedlichen Nebeneinander bei. Insofern muß man zu dem Ergebnis kommen, daß das eigentliche Ziel der gegenwärtigen Aktionen darin besteht, die Tradition der Solidarität und Freundschaft zwischen den Völkern Vietnams und Kampucheas zu zerstören und den friedlichen Aufbau in Vietnam – Kampuchea verfolgt in dieser Hinsicht offenbar ein anderes Konzept – zu behindern.

Nutznießer einer solchen Entwicklung ist aber nur der Imperialismus, der weiterhin ein reges Interesse an den Vorgängen in Südostasien hat. Deshalb muß auch das Streben der fortschrittlichen Kräfte in aller Welt darauf gerichtet sein, daß der Konflikt so bald als möglich durch Verhandlungen bei voller Wahrung der gegenseitigen territorialen Integrität und Souveränität, und zwar auf friedliche Weise, gelöst wird.

Nach dem Verbot der Organisationen der Black Consciousness-Bewegung im Oktober und der siegreich beendeten Wahlfarce vom 24. November 1977 wähnt sich das Rassistenregime Vorsters stark genug, um den auf Anpassungslösungen drängenden Westmächten die Stirn zu bieten und eine neuerliche Verschärfung der Unterdrückungspolitik einzuleiten – allerdings ohne die schwerwiegende Krise des Apartheidsystems in seinen Fundamenten überdecken zu können. Unzufrieden selbst mit den schon existierenden „gesetzlichen“ Möglichkeiten zur rigorosen Unterdrückung der Opposition, hat Südafrikas Justizminister Kruger jüngst die Einführung obligatorischer Todesurteile gegen alle diejenigen angekündigt, die versuchen, das Regime „mit kriegerischen Mitteln“ zu stürzen. Dies muß als Versuch gewertet werden, die 1976 verabschiedeten Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention zu unterlaufen, nach denen nunmehr völkerrechtlich verbrieft ist, daß Befreiungskämpfer, die in einem Befreiungskrieg in Gefangenschaft geraten, als Kriegsgefangene zu behandeln sind. Es ist dies gleichzeitig eine Politik, die darauf abzielt, von vorneherein die seit dem Soweto-Aufstand wachsende Anzahl bewaffneter Kampffaktionen der Befreiungsbewegung ANC und ihres militärischen Flügels Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation) einzudämmen. Vom Anbruch einer neuen Kampfperiode der südafrikanischen Befreiungsbewegung handeln indessen der Beitrag des prominenten britischen Afrikaexperten Basil Davidson und das AIB-Interview mit Indres Naidoo. Die von uns ergänzend dokumentierten, von der Vorsterpresse eingestandenen bewaffneten Aktionen des ANC sind – in den Worten des ANC-Präsidenten Oliver Tambo – zwar nur „die Spitze des Eisbergs“, doch signalisieren sie vor dem Hintergrund der gewaltigen Massenaktionen seit 1976 nun den Übergang zum bewaffneten Befreiungskrieg wie zuvor in Angola, Moçambique und Guinea-Bissau.

So unzweifelhaft es ist, daß das Regime diesen Weg zwar verlängern, aber grundsätzlich nicht abschneiden kann, so bedeutsam ist für die Überlebensfähigkeit des Apartheidsystems seine wirtschaftliche Situation. Bislang vermochte es aus der Investitionsfreudigkeit der multinationalen Konzerne seine Stärke zu beziehen. Daß indessen die hier in den letzten Jahren aufgebrochenen Krisenerscheinungen in ihrer Bedeutung weit über vorübergehende zyklische Krisenmomente hinausreichen, wird aus der Analyse des südafrikanischen Sozialwissenschaftlers Michael Williams, der heute in England lebt, deutlich. Williams zeigt, in welcher Weise die Krisenmomente der Apartheidökonomie die Westmächte zu neokolonialistischen Lösungsversuchen in dem bislang so attraktiven Investitionsparadies um seines Erhaltens willen treiben. Der Nachweis, daß der ANC auch auf ökonomischem Gebiet als einzige Kraft eine reale und revolutionäre Alternative zu bieten hat, um den imperialistischen Anpassungsmanövern adäquat entgegenzuwirken, ist ein besonderes Anliegen unseres Autors, dessen Beitrag wir in Nr. 4/1978 fortsetzen werden.

Basil Davidson Im Morgenrot des Aufschwungs

Der nationale bewaffnete Befreiungskampf hat in Südafrika am 16. Dezember 1961 begonnen. An diesem Tag griffen Einheiten der Kampforganisation Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), die auf Initiative des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei gegründet wurde, Regierungseinrichtungen in den wichtigsten Städten des Landes mit Bomben an. In den folgenden Monaten werden etwa 150 ähnliche Operationen durchgeführt. Die Führung Pretorias antwortet mit gnadenloser Repression, die die Gesamtheit der gegen die Apartheid kämpfenden Organisationen trifft und einen sehr harten Schlag für die Befreiungsbewegung bedeutet. Jedoch unter unglaublichen Opfern werden alle Anstrengungen verstärkt, um den Kampf fortzusetzen.

Hinter den Stacheldrahtgrenzen Vorsters

Aber erst 1976, als der Aufstand in Soweto und in anderen afrikanischen Ghettos entflammt, wird sichtbar, daß man jetzt eine neue Etappe erreicht; eine Etappe, die dem bewaffneten Kampf der ausgebeuteten Massen Südafrikas reale Erfolgsaussichten eröffnet. Wenn man sich aufmerksam im zentralen und südlichen Afrika umsieht, bekommt man ein neues Verständnis dafür, was sich heute hinter den Stacheldrahtgrenzen von Vorsters Polizeistaat abspielt. Man kann die Anzeichen eines neuen Widerstandes gegen die rassistische Diktatur entstehen sehen, noch verhüllt von der unaufhörlichen Woge der Repression.

In der Tat ist es offensichtlich, daß entscheidende Veränderungen im Gange sind, was die Perspektiven des revolutionären Kampfes betrifft. Jeder gibt zu, daß die Umstände beträchtlich günstiger geworden sind, als sie es zu der Zeit waren, als die Kämpfer von Umkhonto We Sizwe ihre ersten Angriffe durchführten und somit – um den Ausdruck eines

südafrikanischen Revolutionärs zu gebrauchen – „für die Zukunft investierten“. Diese mutige und revolutionäre „Investition“, die ganz den Geist des ANC, das **no surrender** (keine Kapitulation), zum Ausdruck bringt, kann an einem ganz anderen Tag als 1961 überprüft werden.

Nachbarn, die der Befreiung des Volkes von Südafrika gegenüber offen feindselig gewesen waren, sind befreundete Länder geworden. Die Siege der MPLA in Angola und der Fretilimo in Moçambique haben das politische Gleichgewicht auf dem Subkontinent tiefgreifend erschüttert. Zu gleicher Zeit regt sich in Südafrika selbst eine neue Generation, die ein politisches Bewußtsein wie nie zuvor beweist; eine Generation, die, wie eine ihrer Hauptlosungen unterstreicht, „bereit ist, für die Sache der nationalen Befreiung zu sterben“. So bricht im Innern Südafrikas selbst eine neue Phase des Befreiungskampfes an. Oliver Tambo (Präsident des ANC, d. Red.) hat die Charakteristika dieser neuen Situation vielleicht am besten in einem Bericht definiert, den er während einer geschlossenen Versammlung in Luanda vor den fünf Staatsoberhäuptern der Frontstaaten (Angola, Botswana, Moçambique, Tansania und Sambia) gehalten hat.

Die entscheidende Frontlinie: im Innern Südafrikas

In diesem vertraulich gebliebenen Bericht unterstrich der Präsident des ANC: So wahr es ist, daß die genannten fünf unabhängigen Staaten eine erste Linie der Konfrontation mit dem rassistischen Südafrika und dem Rhodesien von Ian Smith gebildet haben, so klar ist es auch, daß jetzt eine andere Konfrontationslinie im Innern des Landes selbst existiert.

Und Tambo hat gezeigt, daß das, was er die „innere Front“ des bewaffneten Widerstandes genannt hat, von jetzt an den grundlegenden und entscheidenden Faktor der Entwicklung

der Situation auf dem südlichen Subkontinent ausmacht. Heute zeugt selbst die südafrikanische Tagespresse von der Existenz dieser ersten inneren Frontlinie. So versicherte z. B. der Star von Johannesburg am 14. Juni 1977, daß drei Kämpfer des ANC in der Nähe des Stadtzentrums in Aktion getreten waren. Die Sunday Times ihrerseits erklärte dazu, daß „acht der zehn in diese Aktion verwickelten Männer“ flüchtig seien. Die Zeitung berichtete, indem sie die Äußerungen des stellvertretenden Chefs der Südafrikanischen Sicherheitsbehörde zitierte, daß eine gewisse Anzahl von Studenten, die letztes Jahr Soweto verlassen hatten, jetzt zurückkämen, nachdem sie für ihre Tätigkeit als Stadtguerilla eine militärische Ausbildung erhalten hatten. An eben diesem 14. Juni wurde 500 km von Johannesburg entfernt der Zug Umlazi-Durban nachts durch ein Attentat beschädigt, was eine siebenstündige Blockierung des Verkehrs zur Folge hatte. Nach Äußerungen von Jimmy Kruger, dem südafrikanischen Justizminister, die der Rand Daily Mail zitiert, konnte man vermuten, daß die Urheber des Attentats gegen die Eisenbahn von Umlazi zur selben Gruppe gehörten, wie die Verantwortlichen der Schießerei im Zentrum von Johannesburg (weitere Beispiele siehe Kasten, d. Red.).

Moçambique und Angola an der Seite des ANC

Jeder weiß, daß Moçambique und Angola den Kämpfern des ANC zuverlässige Hilfe gewähren. Präsident Neto versicherte in seiner Rede vor dem Befreiungskomitee der OUA (Organisation für Afrikanische Einheit, d. Red.) im letzten Juni den Kämpfern des ANC in ihrem bewaffneten Widerstandskampf die unbegrenzte Unterstützung Angolas gegen Rassismus und Imperialismus. In ähnlichen Formulierungen hatte Präsident Samora Machel vorher bei einer anderen Gelegen-

heit die feste und vollständige Unterstützung des ANC durch Moçambique verkündet. „Heute“, erklärte Präsident Neto vor dem Befreiungskomitee der OUA, „spielt sich in Südafrika einer der ernstesten Klassenkonflikte ab, den unser Kontinent jemals gekannt hat. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Arbeiterklasse Südafrikas die Macht ergreifen wird. Diese Klasse müssen wir unterstützen, um die Millionen Menschen zu befreien, die in diesem Land in Sklaverei leben. Das Problem in Südafrika ist und war niemals ein reines Rassenproblem . . .“

Neue strategische Orientierungen

Mit anderen Worten, alles, was es seit den Anfängen des ANC vor dem 1. Weltkrieg an positiven und konstruktiven Momenten in der schwarzen Bewußtseinsbildung gibt, wird heute im Klassenkampf selbst aufgenommen und weiterentwickelt; allein jener Kampf ist imstande, die Konflikte und Widersprüche zu lösen, deren Schauplatz Südafrika ist.

Diese Phase führt unvermeidlich zu neuen strategischen Schlußfolgerungen, die von allen geteilt werden, die am Kampf des ANC teilnehmen und ihn unterstützen. Früher wurde in der Regel nach der „Dominotheorie“ gehandelt. Danach mußte zunächst das schwächste Kettenglied (d. h. die relativ schwächste rassistische Macht) geschlagen werden und der Kampf gegen das stärkste Glied (d. h. Südafrika) auf später verschoben werden. „Vernichtet eine nach der anderen“, so lautete die allgemein anerkannte Argumentationslinie.

Drei prinzipielle Gründe erklären, warum diese „Dominotheorie“ heute verworfen wird. Der erste wird durch das Bei-



spiel des siegreichen Befreiungskampfes gegeben, der in den ehemaligen portugiesischen Kolonien geführt worden ist. Die drei Befreiungsbewegungen, PAIGC, FRELIMO und MPLA (Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea Bissau und den Kapverden, Befreiungsfront von Moçambique und Volksbefreiungsbewegung Angolas, d. Red.) haben niemals isoliert voneinander gehandelt, sondern als integrierte Teile einer einzigen und gleichen Allianz. Diese Taktik zwang die portugiesische Diktatur, in drei Ländern gleichzeitig zu kämpfen. In diesem Augenblick waren die Bedingungen für das totale Scheitern der portugiesischen Diktatur geschaffen, die jetzt eine ungeheure Kriegsanstrengung ertragen mußte.

In der gleichen Weise kann heute der Manövrierspielraum von Pretoria in dem Maße beachtlich eingeengt werden, wie eine gleichzeitige Aktion in Südafrika, Zimbabwe und Namibia geführt wird. Welche Hilfe kann die Regierung von Pretoria dem Smith-Regime leisten? Welche Kräfte kann es in Namibia weiterhin aufmarschieren lassen? In welchem Maße kann es neue Aggressionen gegen Angola führen? Die Antwort auf diese Fragen liegt in der inneren Situation Südafrikas. Und es ist in hohem Maße die Entwicklung dieser inneren Frontlinie, die diese Lage entscheidend beeinflußt. Diese neue Situation konstituiert in der Tat das dritte und letzte Argument gegen das Festhalten an der „Dominotheorie“. In diesem Sinn haben der Widerstand der Massen von Soweto und der anderen afrikanischen Ghettos und seine Konsequenzen einen entscheidenden Einfluß gehabt. Die Südafrikanische Kommunistische Partei, die bekanntlich eine der Komponenten des ANC ist, unterstrich kürzlich in einer Erklärung: Diese Ereignisse „haben ein neues Kapitel in der Geschichte des revolutionären Kampfes in Südafrika eröffnet. Weil sie vor aller Augen gezeigt haben, daß unser Volk ein Stadium erreicht hat, in dem es nicht beabsichtigt, sich wie

ein Lamm zu verhalten, das zum Schlachthof geführt wird; daß es nicht mehr beabsichtigt, andere Leute über sein Schicksal bestimmen zu lassen, als ob es ein totes Ding sei“ (Wortlaut des Dokuments in AIB, Nr. 10 und 11/1977, d. Red.).

Aber diese Schlußfolgerungen können auf den ganzen Subkontinent ausgedehnt werden. Im Gegensatz zur Praxis des Schlag auf Schlag der „Dominotheorie“ visiert diese neue Strategie einen integrierten und koordinierten Kampf über alle Grenzen hinweg an. Sicher bleibt dieser Kampf seinem Wesen nach ein nationaler, aber man beginnt die Probleme um die Befreiung des südlichen und Zentralafrikas in einer Dimension zu erfassen, die die Grenzen des Nationalismus, so wie er in den letzten 30 Jahren und heute noch manchmal verstanden worden ist, überschreitet.

Man unterstreicht, daß es sich nicht darum handelt, einem leichtsinnigen Optimismus zu verfallen. Ganz sicher wird diese Kampfphase Trägerin neuer Freiheiten, Schöpferin eines neuen Bewußtseins sein. Sie wird beispiellose Perspektiven auf politischem, sozialem und ökonomischem Gebiet eröffnen. Sie wird jedoch lang und schwierig werden. Wie die Erklärung des Zentralkomitees der Südafrikanischen Kommunistischen Partei betont, darf niemand versucht sein, „unter der Wirkung augenblicklicher Leidenschaft oder Erregung, die Idee zu propagieren, daß dieser bewaffnete Kampf kurz und schnell sein wird. Das wäre eine gefährliche und unheilvolle Illusion.

Es steht fest, daß wir uns noch im Morgenrot des revolutionären Aufschwungs in dieser bedeutsamen Region befinden. Aber schon berührt die Bewegung selbst das Herz der imperialistischen Bastion: das Innere Südafrikas.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 152/9. 1. 1978)

Bewaffnete ANC-Aktionen

Seit Juni 1976 registrierte die südafrikanische Presse, der es ansonsten untersagt ist, über die Politik verbotener Organisationen zu berichten, die folgenden bewaffneten Kampfaktionen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und seines militärischen Flügels Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation):

7. 9. 1977: Explosion einer Flugblattbombe in Kapstadt; zugleich weht die Flagge des ANC auf dem Rathaus der Stadt.

12. 9. 1977: In Durban wird der Unteroffizier L. Nkosi – ein ANC-Verräter und Spitzel im Dienst der Rassistenpolizei – durch Guerilleros exekutiert.

3. 11. 1977: In Pongola, einer bergigen Region in Zululand, nahe der Grenze zu Swasiland, kommt es zu einem Feuergefecht zwischen Kämpfern des Umkhonto We Sizwe und der Polizei. Pretoria gibt bekannt, daß ein Guerillero getötet und mehrere weiße Polizisten verwundet worden seien.

24. 11. 1977: Am Wahltag der Weißen explodiert eine Bombe in einem Zug nach Pretoria.

9. 12. 1977: Zwei Bombenangriffe werden gegen einen Polizeiposten in Germiston und einen Parkplatz in Benoni durchgeführt. Außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen werden in Kraft gesetzt.

25. 10. 1976: Bombenangriff auf den Polizeiposten von Jabulani/Johannesburg.

25. 10. 1976: Sabotageakt gegen eine Eisenbahnlinie in Mzimlope/Johannesburg.

25. 10. 1976: Sabotage einer Bahnlinie in New-Canada/Johannesburg.

26. 10. 1976: Sabotage einer Bahnlinie nahe Solomondale.

26. 10. 1976: Sabotage einer Bahnlinie in Dikgala.

November 1976: Sabotageakt gegen die Bahnlinie Pretoria–Pietersburg.

3. 11. 1976: Sabotageakt gegen eine Bahnlinie in Pietersburg an zwei Stellen.

29. 11. 1976: Bombenangriff auf ein Nachtlokal in Pelican/Johannesburg.

7. 12. 1976: Bombenangriff auf das Carlton-Zentrum in Johan-



nesburg.

15. 12. 1976: Explosion einer Flugblattbombe im Stadtzentrum von Kapstadt.

23. 12. 1976: Explosion einer Flugblattbombe in Gugulethu/Kapstadt.

31. 12. 1976: Brandbombenangriff auf ein großes Kaufhaus im Stadtzentrum von Kapstadt.

5. 1. 1977: Sabotage einer Bahnlinie in Grassmere/Residentia.

6. 1. 1977: Bombenangriff in Klippspruit.

19. 1. 1977: Bombenangriff gegen ein Industrieobjekt in Krugersdorp.

20. 1. 1977: Bombenangriff gegen einen Betrieb auf dem Militärstützpunkt Lenz.

26. 1. 1977: Anbringen eines getarnten ANC-Senders in Soweto.

5. 2. 1977: Brandbombenangriff auf ein Treibstofflager in Riversdale; Zerstörung dreier Flugzeuge.

13. 6. 1977: Bei einer bewaffneten Konfrontation zwischen Guerilleros und Polizei in der Goch-Straße von Johannesburg werden zwei Weiße getötet.

13. 6. 1977: Sabotage eines Schienenstrangs in Soweto an zwei Stellen.

15. 6. 1977: Sabotage einer Eisenbahnlinie in Lindokuhle/Natal.

23. 6. 1977: Explosion einer Flugblattbombe im Stadtzentrum von Kapstadt.

25. 7. 1977: Drei bewaffnete Männer greifen ein Autobus-Depot in Soweto an.

Interview mit Indres Naidoo

Der Untergrundkampf des ANC - Vorsters Trauma



Anlässlich der Mitgliederversammlung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) Ende letzten Jahres hatte das AIB Gelegenheit, das folgende Interview mit dem erst kürzlich aus Südafrika geflohenen Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und Robben Island-Häftling Indres Naidoo zu führen. Es belegt aufs Neue und an Hand einer Fülle in der Bundesrepublik bislang unbekannter Fakten die vielfältige Realität des südafrikanischen Befreiungskampfes und der führenden Rolle des ANC. Genauso eindringlich unterstreicht es die Notwendigkeit einer Verstärkung der internationalen Solidaritätskampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen Südafrikas. Und es illustriert die herausragende Bedeutung des Falls der „Pretoria 12“ (siehe AIB 9, 11/1977 und 1/1978) im Kontext der gegenwärtig in Südafrika rollenden Prozesslawine gegen die Repräsentanten der Befreiungsbewegung. Nach dem nunmehrigen Tod des Richters erwartet die „Pretoria 12“ jetzt eine Neuauflage jenes Schauprozesses, der allgemein als der wichtigste seit dem Rivonia-Prozess 1964 gegen Nelson Mandela und andere gilt. Aus diesem Grunde hat der ANC dazu aufgerufen, die „Pretoria 12“-Kampagne bis zum 21. März 1978, dem 18. Jahrestag des Massakers von Sharpeville, mit verstärkter Kraft fortzuführen.

AIB: Sie sind erst vor kurzem aus der Republik Südafrika (RSA) geflohen, nachdem Sie als einer der Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) 10 Jahre auf Robben Island eingekerkert und dann gebannt waren. Was war der Anlaß für Ihre Flucht?

I. NAIDOO: Sie sagen, ich habe Südafrika Anfang 1977 verlassen. Das ist nicht ganz richtig. Folgendes sind die wahren Geschehnisse: Ich war von 1963 bis 1973 wegen Verletzung des Sabotage-Gesetzes zusammen mit zwei weiteren Genossen zu Gefängnis verurteilt worden. Bei unserer Entlassung wurden wir alle drei unverzüglich unter Hausarrest und Bann gestellt. Dies sollte für die Dauer von fünf Jahren gelten, also 1978 enden. Wir sind alle drei Mitglieder des militärischen Flügels im ANC. Als ich 1973 aus dem Gefängnis kam, beteiligte ich mich wieder an der Untergrundarbeit des ANC und arbeitete als Mitglied dieser Organisation im Untergrund in Südafrika. Im Dezember 1976 wurden etliche Genossen verhaftet, die mit mir zusammenarbeiteten. Infolgedessen wies mich der ANC an, Südafrika sofort zu verlassen. Am 2. Januar 1977 half mir meine Untergrundeinheit über ihr Untergrundnetz aus dem Land und somit bin ich heute außer Landes.

AIB: Können Sie uns weitere, vielleicht auch spektakuläre Beispiele aus der Zeit nach den Soweto-Ereignissen nennen, die das ausweisen? Wie beurteilen die Repräsentanten des Vorster-Regimes diese Rolle des ANC?

I. NAIDOO: Der ANC ist äußerst aktiv in Südafrika. Überall im Land hat er Zellen und Einheiten. Wir betreiben Untergrundarbeit. Es ist selbstverständlich aus Sicherheitsgründen

schwierig, über Untergrundarbeit zu berichten. Sie dürfen nicht vergessen daß wir die Organisation als Untergrundorganisation intakt halten müssen. Aber ich werde Ihnen einige Anhaltspunkte zur Beurteilung unserer Stärke im Land geben.

Es ist ganz selbstverständlich, daß jede Untergrundbewegung in Südafrika oder überhaupt irgendwo in der Welt Verluste aufzuweisen hat. Die Untergrundeinheiten des ANC haben eine ansehnliche Zahl von Opfern gehabt von 1963 bis zum heutigen Tage. Fast jedes Jahr haben wir einen Prozeß nach dem anderen, worin die Mitglieder der Untergrundeinheiten verstrickt sind. Im Jahr 1977 hatten wir mehr als genug solcher Prozesse. Nach Aussage des Justizministers waren es 52 in der ersten Hälfte 1977. Insgesamt 386 Mitglieder der Untergrundbewegung mußten in diesen Prozessen Anklagen hinnehmen, weil sie die Ziele des ANC verfolgen.

Lebhafte Untergrundarbeit des ANC

In diesen Prozessen sind verschiedene Tatsachen aufgedeckt worden, auf die ich aufmerksam machen kann. So wurde festgestellt, daß die Untergrundeinheiten des ANC Hunderte wenn nicht Tausende von jungen Menschen zur militärischen Ausbildung rekrutiert haben. Sie erhielten auch ausgebildete Kader zurück, die aus den Lagern vollständig ausgebildet zurück nach Südafrika kamen, um sich an den Kampagnen zu beteiligen. Diese Kader sind auf allen Gebieten der militärischen Kriegsführung ausgebildet worden, Zweikampf, Sabotage, wie man in Untergrundbewegungen arbeitet, wie man an Informationen kommt und anderes mehr. Doch noch wichtiger ist, daß sie vor ihrer Rückkehr in die Heimat politisch geschult wurden. Der Staat entdeckte auch reiche Beute an Waffen überall in Südafrika. Dieses Jahr wurden sehr viele unserer Waffendepots vom Staat erbeutet. Im Pretoria-Prozess, in den zwölf Personen verwickelt sind, ist vieles dieser Art aufgedeckt worden. Darüber hinaus sind fortwährend Pamphlete, Flugblätter und Zeitungen des ANC in Südafrika herausgekommen. 1968/69, in unseren großen Jahren, sind beispielsweise viele Pamphlete erschienen, aber 1977 waren es noch mehr, ja, vor weniger als einem Monat sahen wir sogar die ANC-Flagge im Zentrum von Kapstadt, genau um die Mittagszeit, wenn gerade sehr viele Leute dort sind. Parallel dazu wurden mittags Tausende von Flugblättern des ANC verteilt. Die Polizei brauchte zwei Stunden, um die Flagge herunterzuholen.

Der ANC spielte auch eine sehr bedeutsame Rolle bei der Schülerrevolte während des ganzen letzten Jahres. Ich nahm persönlich an dieser Kampagne vom Juni 1976 bis zu meiner Abreise teil. Ich hatte Kontakt zu vielen studentischen Organisationen, Lehrerverbänden und Gewerkschaften. Ich werde Ihnen einige Beispiele für unsere Arbeit geben. Wir haben beispielsweise einen Mann namens Tobalo unter uns. Er war

Gründungsmitglied der Südafrikanischen Schülerbewegung (SASM); er war ihr Präsident. Gleichzeitig war er Mitglied einer Untergrundeinheit des ANC. Tamini ist der Vizepräsident der Südafrikanischen Studentenorganisation (SASO). Auch er war gleichzeitig Mitglied einer Untergrundeinheit des ANC. Moketi Mashinini, der Bruder von Tsietsi Mashinini, war es ebenfalls und gleichzeitig Mitglied des Studententrats von Soweto. Ich habe Ihnen einige Namen genannt. Ich habe diese ausgewählt, weil sie seitdem das Land verlassen haben und draußen weiterarbeiten. Aber wir haben Hunderte, die noch im Land sind und in der Untergrundorganisation arbeiten.

Das mag Ihnen einen Eindruck über unsere Tätigkeit während der Soweto-Demonstrationen 1976 geben und auch über Aktivitäten, wie sie heute noch stattfinden. In der Tat boykottieren Schüler noch heute den Unterricht in Johannesburg und überall im Land. Das ist auf die Anstrengungen des ANC zurückzuführen.

Ich habe hier ein Flugblatt bei mir, das zu Tausenden in Südafrika verteilt worden ist. Dort steht:

„Landsleute, Arbeiter, Bauern, Lehrer, Schüler, Jugendliche, laßt uns einen mächtigen Schlag für die Freiheit führen. Streik! Streik! Streik! Streik!

16. Juni–18. Juni

Fort mit der Apartheid! Fort mit der Bantu-Erziehung! Fort mit den Bantustans und allen Formen der getrennten Entwicklung!

Nieder mit den Paß-Gesetzen, den Job-reservation-Bestimmungen und den höheren Mieten!

Freiheit für Nelson Mandela! Freiheit für Walter Sisulu, für alle politischen Gefangenen. Alle Macht dem Volk!

Gib dieses Flugblatt weiter. Organisiert Euch für den 15. bis 18. Juni. Dieses Flugblatt wurde vom ANC von Südafrika herausgegeben.“

Sehen Sie, so sieht unser Anteil am Kampf aus. Andere Flugblätter wie dieses wurden zu Hunderten überall in Südafrika verteilt.

AIB: In den letzten Wochen hat die westliche Presse auffallend stark den Fall Biko in den Vordergrund der Südafrika-Berichterstattung gestellt. Warum wurde nach Ihrer Auffassung Biko von den Rassisten ermordet? Warum beschäftigten sich die westlichen Medien so intensiv mit diesem Fall, während sie sich ansonsten über das Schicksal von zahllosen anderen ermordeten und eingekerkerten Widerstandskämpfern ausschwiegen?

I. NAIDOO: Tatsächlich hat die westliche Presse in Südafrika und außerhalb eine große Sache aus dem Fall Biko gemacht, im Gegensatz zu allen anderen Todesurteilen seit 1963, von denen die Öffentlichkeit kaum je gehört hat. Der Grund ist sehr einfach. Steve Biko und die Black Conscious-

ness-Bewegung insgesamt führten noch immer einen gewaltlosen Kampf in Südafrika. Der ANC arbeitete selbst auf dieser Ebene sehr eng mit einigen dieser Organisationen zusammen, wie ich schon bemerkt habe. Steve Biko unterstützte den gewaltlosen Kampf von 1970 an bis heute, er hatte damit erstaunlichen Einfluß unter Schülern. Er traf sich auch mit vielen berühmten westlichen Führungspersonlichkeiten, wie Andrew Young, Dr. Owen und anderen, die von Zeit zu Zeit nach Südafrika kamen. Er war vielen solcher Leute bekannt, so daß dieses Ereignis für viele ein Schock war. Der Westen versuchte, aus ihm einen zweiten Führer zu machen, der sich von den Mitgliedern und Führern des ANC abhob. So haben sie ihn dann dargestellt.

Wir vom ANC aber haben von Anfang an gewußt, daß es keinen anderen Ausweg für Südafrika gibt als den bewaffneten Kampf gegen das Unterdrückerregime. Wir haben viele Jahrzehnte lang versucht, einen friedlichen Wandel in Südafrika herbeizuführen. Unsere Geschichte geht bis weit vor 1963 zurück. Der ANC wurde schon 1912 gegründet und bis 1960 kämpften wir ohne Gewalt. Wir griffen deshalb zu den Waffen, weil wir feststellten, daß es keinen anderen Ausweg für Südafrika gibt. Steve Biko und die Black Consciousness-Bewegung bemerkten, daß der ANC den bewaffneten Kampf führte, aber sie mobilisierten die Südafrikaner in dem Glauben, daß sie einen Wandel mit friedlichen Mitteln herbeiführen könnten. Aber wir wissen, daß das nicht geht.

Das Dilemma mit der „dritten Kraft“

Das Verbot dieser Organisationen ist ein eindeutiger Beleg, daß die Regierung keinerlei Opposition gegen die Apartheid duldet. Wer auch immer sich gegen die Apartheid äußert, wird zum Schweigen gebracht. Darunter sind Menschen aus allen Lebensbereichen: Kirchenvertreter, Schriftsteller, deren Werke die Apartheid zeigen wie sie ist – alle wurden verboten. Da war zum Beispiel der Fall von Kos Demond, ein ehemaliger römisch-katholischer Priester. Er beschrieb und enthüllte die Zustände in Südafrika und wurde dafür gebannt. Jeder Oppositionelle, der sich gegen das Apartheidsystem wendet, muß zwangsläufig mit dem Vorster-Regime und seiner Gestapopolizei in Konflikt kommen.

Was den Grund für Steve Bikos Ermordung anbelangt, so wurde er in Haft gehalten wie jeder andere Häftling. Offensichtlich tut die südafrikanische Polizei ihren Häftlingen das gleiche an, was die Nazikräfte im besetzten Europa und Deutschland selbst Menschen anderer Nationen antaten. Alle möglichen Grausamkeiten wurden verübt, Folterungen begangen. Und wieviele können das überleben? Viele können es nicht. Ein Schlag mit einem schweren Gegenstand gegen den Kopf ist natürlich tödlich. So wurde Steve Biko zum Opfer.

AIB: Bestimmte Kräfte versuchen, die Black Consciousness-Bewegung gegen den ANC auszuspielen. Was sagen Sie dazu? I. NAIDOO: Das stimmt. Wir wissen, daß die Westmächte zusammen mit anderen reaktionären Kreisen verzweifelt versuchen, die Befreiungsbewegung auseinanderzudividieren. Sie sehen die Fortschritte, die der ANC während der letzten paar Jahre gemacht hat. Sie versuchen mit allen Mitteln die Fortschritte zunichte zu machen, die der ANC erkämpft hat. Die Rolle der Imperialisten kann deutlich an Ländern wie Angola erkannt werden, auch an Moçambique oder Zimbabwe. Selbst in Namibia versuchen die Imperialisten nun Verwirrung im Volk zu stiften. Das ist ein typisches Beispiel, was die Imperialisten alles tun würden, wie weit sie gehen werden, um ihre Investitionen in Südafrika zu retten. Sie haben dazu verschiedene Personen ausgenutzt. Ich erwähnte bereits den Namen Moketi Mashinini. Sein jüngerer Bruder Tsietsi Mashinini wird von diesen Kräften dazu ausgenutzt, eine „dritte Kraft“ zu schaffen. Aber wir vertrauen darauf,



Ermordeter St. Biko: Spuren der Folter

ANC - Schule in Morogoro



Projekt des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas: Aufbau und Einrichtung einer Schule mit Internat für jugendliche Flüchtlinge aus Südafrika

Die seit dem Soweto-Massaker vom Juni 1976 anhaltenden Gewaltakte der südafrikanischen Rassistenadministration forderten und fordern bis heute Tausende von Todesopfern, Verletzten, Inhaftierten, Gefolterten und Flüchtlingen gerade unter Kindern und Jugendlichen. Das Gros dieser südafrikanischen Flüchtlinge hat heute in den afrikanischen Frontstaaten Zuflucht gefunden. Darunter sind aber nur wenige in der glücklichen Lage, Beihilfen und Stipendien zu erhalten, um ihre Ausbildung fortzusetzen. Die große Mehrheit – insbesondere die Jüngeren – können nicht mehr zur Schule gehen. Um die Probleme, die mit der Ausbildung, der Unterbringung und Versorgung dieser jungen Flüchtlinge verbunden sind, zu lösen, schlägt der Afrikanische Nationalkongreß, die Befreiungsbewegung Südafrikas, als einen wichtigen Beitrag vor, eine Internatsschule in Morogoro (Tansania) zu bauen. Die internationale Solidaritätsbewegung wird ersucht, dieses Projekt materiell zu unterstützen.

Die Ziele des von der tansanischen Regierung inzwischen gebilligten Projekts, das insgesamt etwa 440 000 DM kosten wird, sind: 1. Eine Schulbildung für Unter-, Mittel-, und Oberstufe zu gewährleisten. 2. Eine Gesundheitsfürsorge zu sichern. 3. Unterkunft und Wohnmöglichkeiten zu gewähren. 4. Kleinere landwirtschaftliche Projekte durchzuführen, die mit den Lehrplänen verbunden sind, inklusive Viehzucht, landwirtschaftliche Aufbau- und Entwicklungsarbeit.

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) ruft die Öffentlichkeit und insbesondere die Jugend unseres Landes zur Unterstützung dieses ANC-Projektes auf. Das ASK sendet Ihnen auf Wunsch gern eine Detailbeschreibung des Morogoro-Projektes zu (ASK, Eichwaldstr. 32, 6 Frankfurt/M.) und hat ein spezielles Plakat und Faltblatt dazu erstellt.

Investieren Sie in die Zukunft!

Spenden Sie für das Solidaritätsprojekt des ANC!

Sonderkonto Prof. Erich Wulff 527055-602 PschA Frankfurt/M.

Kennwort: Morogoro-Schule

daß das südafrikanische Volk weiß, wer die wirklichen Kräfte der Befreiung in Südafrika sind. Wir werden vom Volk unterstützt, von der Mehrheit des Volkes. Wir sind eine Massenbewegung. Wir wissen, daß keine Kraft heute mehr Verwirrung in Südafrika stiften kann. Selbst außerhalb des Landes kommt die „dritte Kraft“ nicht so voran wie sie gehofft hatten. Von Tsietsi Mashinini wird nichts mehr in den Zeitungen geschrieben, kommen keine Nachrichten mehr. Diejenigen, die in letzter Minute die „dritte Kraft“ schaffen wollten, sind tagen, tagaus in großen Nöten.

AIB: Warum sprechen Sie davon, daß der ANC den „Hauptstrom“ der südafrikanischen Befreiung repräsentiert?

I. NAIDOO: Der ANC ist seit sehr langer Zeit die Volksbewegung. Von Anfang der 60er Jahre an hat er als eine revolutionäre Kraft der Befreiung in Südafrika Einfluß gehabt. Wir haben auch innerhalb unserer Organisation in Südafrika hart gearbeitet. Wir haben die Struktur herausgebildet. Unsere Untergrundeinheiten sind immerzu aktiv, wie ich schon dargelegt habe. Und wer außer Landes geht, schließt sich heute dem ANC an.

Aus den Ausbildungslagern des ANC kehren heute Hunderte unserer Kader gut ausgebildet zurück und beteiligen sich regelmäßig an Konfrontationen mit den Polizeikräften. Allein dieses Jahr haben die verschiedensten Aktionen stattgefunden, Sabotageakte, Konfrontationen mit der Polizei. Vorster und seine Handlanger mußten zugeben, daß die Kräfte des ANC eine reale Bedrohung für das Regime darstellen. Als Vorster 1963 Justizminister war, behauptete er, dem ANC das Rückgrat gebrochen zu haben, er werde sich nicht wieder aufrichten können. 1968 sagte er, nun wische er die übriggebliebenen Reste des ANC vom Tisch. Doch heute bekennt Vorster, nun als Premierminister, man müsse mit dem „Terrorismus“ des ANC leben.

Das beweist, wie stark der ANC in Südafrika eingeschlagen hat. Selbst die Nationalistenregierung muß zugeben – die Regierung hat immer wieder solche Erklärungen abgegeben – daß der ANC im Kampf steht, arbeitet und daß sie nicht davon ablassen werden, uns zu vernichten. Aber ich kann ihnen versichern, sie werden nie, nie fähig sein; uns zu vernichten!

Pretoria 12 – „die Führer des Volkes“

AIB: Der ANC hat in der letzten Zeit den Fall der „Pretoria 12“ stark in den Vordergrund gestellt. Was bedeutet dieser Fall für die Perspektive des Widerstandes in Südafrika?

I. NAIDOO: Die „Pretoria 12“ sind die Führer des Volkes. Unter ihnen sind fünf Genossen, die schon vorher lange Gefängnisstrafen abgesessen haben. Da ist zum Beispiel Joe Qqabi, der 12 Jahre auf Robben Island einsaß, oder Martin Ramokgadi, der 11 Jahre und Michael Ngubeni, der 12 Jahre eingekerkert war; Nelson Diale und Petrus Nchabeleng, beide haben je acht Jahre auf Robben Island hinter sich. Diese Genossen haben alle Beschwerden der Gefangenschaft auf Robben Island durchgemacht. Sie haben gelitten, sie wurden gefoltert, und nun stehen sie wieder vor Gericht in Pretoria. Der Staat hat für einige der Angeklagten die Todesstrafe gefordert. Wir sind sicher, daß der Staat ein solches Urteil vollstrecken würde. Deshalb bitten wir die ganze Welt, Unterstützung zu mobilisieren, Unterstützung für diese Menschen, um wenigstens ihr Leben zu retten. Wir wissen, daß heute in Zimbabwe jeden Montag Patrioten des Landes von Ian Smith gehenkt werden, und die ganze Welt schweigt dazu. Die Öffentlichkeit erfährt überhaupt nichts davon. Wir wollen nicht, daß das gleiche in Südafrika passiert.

Als zum letzten Mal ein Gefangener in Südafrika gehenkt wurde, war es ein Mitglied des ANC. Er wurde 1964 zum Tode verurteilt, aber noch vor der Hinrichtung wurde ihm sein Leben versprochen, wenn er gegen Nelson Mandela aussagen würde. Er antwortete, daß er das nie tun würde und

Free the Pretoria 12



gehenkt werden wolle. Seitdem wurde niemand mehr gehenkt. Auch in den Fällen Nelson Mandela, Walter Sisulu und auch im Fall aller anderen 1964 in Rivonia vor Gericht Gestellten wurde die Todesstrafe gefordert, aber die ganze Welt protestierte dagegen. Die Vereinten Nationen setzten alle Mittel ein, riesige Demonstrationen wurden organisiert, es ging ein Ruf durch die ganze Welt, Nelson Mandela und seine Mitkämpfer zu retten.

Das Ergebnis war eine politische Entscheidung der Regierung, diese Menschen nicht hinzurichten, sie nicht zum Tode zu verurteilen. Sie erhielten lebenslänglich und befinden sich seit 1963 im Gefängnis; sie sind noch immer dort, um ihre Strafe abzusitzen. Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, massenhaft Unterstützung zu mobilisieren im Fall der „Pretoria 12“ und zu versuchen, das Leben dieser Patrioten zu retten, deren einziges Verbrechen ist, daß sie Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit wollen. Dafür haben sie sich immer eingesetzt.

Nicht auf die Westmächte verlassen!

AIB: Die Westmächte haben in der XXXII. UN-Vollversammlung erneut bindende wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika verhindert. Ein vielstrapaziertes Argument lautet, daß solche Sanktionen der schwarzen Bevölkerung schaden würden. Wie sehen Sie das?

I. NAIDOO: Der ANC hat die Welt beständig gebeten, unseren Kampf zu unterstützen. Anfang der 60er Jahre, als unser bewaffneter Kampf begann, riefen wir die Welt auf, alle diplomatischen Beziehungen zu Südafrika aufzugeben, alle ökonomischen Verbindungen aufzukündigen, Südafrikas Versorgung mit Waffen zu beenden. Gleichzeitig baten wir die Welt, den ANC zu unterstützen in seinem Kampf für die Freiheit in Südafrika. Doch was mußten wir sehen: Die Westmächte nahmen überhaupt keine Notiz von uns. Sie sind dafür verantwortlich, daß Vorster und sein Regime Bestand haben.

Neben ihrer Belieferung Vorsters mit Kriegsmaterial, das gegen unser Volk in Südafrika eingesetzt wird, haben sie riesige Geldsummen in Südafrika investiert und damit die Apartheidmaschinerie geölt. Die Westmächte haben wirklich ungeheures Interesse an Südafrika, sie beherrschen die Wirtschaft, sie holen Geld aus Südafrika heraus. Ihr Interesse an unserem Land ist so groß, daß sie uns nicht in unserem Kampf beistehen werden.

Schon allein wegen ihrer wirtschaftlichen Investitionen sind sie dazu nicht bereit. Sie behaupten immer, daß die Schwar-

zen die ersten wären, die darunter zu leiden hätten, wenn sie ihre Investitionen zurückzögen. Wir sagen hingegen, daß unser Volk leidet, und zwar schon 300 Jahre lang. Die meisten unserer Leute sterben wegen der elenden Lebensbedingungen, wegen des Hungers in Südafrika!

Inwiefern helfen da Investitionen in Südafrika? Helfen sie überhaupt? In Wirklichkeit stützen sie nur die Apartheidmaschinerie. Das Volk selbst hat nichts davon. Diejenigen unter uns, die bei diesen ausländischen Gesellschaften angestellt sind, sagen auch, daß sie sonst arbeitslos wären. Aber wir haben während unseres ganzen Lebens gelitten und etwas mehr wird uns nicht schaden. Vor knapp zwei Wochen sprachen Andrew Young und David Owen im englischen Fernsehen. Und sie sagten, daß die ausländischen Investitionen nicht aus Südafrika zurückgezogen werden können, weil sie die ersten wären, die darunter zu leiden hätten. Es schaffe Arbeitslosigkeit in den Herkunftsländern. Das ist bezeichnend. Zum ersten Mal geben die Westmächte zu, daß sie es wären, die darunter zu leiden hätten, wenn sie die Investitionen aus Südafrika zurückzögen.

Doch trotz dieser Haltung, trotz des Standpunktes, den der Westen bezieht, wird unser Kampf weitergehen. Wir werden unseren Kampf verstärken, mit oder ohne Unterstützung durch den Westen. Wir wissen, wir haben Freunde. Die sozialistischen Länder haben uns ungeheuer viel geholfen, sie haben uns Waffen gegeben, sie waren uns Freunde in unserem Kampf. Die afroasiatischen und lateinamerikanischen Staaten haben uns gewaltig unterstützt. Selbst im Westen haben wir Freunde. Mit dieser Hilfe, dieser Freundschaft, die wir haben, werden wir unseren Kampf verschärfen. Was in Südafrika geschehen wird, wird Vietnam wie eine Spielerei erscheinen lassen.

FILME GEGEN RASSISMUS UND APARTHEID

WER FÜRCHTET SICH VORM SCHWARZEN MANN?

Lebensbedingungen in den "Homelands" der schwarzen Volksstämme Namibias: Elend, Armut, Ausbeutung, monatelange Trennung der Familien.

WENN SIE MICH FINDEN, WERDE ICH NICHT WEINEN.

Informationen über das Leben der schwarzen Bevölkerung, das Wirtschaftssystem Namibias und den Kampf der SWAPO.

NAMIBIA

Der erste Streik der unterdrückten und ausgebeuteten schwarzen Arbeiter Namibias 1971, die Entwicklung des politischen Bewußtseins und Kampfes.

ALLES WAS DU BRAUCHST, IST FREIHEIT!

Ein erschütternder Film über die Lebensbedingungen der schwarzen Bevölkerung Zimbabwes, Dokumentation und Anklage.

UNIDOC-Film GmbH

Vantestraße 29, Postfach 45
8000 München 19, Tel.: 089- 15 60 61
Filmliste anfordern!

Es gibt eine Lösung der Wirtschaftskrise (1. Teil)

Fast ein halbes Jahrhundert lang – seit dem Ende des Jahres 1924 – erlebte Südafrika ein beinahe ununterbrochenes Wachstum. Dank der besondere Stellung, die das Gold auf den internationalen Märkten innehat, blieb das Land sogar von den schlimmsten Auswirkungen der Krisen, die zwischen den beiden imperialistischen Weltkriegen stattfanden, verschont. Gold ist in seiner Eigenschaft als Geldmaterial keine gewöhnliche Ware; vom Zeitpunkt seiner Produktion befindet es sich in einer unmittelbar austauschfähigen Form. Südafrika konnte soviel von jenem Material verkaufen, wie es nur in der Lage war, ohne befürchten zu müssen, daß eine gesteigerte Produktion die Preise beeinträchtigen würde.

Die Bergbauindustrie befähigte Südafrika auf diese Weise, sowohl in Zeiten des Booms als auch der Rezession die Investitionsgüter zu bezahlen, die es benötigte, um die verarbeitende Industrie zu erweitern.

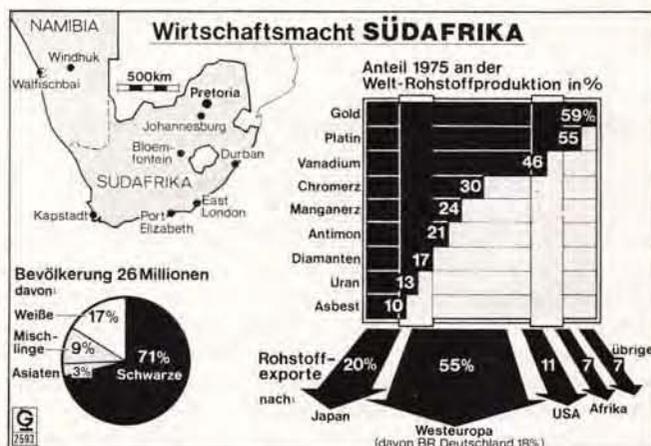
Während das Gold die lebenswichtige Quelle für die Finanzierung des Industrialisierungsprogramms bildete, wurzelte die schnelle Expansion der Wirtschaft in extremster Ausbeutung der Massen; dies versetzte Südafrika in die Lage, sich mit einer Profitrate¹ zu brüsten, die als eine der höchsten der Welt einzustufen ist. 1974 erzielte eine amerikanische Firma in der Republik Südafrika (RSA) im Schnitt einen Ertrag von 19,4 % gegenüber einem Ertrag von 6 % in Großbritannien. Kein Wunder, daß sich internationale Investoren in großem Stil nach Südafrika wenden sollten.

Die Fähigkeit, größte Investitionen aus dem Ausland anzuziehen, ist schon immer ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung der südafrikanischen Industrie gewesen. Ohne diese Investitionen hätte die RSA niemals die Wachstumsraten erreichen können, die es benötigte, um die Apartheid in der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Zwischen 1973 und 1974 z. B. wuchsen die direkten ausländischen Investitionen im Land um 1 078 Mio Rand auf 6 694 Mio Rand². Dies ist ein Anstieg um fast 20 %.

Der offene Ausbruch der Krise

Inzwischen verschlechterte sich, trotz des Booms, den die RSA erlebte, die Lage der schwarzen Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit stieg auf Rekordhöhen (größtenteils verursacht durch die hohe Mechanisierungsrate in der Landwirtschaft und den Wechsel zu Investitionen in die kapitalintensive Industrie). Unterdessen sanken die Realeinkommen, die sowieso schon mitleiderregend niedrig waren, rapide. Für die unterdrückten Massen hat sich Südafrikas kapitalistische Wirtschaft seit ihrem Beginn in einem Zustand der Dauerkrise befunden. Für die Kapitalisten und den großen Teil der weißen Bevölkerung waren die Boomjahre wie die Diamanten von Kimberley für ewig bestimmt. Aber das Grinsen auf dem Antlitz der Apartheid währte nicht lange.

Anfang 1975 fiel der Goldpreis, und Südafrika wurde mit einem hohen Handelsbilanzdefizit konfrontiert. Die Regierung verhängte ein Regime strenger währungs- und steuerpolitischer Disziplin über die Volkswirtschaft in dem Bemühen, das Problem des Gleichgewichts der Handelsbilanz zu lösen. Auf diese Weise verlangsamte sie die Rate des wirt-



schaftlichen Wachstums. Das Ergebnis war, daß sich die Arbeitslosigkeit besonders unter den schwarzen Südafrikanern verschlimmerte.

Darauf, im Juni 1976, vor dem Hintergrund steigender Preise und Massenarbeitslosigkeit, überfluteten unbewaffnete Aufstände das Land. Eine neue Generation schwarzer Südafrikaner, durchdrungen vom Geist vergangener Kämpfe, erschien auf der politischen Bühne. Die nachfolgende Instabilität in Verbindung mit der Talfahrt in der Wirtschaft veranlaßte ausländische Investoren, sich bei Investitionen in das System der Apartheid zurückzuhalten. Im dritten Quartal des Jahres 1976 fand ein Nettoabfluß von Kapital statt. Regierungsbeamte hasteten um die Welt in dem Bemühen, ausreichende Geldmittel für die Stützung der zerrütteten Wirtschaft sicherzustellen.

Das Sinken der Einnahmen aus dem Goldbergbau in Verbindung mit den Schwierigkeiten, Geld aus dem Ausland anzuziehen, bewirkten, daß die Regierung öffentliche Ausgaben beschneiden und Unterstützungszahlungen herabsetzen mußte. Als Ergebnis verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in einer schnellen Talfahrt bis zur Rezession. Zur gleichen Zeit verstärkte – teils als Antwort auf die Ereignisse im Lande, teils als Reaktion auf die Lage im ganzen südlichen Afrika – die Regierung die Militärausgaben in erheblichem Umfang. Somit bürdete sie den angespannten Ressourcen des Landes eine zusätzliche Last auf. Am Ende des Jahres wurde eine negative Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von annähernd 1 % registriert: die Wirtschaft war faktisch in ihrem Umfang geschrumpft. Die (1974 einsetzende, d. Red.) kapitalistische Weltrezession, die so lange auf Distanz gehalten werden konnte, war schließlich doch nach Südafrika gekommen.

Die RSA befindet sich jetzt im Griff einer schweren wirtschaftlichen Rezession. Die Industrieproduktion geht zurück, Konkurse erreichen Rekordzahlen. Die Zahl der schwarzen Arbeitssuchenden überschreitet 2 Mio. Sie wächst nach vorsichtigen Schätzungen um 12 000 und mehr im Monat. Die reale Kapitalanlage im öffentlichen Sektor ist verringert worden. Im privaten Sektor ist sie seit Mitte des Jahres 1975 ununterbrochen zurückgegangen. Die Gewinnspanne – jene Hauptattraktion des Wirtschaftssystems der Apartheid –

rangieren nicht länger unter den höchsten, da sie von mehr als 19 % auf gerade etwas mehr als 8 % gefallen sind. Die Weltrezession setzt uns sehr stark zu. Sie lastet mit besonderer Wucht auf den unterdrückten Massen. Daher ist es unsere Aufgabe, ihre Ursachen und Wirkungen zu verstehen, damit eine Lösung angeboten werden kann, die im ureigsten Interesse der Massen liegt. Obwohl sich das Programm des Afrikanischen Nationalkongresses (Wortlaut in AIB-Sonderdruck 1/1977, d. Red.) nicht im einzelnen mit der Frage einer Wirtschaftskrise beschäftigt – was angesichts des Zeitraums, in dem es geschrieben wurde, kaum überraschend ist – zeigt der Gehalt dieses Papiers, daß in diesem Programm eine reale Alternative zur Krise tatsächlich entwickelt worden ist.

Überausbeutung und nationale Unterdrückung

Bevor wir den Charakter der gegenwärtigen Krise in der RSA untersuchen, müssen wir erklären, warum die RSA als einziges unter den industrialisierten Ländern der Welt eine Profitrate, die unter den höchsten überhaupt rangierte, genießen konnte. Dies wird uns in die Lage versetzen, klarer die eigentlichen Merkmale der Apartheid herauszuarbeiten.

Man darf sich nicht vorstellen, daß hohe Profite deshalb in Südafrika erzielt werden können, weil das Land unterentwickelt ist und wenig Kapital pro Arbeiter aufwendet. Mit den Jahren ist der Grad der Mechanisierung in einem ungezügelten Tempo angestiegen – sogar schneller als in vielen imperialistischen Ländern selbst. Zwischen 1965 und 1975 wuchs der reale Kapitalaufwand pro Arbeiter in der verarbeitenden Industrie um 5 % pro Jahr. Dies ist eine der höchsten Raten in der kapitalistischen Welt. Wie sind denn nun die Industriellen dazu fähig gewesen, ihre Fabriken in solch einem Tempo zu mechanisieren und dabei noch ihre hohe Profitrate beizubehalten?

Folgendes ist in Südafrika geschehen: Der Mechanisierungsprozeß hat fortwährend einen Teil der arbeitenden Bevölkerung überflüssig gemacht. Somit gestattete er den Industriellen, ihren Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter zu fahren. Die hohe Arbeitslosigkeit, die die südafrikanische Wirtschaft auszeichnet, bedeutet Hunger für die unterdrückten Massen und niedrige Lohnkosten für die Unternehmen. Da die schwarzen Arbeiter – über den Weg der industriellen Reservearmee – bei schlechteren Bedingungen als vorher ständig wiederingestellt werden, kann der industrielle Sektor schneller wachsen als in anderen Ländern. Die schwarze Arbeitslosigkeit ist seit vielen Jahren im Ansteigen begriffen – lange bevor die gegenwärtige Rezession begann.

Aber die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht der einzige Grund für die Hungerlöhne, die den schwarzen Arbeitern gezahlt werden. Vielmehr ist es die hohe Rate der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der nationalen Unterdrückung, die für die elende Lage der Massen verantwortlich sind. Unabhängige Gewerkschaften fehlen völlig, und der Staat hat sowohl die Macht als auch das Recht, Arbeitskräfte einzusetzen wo und wann er will. Offiziell ist es einem afrikanischen Arbeiter nicht erlaubt, arbeitslos zu sein.

Wenn er entdeckt wird, wird er in irgendein sogenanntes „homeland“ (Bantustans, d. Red.) geschickt. Die Reservate sind der Abfallhaufen für das Menschenmaterial, das die Industrie ausstößt. Dort leben die Jungen, die Alten, Kranken und Gebrechlichen ebenso wie die überschüssigen Arbeitskräfte, die innerhalb von 72 Stunden keine Arbeit finden können, und diejenigen, die durch eine Passierscheinkontrolle nachträglich entdeckt worden sind. Wenn die Einwohner der Reservate es schaffen, zu überleben, dann nur kraft der Löhne, die von den Arbeitern in den Städten nach Hause geschickt werden.

Die Einführung arbeitskräftesparender Maschinenparks hat

die Industrie in den Stand gesetzt, sich ihre eigene industrielle Reservearmee zu schaffen, ihre eigene Masse an Menschenmaterial, das der Ausbeutung immer wieder neu zur Verfügung steht. Dies wiederum hat die Industriellen befähigt, den Lebensstandard niederzudrücken und eine hohe Profitrate aufrechtzuerhalten. Die „homelands“ sind besonders wichtig, seit sie als Rohrleitungsnetz dienen, durch das die Reservearmee zurückgeführt wird. Auf diese Weise stellt Südafrikas System der Apartheid sicher, daß die Reservearmee in Elend und Unsicherheit gehalten wird, damit sie den Unternehmern immer zur freien Verfügung steht.

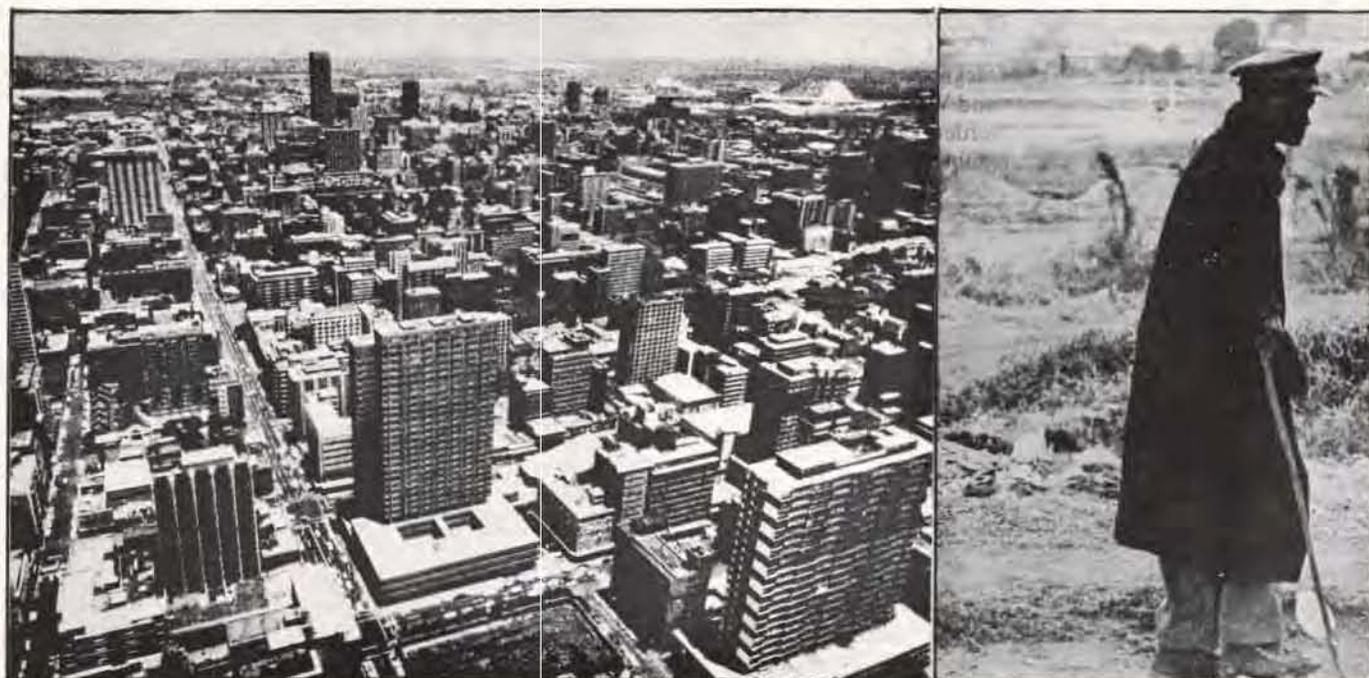
Aber das erklärt nur teilweise, warum die Industriekapitalisten in der Lage gewesen sind, hohe Profitraten aufrechtzuerhalten. Zur vollständigen Erklärung müssen wir uns dem Goldbergbau und seinem besonderen Einfluß auf die südafrikanische Wirtschaft zuwenden.

Indem der Goldbergbau eine größere Anzahl von Arbeitern pro Einheit des investierten Kapitals als die übrige Industrie beschäftigte, ist er schon immer ein arbeitshungriger Gigant gewesen. Zwischen 1965 und 1973 wuchs die reale Kapitalanlage pro Arbeitskraft in der Bergbauindustrie nur unbedeutend, in einigen Jahren sank sie. Gold als die Geldware, die weder direkt noch indirekt in den Konsumtionsfond der Arbeiter eingeht, ist der Grund für die vergleichsweise geringe Mechanisierungsrate. Ein Anwachsen der Arbeitsproduktivität durch Investitionen in Maschinerie würde die Lebensmittel der Arbeiter (und damit den Preis ihrer Arbeitskraft) nicht verbilligen und daher auch nicht die Masse des Profits für die Maschinenbesitzer anheben. Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität würde den Wert des Goldes herabsetzen aber den Wert der Arbeitskraft unberührt lassen. Daher gibt es keinen Zwang, die Untertagearbeit in großem Maße zu mechanisieren. Damit kann ein hoher Anteil lebendiger Arbeit am Gold aufrechterhalten werden; denn je höher der Anteil lebendiger Arbeit am Gold ist, desto höher ist sein Wert³.

Die Rolle des südafrikanischen Goldbergbaus

Es macht wenig aus, wenn die Arbeitsproduktivität in den Goldminen hinter der in anderen Industriezweigen hinterherhinkt. In seiner Eigenschaft als Weltgeld ist Gold frei vom Regime des Marktes. Wenn zufällig mehr produziert wird als unmittelbar gebraucht wird, kann es immer als eine Wertreserve dienen. Daher besteht für die Bergbauunternehmen keine Notwendigkeit, miteinander in den Wettbewerb zu treten. Stattdessen können sie in der Absicht, eine gemeinsame Politik auszuarbeiten und den verfügbaren Vorrat an afrikanischen Arbeitskräften untereinander aufzuteilen, Monopolorganisationen bilden. Wenn menschliche Arbeitskraft einmal billig zu erwerben und die Versorgung mit ihr garantiert ist, dann besteht nur geringer Antrieb zur Einführung arbeitskräftesparender Maschinerie. Es stellt sich die Frage, woher soll diese lebendige Arbeitskraft bezogen werden?

Seit Südafrikas Industrialisierungsprogramm begann, hat es immer ein großes Reservoir von Arbeitslosen im Land gegeben. Daher scheint es natürlich, daß dieses Reservoir an „überschüssiger“ Arbeitskraft die Quelle für die Anforderungen der Goldminen nach lebendiger Arbeitskraft bilden sollte. Aber da der niedrige Grad der Entlohnung im nicht-industriellen Sektor eine Funktion der hohen Arbeitslosenrate ist, hätte eine kleinere Reservearmee menschlicher Arbeitskraft die Profitträchtigkeit der Industrie nachteilig beeinflusst. Um in der Suche nach billiger Arbeitskraft fortfahren zu können, ohne die Reserven der übrigen Industrie zu beeinträchtigen, mußten die Minen mehr und mehr Arbeitskräfte von außerhalb Südafrikas rekrutieren. Dieser Prozeß dauerte mehrere Jahrzehnte unvermindert an, so daß bis 1973 fast 80 % aller Arbeiter in den Goldminen aus Nachbarlän-



Rassistische Kontraste: *weiße* City von Johannesburg, *schwarze* Bantustan-Trastlosigkeit

dem herangezogen wurden.

Bergbau wie Industrie haben aus diesem Arrangement ihren Nutzen gezogen. Da der Bergbau durch keinen Mangel an Arbeitskräften behindert wurde, hat er es fertiggebracht, sich eine relativ günstige Position neben dem sprießenden industriellen Sektor zu sichern. Er hat die Industrie mit den Devisen versorgt, ohne die ein großer Teil ihrer Expansion unmöglich gewesen wäre. Noch wichtiger: Die Goldminen sind in der Lage gewesen, Kapital auf der Grundlage eines hohen Anteils lebendiger Arbeit am Gold zu akkumulieren, ohne zur Einführung arbeitskraftsparender Vorrichtungen in ehrgeizigem Maßstab gezwungen zu sein. Dazu stellte ein Kommentator fest: „Jahrelang haben die Goldbergwerke die Mechanisierung unter Tage nur langsam entwickelt; denn es ist häufig billiger gewesen, zusätzlich 10 Afrikaner einfahren zu lassen statt eine Maschine zu erfinden.“

Wegen der niedrigen organischen Zusammensetzung des Kapitals⁴ in der Minenindustrie sind die Minenbesitzer in der Lage gewesen, Extraprofite zu verdienen. Dies sind Profite, die über der Durchschnittsprofitrate der gesamten Industrie liegen. Diese Tatsache wiederum hat es dem Staat ermöglicht, dem Bergbau eine höhere Steuerquote als der übrigen Industrie abzuverlangen, ohne daß die Profitabilität des Bergbaus selbst über Gebühr in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die Wirtschaft geht schweren Zeiten entgegen

Dank dieser zusätzlichen Einnahmen konnte der Staat ohne Schwierigkeiten die Unterstützungsleistungen bezahlen, die er der Industrie gewährte. Dieses Netz an Unterstützungen hat viele Formen angenommen. Zum Beispiel versorgen die staatlichen Unternehmen die Fabrikbesitzer mit Stahl, Eisen, Chemikalien, Elektrizität usw. zu Preisen, die unter dem Weltdurchschnitt liegen. Auch durch Maßnahmen wie das Gesetz zur Begrenzung und Offenlegung von Finanzierungsgebühren, Steuererlasse, Abschreibungen, Rücklagenkontrolle usw. strebt der Staat an, die Kapitalkosten niedrig zu halten. Die offizielle Regierungspolitik – stellte die Financial Mail fest – „fördert die Mechanisierung auf Kosten der Einstellung von Arbeitskräften. Steuerbegünstigungen reduzieren die Kosten für die Einführung von Maschinen.“ Gegeben sind also niedrige Kosten der Mechanisierung zusammen mit

der Existenz einer großen Masse von Arbeitslosen. Auf dieser Grundlage war die Industrie fähig, aus der hohen Mechanisierungsrate Nutzen zu ziehen, ohne die Erfahrung des Traumas der normalerweise damit verbundenen fallenden Profitrate machen zu müssen.

Um einen Vorteil aus den hohen Profitraten zu ziehen, sind ausländische Investoren im großen Stil ins Geschäft eingestiegen. Dadurch verliehen sie dem Apartheid-Staat Stärke und Stabilität. Natürlich bedeutet ein starker Apartheid-Staat die rücksichtslose Beherrschung der schwarzen Arbeitskräfte – besonders jener, die in den Minen beschäftigt sind. Auf diese Weise wird einerseits dem Weltkapitalismus eine ständige Versorgung mit Gold, andererseits der Wirtschaft der Apartheid eine ständige Quelle von Extraprofiten sichergestellt. Das Bild ist komplett.

Die südafrikanische Wirtschaft würde in ernste Schwierigkeiten geraten, wenn die Nachbarländer einen dauerhaften Rekrutierungsstop für die Minen verhängen sollten. Unfähig, mit der Anziehungskraft des übrigen industriellen Sektors zu konkurrieren, würden die Kapitaleigner der Minen gezwungen sein, entweder zu mechanisieren oder durch die rigidere Anwendung der Gesetze über die Freizügigkeit einen ihren Bedürfnissen entsprechende Nachschub an Arbeitskräften von der industriellen Reservearmee abzusaugen.

Kein Wunder, daß die Financial Mail im November 1972 in einem besonderen Bericht über den Goldbergbau folgendes schreiben konnte: „Wenn etwas das Management der Goldminen nachts wachhalten sollte, dann ist es die Sorge darüber, was geschehen wird, wenn Malawi und Moçambique den Hahn zudrehen.“ Seitdem ist die junge Volksrepublik in Moçambique ausgerufen worden, während Malawi als Ausfluß wachsender Feindseligkeit gegenüber Südafrika die Rekrutierung für die Minen eingestellt hat. Teba – das Rekrutierungsbüro der Bergbaukammer – strebt an, die Rekrutierung von Südafrikanern in diesem Jahr auf einen Anteil von bis zu 50 % an den Neueinstellungen hochzudrücken. Gleichzeitig, so wird erwartet, dürfte der Nachschub von Arbeitskräften aus Moçambique weiter abfallen. Ein Niveau der Rekrutierung von nur 30 000 ist für 1977 vorausgesagt worden.

Die Bergbaukammer nimmt jetzt die Frage der Mechanisierung ernst, um ihre Abhängigkeit von jenen Arbeitern, die außerhalb der direkten Kontrolle des Apartheid-Staates ste-

hen, zu verringern. Sobald zunehmend mehr Maschinen eingesetzt werden, wird die organische Zusammensetzung anfangen, näher an das Niveau in der übrigen Industrie heranzukommen. Falls diese Tendenz nicht aufgehalten werden sollte – und sie scheint sich zu verstärken – mag es mit den Extraprofiten im Bergbau zu Ende gehen. Der Staat bleibt dann auf die normalen Steuern (normal natürlich im Sinne südafrikanischer Maßstäbe) angewiesen. Die Industrie wird folglich viele von den öffentlichen Unterstützungsleistungen verlieren.

Die Wirtschaft der Apartheid hatte so schon vor der Krise Probleme erfahren müssen, obwohl diese Probleme durch den Anstieg des Goldpreises eingedämmt wurden. Es ist daher wichtig, sich daran zu erinnern, daß der Fall des Goldpreises im Jahre 1975 nicht die Ursache für die Krise war: Er stellte den Umstand dar, der Südafrika den Wechselfällen der Gesetze gewöhnlicher Warenproduktion aussetzte.

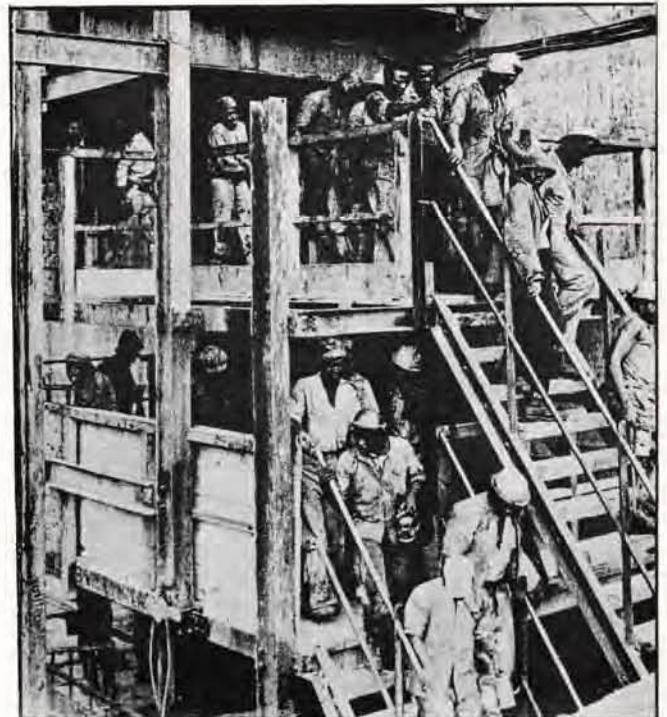
Der Fall des Goldpreises hatte zwei Auswirkungen auf die Wirtschaft, wobei die eine die andere verstärkte. **Erstens** schuf er ein riesiges Defizit in der Handelsbilanz. 1972 übertraf der Gesamtexport des Landes (einschließlich der Goldverkäufe) die Importe um 537 Mio, 1975 allerdings übertrafen die Importe die Exporte um sage und schreibe 568 Mio Rand. Bei der Verbesserung des Handels Südafrikas mit der übrigen Welt ist die restriktive Geld- und Steuerpolitik, wie sie von der Regierung verfolgt wurde, erfolgreich gewesen (die laufende Bilanz für die ersten vier Monate dieses Jahres (1977, d. Red.) kann nur geringfügig, wenn überhaupt, defizitär gewesen sein). Dies geschah allerdings auf Kosten der Binnenwirtschaft. Dies ist im Bereich der verarbeitenden Industrie am meisten sichtbar. Der Index der Industrieproduktion fiel scharf von einem Höchstwert von 126,3 % im Januar 1976 auf einen Tiefstwert im Zeitraum von 4 Jahren von 112,7 % im Februar 1977.

Rückgang des Auslandskapitals

Unausgelastete Produktionskapazitäten in der Industrie nehmen zu. Die Umsätze schwinden dahin, solange die wirtschaftliche Rezession fortfährt zuzuschlagen. Nach einer jüngsten Erhebung des Statistischen Amtes wuchsen die unausgelasteten Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie von 11,4 % Ende November 1975 auf 16,3 % zum Februar 1977. In einigen Zweigen der verarbeitenden Industrie ist die unausgelastete Produktionskapazität auf sage und schreibe 30 % angestiegen. Da die Märkte immer enger wurden, erweist es sich für die Firmen als unmöglich, die Profitraten von vor 1974 aufrechtzuerhalten.

Zweitens: Das Schrumpfen des Goldpreises selbst ist nicht weniger wichtig. Es hat die Einnahmen der Regierung aus den Goldminen reduziert. Der Staat hat sich immer in erheblichem Maße auf die Minenindustrie verlassen, um seine umfangreichen Industrieprojekte zu finanzieren und der Industrie großzügige Unterstützungen zu gewähren. Diese Tage sind vorbei. Um das Niveau ihrer Einnahmen aufrechtzuerhalten, sah sich die Regierung gezwungen, im wachsenden Umfang ausländische Kredite zu Zinssätzen, die über dem Weltdurchschnitt liegen, aufzunehmen. Zwischen 1974 und 1976 stieg die Gesamtschuld der Regierung im Ausland von 808 Mio Rand auf 1317 Mio Rand. In der gleichen Zeit stiegen die Militärausgaben um über 100 % wegen der Intensivierung des nationalen Befreiungskampfes im südlichen Teil des Kontinents.

Angesichts der wachsenden Verschuldung sah sich die Regierung gezwungen, die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, Subventionsleistungen zusammenzuziehen und den Preis der Waren, die sie an die Industrie verkauft, anzuheben. Den Bereich der verarbeitenden Industrie hat dieser Vorgang in eine verwundbare Position gebracht. Aufgrund des schon



Südafrikanische Bergwerker

hohen Mechanisierungsgrades in der Industrie kann der Anstieg der Kosten für Investitionsgüter und Rohmaterialien nur einen dämpfenden Effekt auf die Profitrate ausüben.

In dem gegenwärtigen Stadium politischer Ereignisse im südlichen Afrika muß die RSA die Profitrate auf mindestens das Niveau, das vor 1974 herrschte, anheben, um ausreichende Mengen Kapital aus dem Ausland anziehen zu können. Der Unwillen, die südafrikanische Arena zu betreten, basiert nicht nur auf der Angst, daß wieder ein Aufstand ausbricht und die Krise sich gleichzeitig verschärfen wird, sondern auch auf den relativ geringen Gewinnen auf das eingesetzte Kapital.

Der Mangel an Vertrauen aus dem Ausland in die Wirtschaft der Apartheid schlägt sich im Rückgang des Kapitalzustroms nieder. Zwischen 1975 und 1976 ging der Zustrom langfristig angelegten Kapitals nach Südafrika um 633 Mio auf 1,113 Mrd Rand zurück. Zur gleichen Zeit wurde ein Nettoabfluß kurzfristig angelegten Kapitals von 654 Mio Rand registriert. Als Folge des substantiellen Defizits in der Zahlungsbilanz, eines geringeren Nettozustroms langfristigen Kapitals aus dem Ausland und eines massiven Nettoabflusses von kurzfristigem Kapital, sanken die Nettodevisen um die erhebliche Summe von 1,056 Mrd Rand. Die Bedeutung dieser Summe kann am besten beurteilt werden, wenn man die Tatsache bedenkt, daß die Devisen niemals zuvor in der Geschichte des Landes um mehr als 350 Mio Rand gesunken waren.

Die Krise im südafrikanischen Exportgeschäft

Ein Aufstieg der Profitrate ist entscheidend, um den Zustrom von Kapital positiv beeinflussen zu können. Ohne diesen Zustrom werden die Devisenreserven knapp bleiben. Die Wirtschaft wird auf dem gegenwärtigen gedämpften Niveau stagnieren. Dies schließt fallende Profitraten, geringeres Vertrauen des Auslandes und einen viel kleineren Kapitalzufluß ein – ein Teufelskreis.

Da sich die Wirtschaft der Apartheid in diesem Teufelskreis befindet, gibt es im wesentlichen zwei Fronten, an denen die Regierung handeln muß. **Erstens** muß die Zahlungsbilanz verbessert werden a) durch eine schnellere Erweiterung des Exports als des Imports, b) indem man sich in einem größte-

ren Maße auf die einheimischen Waren stützt und c) indem man lokale Fonds zur Finanzierung des Binnenwachstums nutzt. Zweitens muß die hohe Profitrate wieder hergestellt werden, die ausreicht, um große Kapitalmassen aus dem Ausland anzuziehen.

Es wird allgemein angenommen, daß die ökonomische Erholung Südafrikas von einer Verbesserung des Exports abhängig sein wird. Gewiß richtet auch der Staat seine Hoffnungen auf eine durch den Export stimulierte Erholung. Verschiedene Minister haben erklärt, daß es die Pflicht eines jeden Unternehmers sei, jede Möglichkeit zum Export zu prüfen. Wirtschaftsminister Heunis sagt ständig, Südafrika sollte ein größeres Gewicht auf die Expansion seines Außenhandels legen, um einen Handelsbilanzüberschuß zu erzielen, und – wie er sich ausdrückte – „um den Lebensstandard unseres Volkes zu verbessern“.

Allerdings wird eine Verbesserung des Exports hauptsächlich von einer stetigen Erholung der Weltwirtschaft abhängen. Dort sind die Aussichten vage. Darüber hinaus macht es die zwischenimperialistische Rivalität im wachsenden Maße für Südafrika schwierig, neuen Boden auf den Märkten mit scharfem Wettbewerb in Europa und Nordamerika zu gewinnen. Z. B. ist Südafrikas Streben, in den britischen und westeuropäischen Markt mit großen Mengen Stahl einzudringen, zu einem plötzlichen Ende gekommen. Diplomatischer Druck auf Südafrika von seiten Großbritanniens und der Europäischen Gemeinschaft führte zu einer Vereinbarung, nach der Südafrika den Export von Stahlerzeugnissen nach Europa merklich einschränken wird.

Um mit den multinationalen Giganten auf den Weltmärkten in Wettbewerb treten zu können, muß Südafrika die Arbeitsproduktivität soweit anheben, daß die Preise gesenkt und die Industrierzeugnisse in ihrer Qualität verbessert werden können. Dies bedeutet ein höheres Mechanisierungsniveau und unter den gegenwärtigen Bedingungen einen Fall der Profitrate. Auf diese Weise werden sich die Kapitalisten in Südafrika gezwungen sehen, einen noch größeren Angriff auf den Lebensstandard zu starten, um ein Ansteigen der Kapitalkosten zu verhindern. Der Lebensstandard „unseres Volkes“ wird weiter sinken und nicht – wie der Finanzminister uns einreden wollte – durch einen exportstimulierten Aufschwung verbessert werden.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Die Profitrate bestimmt sich nach dem Verhältnis der Mehrwertrate zum Gesamtkapital. Die Mehrwertrate bestimmt sich nach dem Verhältnis des produzierten Mehrwerts zu dem Teil des Kapitals, der für den Kauf von Arbeitskraft aufgewendet werden muß. Sie ist der „exakte Ausdruck für den Exploitationsgrad (Ausbeutungsgrad, d. Red.) der Arbeitskraft durch das Kapital oder des Arbeiters durch den Kapitalisten.“ (Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, in: Marx/Engels-Werke, Band 23, Berlin 1956, S. 232)
- 2) 1 Rand entspricht 2,35 DM.
- 3) Der Wert einer Ware bestimmt sich nach der im gesellschaftlichen Durchschnitt zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit.
- 4) Die organische Zusammensetzung markiert das wertmäßige Verhältnis des **konstanten**, zum Kauf und Unterhalt von Maschinen und Rohmaterialien eingesetzten Kapitals zum **variablen**, für den Einkauf von Arbeitskraft ausgegebenen **Kapital**.

Atomkomplott Bonn - Pretoria

Immer weitere Kreise zieht die erstmals Ende 1975 enthüllte nukleare Zusammenarbeit Bonns mit dem südafrikanischen Rassistenregime. Schon Mitte 1977 auf der 29. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) konnte die Bundesrepublik trotz fiebriger Dementipolitik einer Verurteilung durch die afrikanische Staatengemeinschaft nicht mehr entgehen. In der betreffenden Resolution hieß es damals: „Nach eingehender Untersuchung von Dokumenten, in denen die Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Israel, Japan und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und dem Apartheidregime Südafrika auf nuklearem und anderem militärischen Gebiet aufgezeigt wurde, (...) verurteilt (der Ministerrat der OAU) auf das Schärfste Frankreich, Israel, Japan und die Bundesrepublik Deutschland wegen der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime Südafrika (und) fordert die Regierungen dieser Staaten auf, in Zukunft diese Aktivitäten zu stoppen und konkrete Schritte zu unternehmen, durch die unverzüglich alle Verträge über Waffenverkäufe an das Apartheidregime von Südafrika gekündigt und jegliche andere militärische Zusammenarbeit beendet wird.“

Trotz dieser eindeutigen Willenserklärung der afrikanischen Staaten und trotz des Ende 1977 vom UN-Sicherheitsrat über Südafrika verhängten verpflichtenden und unbefristeten Waffenembargos geht

insbesondere die nukleartechnologische Kooperation zwischen Bonn und Pretoria unvermindert weiter. Zu dieser Schlußfolgerung kommen neue Enthüllungen der westdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung zum Atomkomplott BRD-Südafrika. Eine Ende 1977 veröffentlichte Dokumentation mit dem Titel „Westlicher Atomtschuld für die Apartheid“ beförderte die folgenden Tatsachen zu Tage:

- Zur Zeit wird bei Evanger/Trichard (Transvaal), 140 km östlich von Johannesburg unter strengster Geheimhaltung eine große **Anlage zur Urananreicherung** errichtet. Beteiligt sind die BRD-Firmen Siemens, MAN/Gute Hoffnungshütte-Sterkrade, Leybold-Heraeus, Linde, Variant Mat und die Metallgesellschaft/Lurgi.
- Bereits ausgeliefert wurden von Siemens und Messerschmitt-Bölkow-Blohm **Trennelemente**, ein Kernstück der Anlage.
- **Kompressoren** für die Anlage wurden durch den Konzern Gutehoffnungshütte/MAN nach Südafrika verkauft.
- **Elektronische Anlagen, Kühlersysteme und Lüftungsanlagen**, die für den Betrieb einer derartigen Anlage ebenfalls benötigt werden, kamen von den Firmen Siemens und Kessler und Luck in Lahn-Gießen. Kessler und Luck ist ein Tochterunternehmen der bundeskontrollierten Steag in Essen. Steag versetzte damals in Komplizenschaft mit der Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe das südafrikanische Rassistentensystem in die Lage, das patentrechtlich geschützte und nur mit staatlicher Genehmigung zu exportierende bundesdeutsche **Trenndüsenverfahren** zur Urananreicherung zu übernehmen. (Vgl. AIB 11-12/1975)
- Der Export von strategischem Material und Gerät erfolgt teilweise auf Umwegen über Scheinfirmen nach Südafrika.

Gegenüber der Progress-Presse-Agentur wies nunmehr Ende Januar Wolf Geißler von der AAB darauf hin, daß auch die bundeseigene Firma Steigerwald in München an dem atomaren Komplott mitwirke. Diese liefert an die südafrikanische Atomenergiebehörde zwei **Elektronenstahlperforiermaschinen**. Damit kann Südafrika nunmehr Trennelemente selbst herstellen, die es sonst hätte importieren müssen. Bezeichnend sind die Umstände, unter denen die Lieferung erfolgte: Sie ging an die südafrikanische Tarnfirma Hydraulikplan. Diese jedoch – so haben Nachforschungen ergeben – ist überhaupt nicht existent! Laut Geißler muß der Export derartiger strategischer Materialien, die den Weg zur Atomwaffenproduktion für das südafrikanische Regime mehr und mehr verkürzen, von NATO-Behörden genehmigt worden sein.



Sozialdemokratische Aktionsansätze

Die dramatischen Entwicklungen im südlichen Afrika, die sich seit 1974 und besonders seit 1976 abgespielt haben, führten innerhalb der imperialistischen Länder und ihren politisch herrschenden Kräften zu Differenzierungen. Diese Unterschiede in der Bewertung der Lage sowie hinsichtlich der einzuschlagenden „Lösungswege“ gerieten umso gravierender, je deutlicher wurde, daß die Manöver etwa der Kissinger'schen Reisediplomatie zu keinen im Sinne der bestehenden Kapitalinteressen befriedigenden Ergebnissen führten. Während beispielsweise die bundesdeutschen Rechtsextremisten der CDU/CSU Verrat und Ausverkauf „westlicher“ Interessen argwöhnen, ging die sozialliberale Bundesregierung gezwungenermaßen auf flexiblere Positionen über und ist verstärkt bemüht, die Widersprüche zwischen ihren Worten und Taten international zu kaschieren. Namentlich die Führung der Regierungspartei SPD hat dabei ein weiteres Dilemma zu bewältigen. Dieses besteht darin, daß sie als Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale (SI) der sozialdemokratischen Parteien für eine Politik im südlichen Afrika steht, die sich in krassem Widerspruch gerade zu jüngeren Beschlüssen dieser Organisation bewegt.

Unter dem Eindruck der Ereignisse der letzten Jahre hatte die SI bereits auf ihrer Genfer Konferenz im November 1976 einen Beschluß gefaßt, der die Aufforderung beinhaltet, das rassistische System in Südafrika zu beseitigen. Im März 1977 hatte das Londoner SI-Sekretariat dann die Entsendung einer Delegation durch mehrere Länder des südlichen Afrika beschlossen, die vom 2.-11. September 1977 stattfand. Unter Leitung des Schweden Olof Palme nahm neben zehn weiteren Mitgliedern auch der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Uwe Holtz, als Vertreter der westdeutschen Sozialdemokraten teil; besucht wurden Angola, Sambia, Botswana, Moçambique und Tansania.

Mit ihrem Bericht sowie einem Aktionsprogramm, das auf einer Sitzung des SI-Büros im Oktober 1977 übernommen wurde, markierte die Delegation anschließend politische Positionen, die weit über das hinausgehen, was seitens der SPD in dieser Frage bislang beschlossen worden ist. Hatte es z. B. der Parteivorstand der SPD im November 1976 lediglich zuwege gebracht, in der Republik Südafrika (RSA) „tätige Unternehmen (aufzufordern), durch ihr Verhalten und ihre Betriebs- und Personalpolitik ein langfristiges Engagement auch unter einer Mehrheitsregierung vorzubereiten“, so enthält das SI-Aktionsprogramm u. a. die Forderung nach einem Investitions- und Kapitalexportstopp nach Südafrika. Damit nähert sich das SI-Programm immerhin der Forderung nach einem völligen wirtschaftlichen Boykott Südafrikas an, die von der UN-Vollversammlung seit langem erhoben wird.

Loderers Rückfall hinter Gewerkschaftspositionen

Vor dem Hintergrund der SI-Position wird freilich auch deutlich, wie sehr die Stellungnahmen des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer von solidarischen und der Befreiung Südafrikas dienlichen Positionen abweichen, die er anlässlich seiner Südafrikareise im Januar 1978 von sich gab. Seine Belobigungen z. B. der Siemens-Filiale in Südafrika, seine Ablehnung eines Wirtschaftsboykotts und sein ausschließliches Eingehen auf sogenannte „friedliche Lösungen“ sind geeignet, den Befreiungskampf in Südafrika unter Führung des ANC zu diffamieren: Dieser führt nicht den bewaffneten Kampf aus purer Militanz, sondern weil das rassistische System ihn dazu



SI-Tagung in Genf 1976: Präsident W. Brandt

zwang, weil dieses System und seine Repräsentanten bewiesen haben, daß es zu „friedlichem“ Wandel nicht willens ist. Angesichts der tagtäglichen exzessiven Brutalität des südafrikanischen Regimes nehmen sich Verweise auf „friedliche“ Wege menschenverachtend aus.

Trotz Ungereimtheiten – positive Solidaritätsansätze

Loderers Haltung fällt deutlich hinter Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftsbewegung zurück. Sowohl der Internationale Bund Freier Gewerkschaften als auch der Weltgewerkschaftsbund sowie beide zusammen haben verschiedentlich den Boykott Südafrikas gefordert, so auf einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genf im Juni 1973. Die DGB-Jugend gibt Loderer gegenüber ein positives Beispiel. In der EntschlieÙung H 10 ihrer letzten Bundesjugendkonferenz heißt es u. a.: „Die Delegierten (. . .) unterstützen den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus. (. . .) Die DGB-Bundesjugendkonferenz (. . .) verurteilt das Verhalten der Bundesregierung, die diese Regimes immer noch entscheidend schützt (. . .). Die Konferenz fordert die Bundesregierung auf, diese Politik zu beenden und wirksame Schritte zur Absetzung dieser Regimes einzuleiten. Zum anderen fordert die Konferenz die internationalen Gewerkschaftsbünde auf, wirksame Maßnahmen zur Beseitigung dieser Regimes zu beschließen“.

Indessen enthält auch die SI-Dokumentation in ihrer Analyse der Situation und der Lösungsmöglichkeiten widersprüchliche und teils inkonsequente Positionen. So sind es zum einen Ungereimtheiten wie die Verwendung des Klischees, im südlichen Afrika drohe ein Konflikt der „Supermächte“ — als wenn nicht die einzigen Mächte, die in dieser Region auf Seiten der rassistischen Unterdrücker engagiert sind, die Westmächte einschließlich der Bundesrepublik wären. Die Überbetonung dieser Fiktion legt den Eindruck nahe, von SI-Positionen aus werde einem „dritten Weg“ das Wort geredet. Dies wird auch deutlich in der moralisierenden Begründung des Engagements der SI als „demokratische Sozialisten“. Eben solche „demokratische Sozialisten“ sind als Regierungsmitglieder in Belgien, Großbritannien oder vor allem der BRD politisch verantwortlich für die fortgesetzte Unterstützung der kolonialistischen und rassistischen Regimes im südlichen Afrika.

Von einem grundlegenden Verständnismangel zeugt zum anderen die zwar häufige, aber lediglich moralisierende Verwendung des Ausdrucks „Ausbeutung“ im südlichen Afrika. Sie kommt nicht über die Empörung über die — doch lediglich besonders extreme — südafrikanische Form der „üblichen“ kapitalistischen Ausbeutung hinaus. Daß es sich um eine Systemfrage handelt und nicht allein um eine der Erscheinungsformen, wird verkannt. Folglich kann es auch zu Appellen an Firmen kommen, „ihre Verantwortlichkeiten wahrzunehmen und zu zeigen, welche Seite sie zu unterstützen“ gedächten.

Die Aufforderung erscheint eigenartig, stellt doch z. B. der ANC Südafrikas unmißverständlich fest, daß zu seinen Zielen die Beseitigung jeglicher Ausbeutung und damit zunächst einmal des Kapitalismus in Südafrika gehört. Der Verweis im Bericht der SI-Delegation auf den Charakter der Befreiungsbewegungen als ideologisch nicht einheitlich läßt den Schluß zu, daß die geforderte vorbehaltlose Unterstützung der Befreiungsbewegungen sich letztlich nach wie vor darauf richtet, gewisse ihr nahestehende Teile eher als die Bewegung insgesamt und ihre authentische Ziele nahestehend zu fördern.

Gleichwohl hat die SI-Mission deutlich gemacht — und dies wird in ihrem Bericht auch ausgedrückt —, daß die Entwicklung im südlichen Afrika das Anstreben weiterreichender Aktionen als die von ihr bisher erwogenen, erforderlich macht. Stellt das SI-Aktionsprogramm einerseits fraglos den Versuch dar, den Einfluß auf die Geschehnisse im südlichen Afrika nicht vollends einzubüßen, so können einzelne Punkte gleichwohl einen positiven Beitrag zur Förderung des Befreiungskampfes leisten. Dazu gehörte freilich, daß das SI-Programm nicht lediglich Papier bleibt, sondern politische Richtschnur sozialdemokratischer Südafrika-Politik wird. Delegationen wie die jüngste von fünf SPD-Parlamentariern Anfang Februar 1978, bei denen sie lediglich eine Pseudo-„Opposition“ bzw. ausgewählte Afrikaner zu treffen vermögen, sind allerdings ein Schritt in die falsche Richtung.

Dennoch bieten das hier dokumentierte SI-Programm vom Oktober 1977 wie die Resolution des 13. SI-Kongresses in Genf vom November 1976 wichtige positive Ansatzpunkte zum gemeinsamen Handeln der zum südlichen Afrika solidaritätswilligen Kräfte in der Bundesrepublik.

Aktionsprogramm der Sozialistischen Internationale

Wir sehen folgendes als Bereiche an, in denen Aktionen durchgeführt werden könnten und sollten:

1. Wir müssen jeglichem Waffenexport nach Südafrika und jedweder militärischen Zusammenarbeit mit seiner Regierung Einhalt gebieten. Der Unterdrückungsapparat wird durch jede zusätzliche erlaubte Waffenlieferung gestärkt. Die militärische Zusammenarbeit gibt dem Land die Mittel in die Hand, selbst mit der Herstellung von Waffen in den wichtigsten Bereichen der Waffentechnologie zu beginnen, vielleicht sogar bis zum Äußersten in der Waffenproduktion zu schreiten. Wir müssen uns dagegenstellen, daß strategische Technologie nach Südafrika übertragen wird, einschließlich nuklearer. Kein afrikanisches Land oder ein Zusammenschluß afrikanischer Länder könnte je für Südafrika eine militärische Bedrohung darstellen. Dennoch wird Südafrika kontinuierlich aus dem Ausland mit Waffen versorgt. Ein Beschluß der Vereinten Nationen über ein verbindliches Waffenembargo ist längst überfällig.

2. Wir müssen für ein Verbot weiterer Investitionen in und des Kapitalexports nach Südafrika und Namibia arbeiten. Ein Investitionsbann in Südafrika kann nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn er Teil einer internationalen Aktion ist, die von den Industrieländern mit den größten ökonomischen Interessen in der südafrikanischen Geschäftswelt und Industrie unterstützt wird. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wird seine Diskussionen um diese Frage wieder aufnehmen und zwar auf der Grundlage eines schwedischen Vorschlags, der letzten Herbst von der Vollversammlung angenommen wurde und zu Aktionen gegen ausländische Investitionen aufruft. Eine positive Entscheidung in dieser Sache wäre das Mindeste, was man von den westlichen Regierungen erwarten kann. Angesichts der explosiven Situation in Südafrika muß jedoch jedes Land, zusätzlich zu den internationalen Maßnahmen, einseitige Aktionen in Betracht ziehen, wie das zum Beispiel von Norwegen und Schweden getan wurde.

3. Wir müssen daran arbeiten, daß die Frontstaaten verstärkte Unterstützung erfahren. Sie beweisen beispielhafte Solidarität mit dem Befreiungskampf, müssen große Opfer in Kauf nehmen und sind Zielscheibe von Angriffen. Alle haben sie eine große Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen. Es sollten mehr Länder der UN-Empfehlung folgen und dazu beitragen, die aus der Grenzschließung herrührenden ökonomischen Schwierigkeiten Moçambiques zu erleichtern.

4. Wir sollten den Befreiungsbewegungen politische sowie humanitäre und materielle Unterstützung für friedliche Zwecke gewähren, und zwar dem ANC (Afrikanischer Nationalkongreß, d. Red.) von

Südafrika, der Patriotischen Front Zimbabwes und der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation, d. Red.) Namibias. Unterstützung kann auf viele Arten geleistet werden. Alle Bewegungen haben viele Flüchtlinge zu ernähren und zu bekleiden. Diese haben hauptsächlich in den Frontstaaten einen Zufluchtsort gefunden. Ihnen kann Hilfe vermittelt werden über die Regierungen der Gastgeberländer. Die SWAPO steht in naher Zukunft vor einem Wahlkampf und braucht dringend finanzielle und technische Hilfe.

5. Die Regierungen sollten dazu beitragen oder ihre Beiträge verstärken, den Opfern der Apartheid zu helfen. Dazu gehören Hilfe für gerichtlichen Beistand, Hilfe für die Familien politischer Gefangener, Flüchtlingshilfe und Stipendien. Zu den hierfür nutzbaren Vermittlungsinstitutionen gehören der Internationale Verteidigungs- und Hilfsfonds (IDAF), der Internationale Universitätsaustauschfonds (IUEF) und der Kreditfonds der Vereinten Nationen.

In Lusaka bereitet das Namibia-Institut der Vereinten Nationen Verwaltungsbeamte für ein freies Namibia vor und braucht mehr Gelder. Man nimmt an, daß praktisch alle Weißen im Staatsdienst — das sind 2/3 der Verwaltungsangehörigen Namibias — das Land nach der Unabhängigkeit verlassen werden.

6. Wir sollten die Regierungen ermutigen, zu den Bemühungen um regionale Zusammenarbeit im südlichen Afrika beizutragen, mit dem Ziel, die Abhängigkeit von Südafrika zu mindern.

7. Wir müssen den Zustrom von Söldnertruppen für die rassistischen Regimes stoppen. Das impliziert eine Gesetzgebung, welche die Rekrutierung, Finanzierung, Ausbildung, Transport und Ansammlung von Söldnern aus unseren eigenen Ländern beendet. Söldner spielen eine fatale Rolle oder können dies tun, bei der Verlängerung des Krieges in Rhodesien und Namibia.

8. Wir sollten alle unsere Solidaritätsarbeit für die Befreiung des südlichen Afrika verstärken. Jede Partei sollte in ihrem Land eine nationale Solidaritätskampagne beginnen, um die Öffentlichkeit wachzurütteln, Gelder aufzubringen und der rassistischen Propaganda in unseren Massenmedien ein Gegengewicht zu bieten.

9. Die Regierungen sollten Volksbewegungen unterstützen, die Unterstützungsarbeit für den Befreiungskampf im südlichen Afrika leisten. Das schließt politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und andere sozio-politische Gruppen ein.

(Quelle: Hektographierter Bericht der von SI-Vizepräsident O. Palme und SI-Generalsekretär B. Carlsson geleiteten SI-Delegation, Bommervik, 1. Oktober 1977, S. 17-20)

SI - Resolution zum südlichen Afrika

Die Bedrohung des Friedens ist auch im südlichen Afrika augenscheinlich. Obschon große Erfolge errungen worden sind, ist der Kampf für Freiheit und Fortschritt auf diesem Kontinent noch nicht gewonnen. Die afrikanische Wirtschaft ist den ökonomischen Eigeninteressen der fortgeschrittenen Nationen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Millionen von Afrikanern stehen noch immer unter kolonialer Herrschaft und ihr Freiheitskampf ist ein Schlachtfeld für die Rivalität der Großmächte geworden.

Die Sozialistische Internationale (SI) muß für ein wahrhaft unabhängiges Afrika arbeiten, frei von Herrschaft, egal woher sie kommen mag. Die afrikanischen Völker dürfen nicht Schachfiguren der Konfrontation von Großmächten werden. Die ökonomische Hilfe, die sie empfangen, darf sie nicht an die ökonomischen Interessen oder politischen Philosophien anderer Länder ketten. Die letzten Überbleibsel kolonialer Unterjochung müssen beseitigt werden. In erster Linie jedoch gilt, daß es keinen Frieden in Afrika geben kann, bevor nicht das üble Apartheidsystem ausgerottet ist.

Neutralität gegenüber den gegenwärtigen und kommenden Kämpfen im Südlichen Afrika ist unmöglich. Zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten gibt es keine goldene Mitte. Man muß aktiv werden, um ein System zu beseitigen, das sowohl in sich schlecht ist, als auch eine Bedrohung des Friedens darstellt. Die SI unterstützt diejenigen, die eine Alternativstruktur anstreben. Die Hauptkraft gegen den Status quo werden die Kämpfe der Völker des südlichen Afrika selber sein.

Der Schlüssel zur gesamten Situation im südlichen Afrika ist Südafrika selbst. Die Sozialistische Internationale ist grundsätzlich gegen das Apartheidsystem und für die Abhaltung allgemeiner Wahlen in Südafrika. Ein schwerwiegender Beitrag zur Erlangung dieses Zieles kann von der internationalen Arbeiterbewegung geleistet werden. Wir rufen alle Regierungen auf, ihre gefährlichen Beziehungen zum Apartheidsystem zu beenden. Die Auflösung aller Beziehungen muß folgendes beinhalten: Hilfe für die Befreiungsbewegung, den Vorschlag bei den Vereinten Nationen für bindende ökonomische Sanktionen gegen Südafrika und das Verbot, irgendwelche Ausrüstung nach Südafrika zu exportieren, die die militärische Leistungsfähigkeit des Landes erhöhen würde.

Die Sozialistische Internationale fühlt sich in gleicher Weise verpflichtet, sich für eine Mehrheitsregierung in einem unabhängigen Namibia einzusetzen. Da sie anerkennt, daß die Hauptkraft zur Erreichung dieses Zieles das Volk von Namibia selber ist, sollte an allererster Stelle die Befreiungsbewegung Namibias, die SWAPO, unterstützt werden.

In Zimbabwe (Südrhodesien) setzt sich die Sozialistische Internationale fest für die Prinzipien einer Mehrheitsregierung ein, der allgemeine und gleiche Wahlen zugrundeliegen müssen. Sie hofft, daß dies sehr bald erreicht wird.

(Quelle: Hektographierte Materialien des 13. SI-Kongresses, Genf, November 1976)



Kontinuierliche und kritische Informationen über die Verflechtungen westlicher Unternehmen und Staaten mit dem Südlichen Afrika. Nachrichten, Dokumente und ausführliche Analysen über die aktuellen Entwicklungen in dieser Region. Dies bringt der

informationsdienst südliches afrika

Jede Ausgabe behandelt ein besonderes Schwerpunktthema.

Schwerpunktthemen der letzten Hefte 1977:

Heft 9: Mosambik – 2 Jahre Unabhängigkeit

Heft 10: Südafrika – Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins

Heft 11: Namibia

Heft 12: Strategie der Westmächte im Südlichen Afrika

Umfang monatlich ca. 50 Seiten

Einzelpreis: 3,00 DM

Abo incl. Porto: 30,00 DM

Herausgeber:

Informationsstelle Südliches Afrika e.V.
und

Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD
und Westberlin e.V.

issa

Informationsstelle Südliches Afrika e.V.

Buschstr. 20, 5300 Bonn 1, Tel.: 02221/213288

An alle AIB- Abon- nenten!



Seit nunmehr acht Jahren erscheint das AIB zum selben Preis: 1,50 DM das Heft, 15,- DM das Jahresabonnement. Um diesen Preis auch 1978 halten zu können, versucht die Redaktion, Kosten wie das Schreiben und Versenden der Abo-Rechnungen zu vermeiden.

Darüber hinaus sind wir mehr denn je auf Spenden unserer Abonnenten und Leser angewiesen. Verbinden Sie bitte zahlreich mit der Abo-Überweisung eine **Spende** für das AIB!

Wir möchten alle AIB-Abonnenten deshalb bitten, die fälligen **Abonnementgebühren ohne Rechnung** zu begleichen und den Abonnementpreis zu überweisen auf das Postscheckkonto Frankfurt 312093-607 der Weltkreis-Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund.

Bitte vergessen Sie nicht, Absender und das Stichwort „AIB-Jahresabo“ auf dem Einzahlungsabschnitt genau zu vermerken, damit der Betrag auch exakt verbucht werden kann.

Jahresabo bitte bis spätestens 31. März überweisen!

Frankreichs Säbelrasseln in der Sahara

Im wohlerprobten Jargon der Terrorismushysterie berichteten in den vergangenen Monaten Presse, Funk und Fernsehen hierzulande über einen „eindeutig kommunistisch gesteuerten Nutznießer des Selbstständigkeitswillens der Sahraouis“, über die „Baader-Bande Sahara“ (Rheinischer Merker, 24. 12. und 18. 11. 1977), die „sechs französische Entwicklungshelfer entführt“ und damit „auf das uralte Erpressungsmittel des Menschenraubs verfallen“ sei (Süddeutsche Zeitung, 11. 11. 1977), auf die ja folgerichtig eine „Polizeiaktion“ von französischer Seite (Neue Zürcher Zeitung, 22. 12. 1977) folgen mußte.

Anlaß dieser reaktionären Meinungsmache war die Zuspitzung des Westsaharakrieges durch die unverhohlene Militärintervention Frankreichs. In der Tradition der alten Kolonialmachtspolitik ist Frankreich nicht nur Heimatland der Firmen, die – laut dem Zentralorgan der algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN) – neben amerikanischen und spanischen Konzernen bereits seit 1958 jährlich um die 600 Mio Dollar in die Saharaokkupation investiert haben (vgl. Révolution Africaine, Algier, 2. 3. 1977). Frankreich ist auch Hauptstütze der von der UN-Menschenrechtskommission als „Völkermord“ gebrandmarkten, aggressiven Okkupationspolitik von Marokko und Mauretanien. Ihnen gegenüber hat die Frente POLISARIO den Krieg und – unmißverständlich auch gegenüber Frankreich – das Territorium der Westsahara zum Kriegsgesamt erklärt.

Frankreich jedoch weigert sich hartnäckig das Selbstbestimmungsrecht der Sahraouis und die – mittlerweile von insgesamt zehn Ländern anerkannte – Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) anzuerkennen. Wegen vermeintlicher nichtvorhandener staatlicher Souveränität gibt es für Frankreich in der Sahara keine Kriegszonen. Folglich wurden auch die, von der Frente POLISARIO am 1. Mai 1977 in der Bergwerksstadt Zouerate festgenommenen und entsprechend der Haager und Genfer Konvention als Kriegsgefangene behandelten, sechs französischen Militärberater von der Regierung in Paris zu Zivilpersonen, ja sogar zu Entwicklungshelfern, und ihre Gefangennahme als Entführung und Geiselnahme erklärt. Im gleichen Atemzug bezichtigte der französische Außenminister de Guiringaud Algerien einer Aggression gegen Mauretanien aufgrund der konsequenten algerischen Unterstützung für die Frente POLISARIO.

„Geisellaffäre“ – Interventionsvorwand für Paris

Trotz wiederholter Dementis der Regierung in Paris, die entgegen allen Tatsachen bemüht war, einen Schein der Neutralität und Unparteilichkeit im Westsaharakonflikt vorzutäuschen, drangen zunehmend Berichte über das französische Militärengagement in Nordafrika an die Öffentlichkeit. Französische Saharakämpfer stärkten die Reihen der angeschlagenen marokkanisch-mauretanischen Invasionstruppen, die französische Luftwaffe führt regelmäßige Aufklärungsflüge über der DARS durch und französische Truppeneinheiten wurden in Zouerate sowie in Dakar/Senegal vom Mutterland verstärkt. Folgen des französischen Säbelrassels zeigten sich alsbald.

König Hassan II. von Marokko, durch diese Rückendeckung ermutigt, drohte in der ersten Novemberwoche Algerien mit einem Truppeneinmarsch. Die Antwort aus Algerien blieb aber nicht aus: Zehntausende Demonstranten verurteilten am 7. November in der „größten antifranzösischen Kundgebung seit Beginn der Unabhängigkeit des Landes vor 15 Jahren“ – so die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 9. 11. 1977 – in Algier

die französische Nordafrikapolitik und dokumentierten zugleich ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf des sahraouischen Volkes.

In der zweiten Novemberwoche schlug die französische Luftwaffe zu. Insgesamt sechs Jagdstaffeln von teils in Mauretanien, teils in Dakar stationierten Flugzeugen der französischen Luftwaffe vom Typ Jaguar und Breguet-Atlantique griffen mit Phosphor- und Napalmbomben im Rückzug befindliche POLISARIO-Einheiten an. Nach anfänglichen Dementis sah sich die französische Regierung gezwungen, ihre Beteiligung zuzugeben und veranlaßt, zynisch zu erklären: „Die französischen Flugzeuge sind dazu da, um zum Schutz unserer Staatsbürger in Mauretanien eingesetzt zu werden“. Allerdings überlebten von 60 gefangenen französischen Staatsbürgern nur 11 dieses in der Vorweihnachtszeit bekannt gewordene Napalm-Massaker.

Napalm zum Schutz von Menschenleben?

Trotz der, nunmehr auch offiziell erklärten Absicht der französischen Regierung, ihre Aggressionspolitik fortzuführen, ließ die Frente POLISARIO sechs seit Frühjahr 1977 gefangen gehaltene französische Militärberater Ende Dezember frei. Dies trotz ergebnisloser und durch die französische Seite zum Scheitern gebrachter Verhandlungen zwischen Frente POLISARIO und dem Pariser Außenministerium, das erstmals gezwungen war, die POLISARIO als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Die bemerkenswerten Erfolge der POLISARIO auf diplomatischer Ebene zeigten sich auch in der zunehmenden Unterstützung durch die OAU, wie sie sich auf der 28. Ministerrats-tagung der Organisation in Lomé (Togo) manifestierte, auf der Gipfelkonferenz zwischen Libyen, Mali, Tschad und Algerien Ende März 1977 oder in der Aufnahme der Jugenddelegation der Frente POLISARIO als Mitglied in die Arabische Jugendunion im vergangenen Jahr in Kairo. Im Zuge dieser diplomatischen Offensive haben Marokko und Mauretanien sich nicht nur international zusehends isoliert. Die sich vertiefende Krise in Mauretanien zwang den Staatspräsidenten Ould Daddah dazu, im Anschluß an den 3. Kongreß der mauretanischen Einheitspartei am 28. 1. 1978 eine Regierungsumbildung vorzunehmen, die eine vertiefte Abhängigkeit von den französisch-marokkanischen Verbündeten signalisiert – eine weitere Bestätigung für die Einschätzung der Frente POLISARIO. Bei der Formierung eines mauretanischen „Krisenkabinetts“ fällt die Benennung des alten Industrie-, Handels- und Verkehrsministers M. Mohamed Babbah, der als einer der promarokkanischen Gewährsmänner in Nouakchott gilt, zum Verteidigungsminister ins Auge. Auf dem 3. Parteikongreß war Ould Daddahs Kriegs-Krisen-Kurs voll bestätigt worden: Beim „Aufbau eines einigen, starken und angesehenen“ Mauretanien sollen gegen Algerien und „seine Söldner“ – so diffamiert man die POLISARIO – alle Reserven mobilisiert werden, und zwar im noch engeren Bündnis mit Marokko und Frankreich, dessen wertvolle „Hilfe“ man nachdrücklich würdigte (Monde, 25., 27. und 29./30. 1. 1978).

Ohne einen grundlegenden Kurswechsel gibt es indessen aus der Dauerkrise keinen Ausweg (siehe Kästen). Ein überzeugendes Zeugnis dafür legt das folgende Dokument der Frente POLISARIO ab, das die militärischen Erfolge und deren Auswirkungen auf die Aggressorstaaten schildert.



König Hassan II. (l.); Französische Interventionstruppen in Mauretanien

(. . .) Nach einer Reihe belastender Informationen – insbesondere für das marokkanische Regime – hat die Unterdrückung des sahrauischen Volkes unerträgliche Ausmaße angenommen. Die Sahraouis, Männer oder Frauen, Kinder oder Greise, werden in den Kommissariaten fürchterlich geschlagen, in Folterlagern gequält oder auf der Straße von Soldaten und Polizisten mißhandelt, weil sie Sahraouis sind. Tatsächlich verhaftet man sie wegen ihres Akzents, ihrer Gesichter oder ihrer Kleidung. Überall, wo es sich aufhält, im Süden Marokkos, im Norden Mauretaniens oder in der besetzten Sahara, erleidet das sahrauische Volk durch die gleichen Kräfte die gleiche Unterdrückung.

Bedeutende Militärfolge der POLISARIO

Und dennoch hat sein Widerstand nicht nachgelassen. Im Gegenteil. (. . .) Das sahrauische Volk ist in seiner Gesamtheit für seinen Kampf verantwortlich. Heute geht dieser Kampf in die zweite Hälfte seines fünften Jahres. Er wird überall siegreich fortgesetzt. Die militärischen Erfolge der Sahrauischen Volksbefreiungsarmee (ALPS) sind in der Tat unbestreitbar. Die Beherrschung des Geländes durch die sahrauischen Kämpfer wird von Tag zu Tag deutlicher. Der Feind ist nicht nur in einigen isolierten Militärposten eingeschlossen, vielmehr verliert er einen nach dem anderen. Die Städte Haouza, Farsia und Jdiria au Saguia El Hamra wurden befreit. Haouza im September 1977, Jdiria im Oktober 1977. Die ALPS greift regelmäßig feindliche Ziele von wirtschaftlichem oder strategischem Interesse an und zerstört sie. Seit vielen Monaten ist in Boucraâ kein Abbau (von Phosphat, d. Red.) mehr möglich, trotz der Präsenz beeindruckender marokkanischer Militäreinheiten.

Mehr noch, die sahrauischen Streitkräfte sind seit über einem Jahr in allen zum Kriegsterrain erklärten Gebieten anwesend, in ganz Mauretanien wie in Südmarokko. Die ALPS hat bewiesen, daß sie auch dort wichtige ökonomische Zielobjekte erreichen und zerstören kann, wie die Grubenanlagen

von Zouérate, ökonomisches Herzstück Mauretaniens, und den Zug, der das Erz zum Meer befördert. Der Stop jeglichen Eisenerzabbaus in Zouérate ist eine entscheidende Niederlage, die dem feindlichen Aggressor von den Einheiten der ALPS beigebracht worden ist.

Der Feind hat mehrere Versuche unternommen, seine militärischen Niederlagen zu beenden. Alle waren zum Scheitern verurteilt. In diesem Sommer wurden 20 000 marokkanische Soldaten von Hassan II. losgeschickt, um „zu bestätigen, daß die POLISARIO in der Westsahara nicht vorhanden sei“ – so in seiner Rede vom 20. August 1977. In gemeinsamem Vorgehen Marokkos und Mauretaniens wurde die ganze nordöstliche Region der Westsahara durchkämmt.

Diese Aktion hat nicht nur kein Ergebnis erbracht, sondern die Kampfhandlungen, die zu dieser Zeit stattgefunden haben, sind auf Seiten des Feindes mit sehr schweren Verlusten an Menschen und Material bezahlt worden. So wurden zwei Flugzeuge vom Typ F-5 und zwei Hubschrauber der marokkanischen Luftwaffe in Toukkat (nahe Smara) abgeschossen. Sechs höhere Offiziere, die sich in einem der Hubschrauber befanden, wurden auf der Stelle getötet. Erwähnen wir auch die Operationen von Ras Irni und Tifariti, die ebenfalls für die marokkanische Armee mörderisch waren.

„Großmarokko“-Träume zerrinnen

Am 13. Mai letzten Jahres wurde offiziell das sogenannte „gemeinsame Militärkommando“ Marokkos und Mauretaniens ausgerufen, durch das Marokko – welches Mauretanien als unfähig einschätzt, erfolgreich einen Kampf gegen unser Volk zu führen – seine Herrschaft über Mauretanien verstärkt. Hiermit hat das alaoutische Regime die faktische Besetzung dieses Landes lediglich offengelegt, welches – und das dürfen wir nicht vergessen – seit Jahren insbesondere von der Istiqlalpartei als Teil „Groß-Marokkos“ beansprucht wird, und das erst 1969 von Hassan II. offiziell anerkannt

Mauretanien

Territorium: 1,04 Mio qkm (vierfache Größe der BRD), davon 2/3 Wüste. Infolge des regenarmen Klimas mit Dürreperioden sind nur Oasen im Norden und das Senegaltal im Süden kultivierbar.

Bevölkerung: Nach Schätzungen 1,4 Mio, davon 67 % Nomaden. Etwa 80 % Mauren arabisch-berberischer Abstammung, 20 % Schwarzafrikaner. 90 % leben im südlichsten Landesviertel. Hauptstadt ist Nouakchott (130 000).

Religion: Fast ausschließlich islamisch (Staatsreligion).

Währung: 1 Ouguiya (UM) = 5 Khoums; 1 UM = 0,05 DM.

Geschichte:

- 700–1600 Nordafrikanische Dynastien, schwarzafrikanische Königreiche und schließlich arabische Vorherrschaft.
- 1903 Südmauretanien wird französisches Protektorat.
- 1920 Deklaration zur französischen Kolonie.
- 28. 11. 1958 Im Zuge der Entkolonialisierung Bildung der Islamischen Republik Mauretanien als autonomer Staat innerhalb der Communauté Française. Ministerpräsident: M. Ould Daddah.
- 28. 11. 1960 Volle Unabhängigkeit, M. Ould Daddah wird Staatspräsident.
- Ab 1960 Aktives Eintreten für ein geeintes, entkolonialisiertes Afrika. Unterstützung des algerischen Befreiungskampfes und zunehmende Zusammenarbeit mit Algerien.
- 1961 Abkommen mit Frankreich über umfangreiche politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit.
- 1965 Verkündung einer Politik der Nichtpaktgebundenheit und Neutralität.
- 1970 Vertrag über „Solidarität, Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft“ mit Marokko.
- 1973 Mauretanien kündigt die Verträge mit Frankreich, tritt aus der Franc-Zone aus und führt mit arabischer Finanzhilfe eine eigene Währung ein. Im gleichen Jahr Abschluß neuer, günstigerer Verträge mit Frankreich.
- 1974/75 Nationalisierung ausländischer Bergbaukonzerne.
- 1975 Parteitag der PPM, der zum Ziel der mauretanischen Demokratie den „Sozialismus“ erklärt.

Staatsform: Die Islamische Republik Mauretanien ist Republik mit verfassungsmäßigem Präsidialregime. Einzige zugelassene Partei ist die durch Fusionierung von vier Parteien 1961 konstituierte Volkspartei Mauretaniens (PPM) unter M. Ould Daddah. Nationalversammlung und Staatspräsident werden durch allgemeine Wahlen auf 5 Jahre gewählt.

Wirtschafts- und Sozialstruktur: Mauretanien ist ein schwachentwickeltes Agrarland mit einem Bruttoinlandprodukt pro Kopf von 210 Dollar (Algerien 415), mit Resten urgemeinschaftlicher und Sklavenwirtschaftsformen und nur etwa 20 000 Lohnempfängern (einschließlich Ausländern) und mit einer Analphabetenquote von 90 % (Algerien 73 %); 17 500 Einwohner pro Arzt (Algerien 8 200). 85–90 % der Bevölkerung leben vom Ackerbau (Hirse, Bohnen, Mais, Datteln) und Viehzucht (Rinder, Schafe, Kamele) und etwa 10 % vom Bergbau und der Fisch- und Fleischverarbeitung. Wichtigste Bodenschätze sind Kupfer und Eisenerz mit einem Anteil von 75 % am Gesamtexport und 27 % am Bruttosozialprodukt (nach Liberia zweitgrößter Eisenerzlieferant Afrikas). Sie werden seit Anfang der 60er Jahre abgebaut – im Gegensatz zu den erst jüngst entdeckten Uran, Phosphaten und Erdöl. Die 90 Mio Dollar Entschädigungszahlungen an die 1974/75 nationalisierten ausländischen Bergbaugesellschaften erfolgen mit Finanzhilfe konservativer arabischer Ölstaaten, deren Einfluß auf Wirtschaft und Politik stark zugenommen hat. 80 % der Exporte gehen in die EG.

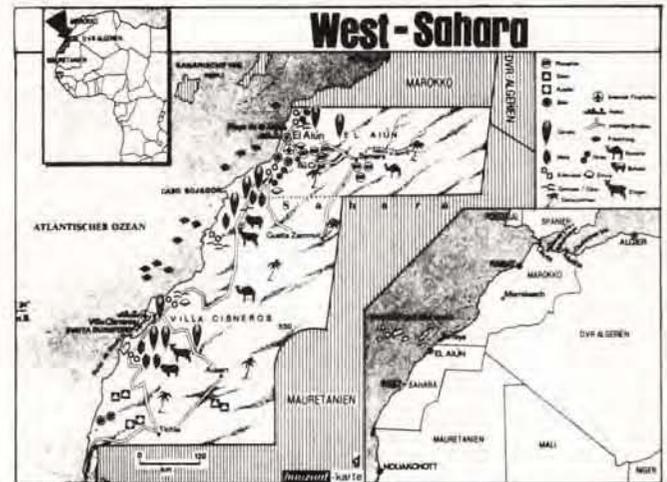
West-Saharapolitik: Gegen die marokkanischen militärischen Herrschaftsansprüche wurde 1957 erstmals eine ethnisch und geographisch begründete These von „Groß-Mauretanien“ aufgestellt, in der Folgezeit stand jedoch die Entkolonialisierung der „Spanisch-Sahara“ im Vordergrund. Nach Aussöhnung mit Marokko erhoben Algerien, Marokko und Mauretanien 1970 und 1973 gemeinsame Forderungen zur Durchführung eines Referendums. 1974 schlossen Hassan II. und M. Ould Daddah jedoch ein Geheimabkommen, das die Teilung der Sahara und die gemeinsame Ausbeutung der Phosphate vorsah. 1975 marschierte mauretanisches Militär – 1976 auf 10 000 Mann angewachsen – in Rio de Oro ein, das 1/3 der Westsahara ausmacht und mit seinen etwa 15 000 Einwohnern am 29. 2. 1976 zur 11. Verwaltungsregion deklariert wurde, einen Tag nach der sahrauischen Unabhängigkeitserklärung.

wurde. Das Juni letzten Jahres nach Zouérate geschickte Bataillon der marokkanischen Armee wurde nur den anderen Bataillonen, der Artillerie, den Panzern, den Flugzeugen, die seit Beginn der Aggression in Mauretanien stationiert sind, hinzugefügt.

Seitdem haben marokkanische Offiziere in der mauretanischen Armee die Kommandogewalt inne. Die Desorganisation und Auflösung letzterer, die Entsendung mauretanischer Offiziere an der Spitze beweglicher Einheiten, die den Soldaten Hassans II., die die strategischen Basen und Zentren besetzt halten, als Schild dienen, sind Maßnahmen zur Lähmung jeglichen inneren Widerstands gegen die marokkanische Besetzung.

Aber diese Maßnahmen, die die Besorgnis fast des gesamten mauretanischen Volkes, einschließlich gewisser Regierungsverantwortlicher um seine Unabhängigkeit hervorrufen, haben unsere ALPS nicht daran gehindert, feindliche Ziele zu zerschlagen. Im Gegenteil. Zum ersten Mal waren die marokkanischen Truppen Mitte Oktober gezwungen, ihre Quartiere in Zouérate zu verlassen, um einer mauretanischen Einheit, die in Bir-Moghrein in Schwierigkeiten war, zur Hilfe zu kommen. Hierbei kam es zur Schlacht von Oum-Drouss, auf halbem Weg zwischen den beiden erwähnten Städten; die beiden marokkanischen Elite-Fallschirmeinheiten wurden vollständig aufgerieben, Hunderte von Soldaten kampfunfähig gemacht, 35 andere, darunter der Befehlshaber der Einheit, gefangen genommen.

Damit wurde noch einmal die Wirkungslosigkeit der feindlichen Truppen unter Beweis gestellt.



Man muß an dieser Stelle daran erinnern, daß, wenn das sahrauische Volk mit einer solch konsequenten Entschlossenheit und solchen Erfolgen kämpft, dies daran liegt, daß seine Sache gerecht und seine Armee beliebt ist. Das trifft nicht für die marokkanischen und mauretanischen Truppen zu. Wenn in ihnen eine allgemeine Stimmung herrscht, so ist es die der Absurdität, wenn nicht der Ungerechtigkeit dieses Krieges. (. . .)

Aber das enorme Risiko, das das marokkanische Regime mit dem Abenteuer in der Sahara auf sich nimmt, ist das zunehmende Bewußtsein seines Volkes über den Betrug, der an ihm begangen wurde, über den Bruderkonflikt, in den es hineingezogen wurde. Währenddessen vertieft sich die wirtschaftliche und soziale Krise. Die Jugend, die in der Sahara stirbt, ist für alle eine schwere Hypothek: Das marokkanische Volk bezahlt seine sogenannte „nationale Wiedervereinigung“ teuer. Die Widersprüche verschärfen sich, und trotz der „heiligen Union“ sind sich immer größere Kreise der marokkanischen Opposition – derjenigen, die es nicht nur dem Namen nach ist – der Illegitimität der militärischen Besetzung der Sahara bewußt, und des Nutzens, den allein Imperialismus und regionale Reaktion daraus ziehen.

Marokko - Statthalter des Neokolonialismus

Territorium: 458 730 qkm, d. h. die rund doppelte Fläche der BRD und halbe Größe Algeriens. Rund 50 % sind Gebirgslandschaft (Atlas) und Wüste, rund 35 % landwirtschaftlich nutzbar. Subtropisches Klima.

Bevölkerung: 17,5 Mio (1977). Jährliches Bevölkerungswachstum ca. 3 %. Etwa 63 % der Bevölkerung Marokkos sind Araber, 36 % Berber.

Religion: Islam ist Staatsreligion (zu 95 % sunnitische Moslems).

Währung: Dirham (DH); 1 DH = 0,63 DM (Ende 1975)

Geschichte:

8. Jhd. Eroberung Marokkos durch die Araber.
1666 Konstituierung der bis heute herrschenden Alauten-Dynastie
1904 Das nordmarokkanische Gebiet Tetouan fällt laut einem Geheimabkommen an Spanien, der Rest an Frankreich.
1912 Marokko wird französisches Protektorat.
1956 Marokko wird unabhängig.
1957 Proklamierung des Königreichs Marokko unter Muhammad V., der als Sultan Muhammad ben Jussuf seit 1927 als weltliches und geistliches Oberhaupt des Landes fungierte.
1961 Kronprinz Hassan II. wird König.
1963 Nach ersten – manipulierten – Parlamentswahlen vom 17. 5. 1963 wird eine konstitutionelle Monarchie proklamiert.
1971/72 Zwei Militärputsche unter Generalbeteiligung scheitern.
Nov. Hassans Proklamation des symbolischen „Grünen Marsches“ zur Annexion der Westsahara, woraufhin Franco-Spanien die Räumung seiner Kolonie zum Februar 1976 zugunsten Marokkos/Mauretaniens zusagt.
1975
Febr 1976 Militärische Okkupation der Westsahara.

Politisches System: Nur formal konstitutionelle Monarchie mit König Hassan II. als geistlichem und weltlichem Staatsoberhaupt. Mit der Alleinbenennung vornehmlich aus der Königsfamilie und feudalen Großgrundbesitzern rekrutierter „Unabhängiger“ zu Regierungs- und Staatsbeamten behält Hassan – wie auch seine wiederholten Parlamentsauflösungen bezeugen – die politische Entscheidungsgewalt faktisch alleine in der Hand. Ministerpräsident ist der Königsschwager Ahmed Osman. Die neue Verfassung von 1972 beließ dem Monarchen die entscheidenden Machtbefugnisse, nur werden statt der bislang 2/3 nurmehr 1/3 der Parlamentsmitglieder von einem königstreuen Wahlkollegium (Berufsstände, Kommunen- und Arbeitnehmervertreter) bestimmt.

Die Oppositionsparteien boykottierten seit 1963 geschlossen die Wahlen und lehnten 1972 Hassans 3. Verfassungsentwurf ab, da er ihre Demokratisierungsforderungen (verfassunggebende Gewalt allein für ein frei gewähltes Parlament, demokratische Freiheiten und Generalamnestie) ausschlug. Massenproteste wurden immer wieder blutig niedergeschlagen, die Linksopposition harten Verfolgungen ausgesetzt, von der Ermordung Ben Barkas 1965 über das KP-Verbot 1960 und erneut 1969 bis zur Inhaftierung, Aburteilung und Folterung hunderter Gegner der Westsaharapolitik 1976/77. Das Ergebnis der von den Oppositionsparteien nicht boykottierten **Parlamentswahlen vom Juni 1977** zeigt, daß ihre Burgfriedenspolitik der „nationalen Einheit“ in der Westsaharafrage vorab die Positionen der Monarchisten festigen half: Die „Unabhängigen“ errangen 140 von insgesamt 264 Sitzen, die Istiqlal(Unabhängigkeits)-Partei 49, die Volksbewegung 44, die Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP) 16, Konstitutionelle und Demokratische Volksbewegung 3, Partei der Tat 2, Partei für Fortschritt und Sozialismus (vormals KP Marokkos) 1. In dem von Hassan im Oktober 1977 vorgestellten neuen Kabinett sind erstmals seit 1962 wieder Minister der Istiqlal (5), der Volksbewegung (MP, 4) und der Nationalen Union der Volkskräfte (UNFP, 1) vertreten.

Parteien: Die 1943 gegründete **Istiqlal-Partei** fungierte bis zur Unabhängigkeit als breite Einheitsfront des antikolonialen Kampfes. Sie vertritt heute unter religiös-konservativen Vorzeichen primär die Interessen der Handels- und Industriebourgeoisie und eines Teils der Großgrundbesitzer. Ihr Generalsekretär Boucetta, jetzt Außenminister, gilt als Hauptverfechter der Idee eines „Großmarokkanischen Reiches“, das die Hälfte der algerischen Sahara umfassen und bis nach Senegal reichen soll. Die 1959 gegründete **Volksbewegung (MP)** ist die Partei der königstreuen Bauernschaft. Die **Nationale Union der Volkskräfte (UNFP)**, die 1959 aus einer Abspaltung der Istiqlal hervorging, formierte sich unter Führung Ben Barkas als Partei des linken Flügels der nationalen Bourgeoisie,

der Intelligenz und der Arbeiter, deren radikale Mehrheit sich 1974 zur sozialreformistischen **Sozialistischen Union der Volkskräfte (USFP)** konstituierte. Das USFP-Parteiprogramm von 1975 fordert u. a. eine „echte“ Agrarreform und Teilnationalisierungen, ihr Generalsekretär Abderrahim Bouabib gehörte 1976/77 vorübergehend der Regierung ohne Portefeuille an. Die unter Vorsitz Ali Yatas 1974 als legale Nachfolgeorganisation der KP Marokkos (1924 gegründet) konstituierte **Partei für Fortschritt und Sozialismus (PPS)** befürwortet ebenso wie die bürgerlich-nationalistischen Parteien die Westsaharapolitik Marokkos, da sie als Befreiungskampf gegen die spanische Kolonialmacht zu werten sei.

Wirtschaft: Marokko ist ein schwachentwickeltes Agrarland mit noch starken Feudalstrukturen, einer beginnenden Industrialisierung und einem weltwirtschaftlich gewichtigen Bergbausektor. Einem Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt von 32 % stehen 14 % der verarbeitenden Industrie gegenüber. 55 % der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft tätig. Als weltgrößter Exporteur von Rohphosphat (rund 50 % des Weltvorkommens), viertgrößter Mangan- und zweitgrößter Kobaltproduzent ist Marokko keineswegs arm an mineralischen Rohstoffen. Weitere Bodenschätze: Eisen-, Kupfer-, Blei- und Zinkerze, Steinkohle und Erdöl. Hauptexportgüter sind Rohphosphat und Erze (ca. 40 % des Exportwertes), Agrarprodukte wie Agrumen, Frühgemüse und Wein. Haupteinfuhrgüter sind Rohöl, Getreide und Kraftfahrzeuge.

Als teillasoziiertes Mitglied der EG konzentriert Marokko über 60 % seines Außenhandels auf die westeuropäischen Staaten (angeführt von Frankreich und der BRD) und die USA, denen gegenüber es auch hoffnungslos verschuldet ist: Lag die Verschuldung 1976 bei etwa 1,4 Mrd Dollar, so soll nach Berechnungen der UNO Marokko 1980 hinter Zaire und Ägypten höchstverschuldetes Entwicklungsland sein. Weiteres Zeichen einer hochgradigen neokolonialistischen Abhängigkeit des Landes sind die durch freien Gewinntransfer und Eigentums Garantien (so ein 1968 mit Bonn geschlossener Investitionsförderungsvertrag) gekennzeichneten Begünstigungen des imperialistischen Fremdkapitals, dessen Hauptanteile die USA (24,65 %), Frankreich (24,08 %) und die BRD (12,24 %) auf sich vereinen. Ungeachtet der seit 1970 durchgeführten „Marokkanisierung“ (Teilüberführung von französischem Grund- und Industriebesitz in einheimisches Privat- und Staatseigentum) kontrolliert alleine das französische Konzernkapital 60 % der Metall-, 50 % der Zement- und 40 % der chemischen Industrie. Da die „Marokkanisierung“ in der Landwirtschaft nicht von einer Agrarreform begleitet wurde, blieben 40 % der Bauern landlos (nach 1956 verloren 1,5 Mio Bauern ihr Land), vermochten insbesondere die Königsfamilie – Hassan II. ist mit 100 000 ha im „modernen“ Sektor größter Grundbesitzer – und die Oberschicht der Agrarbourgeoisie ihre Position auszubauen. Rund 1/3 des Bodens befindet sich in feudalaristokratischem Großgrundbesitz, die herrschenden 300 Familien konzentrieren über 50 % der bewässerten Fläche in ihrer Hand. Die alautische Dynastie ist zugleich größter einheimischer Kapitaleigner und wie die Bourgeoisie über bevorzugte gemischte Unternehmen mit dem Auslandskapital eng liiert. Ein 1973 einsetzender Produktionsrückgang in der Landwirtschaft, die durch den Preisverfall auf dem internationalen Phosphatmarkt erheblich verminderten Deviseneinnahmen und die beschleunigte Auslandsverschuldung signalisieren eine wirtschaftliche Strukturkrise, die aus den Fesseln der feudalen Besitzverhältnisse ebenso wie aus der neokolonialistischen Abhängigkeit vom imperialistischen Auslandskapital herrührt. Die mit dem Westsahara-Abenteuer erfolgte gigantische Aufblähung der Militärausgaben auf mehr als 1/3 des Staatshaushalts wirkt als zusätzliches Hemmnis der unterentwickelten Wirtschaft.

Soziale Lage: Marokkos nahezu stagnierendes und mit 310 Dollar (Algerien 415, Libyen 2 200 Dollar) niedriges Prokopfeinkommen findet infolge der tiefen sozialen Kluft in Massenelend und -armut seinen Ausdruck. Die Mindestlöhne der Industriearbeiter liegen zwischen 0,53 und 0,60 DM, die der stark angestiegenen Zahl der Landarbeiter (nach der Unabhängigkeit verloren 1,5 Mio Bauern ihr Land!) bei täglich 2,88 DM. Angesichts der Westsahara-Krise wurde – bei gleichzeitigen Preissteigerungen von jährlich ca. 5 % – ein Lohnstopp und eine Sondersteuer für Lohnabhängige verfügt. Hinzu kommt eine saisonale und Dauerarbeitslosigkeit von 40 % im städtischen und 60 % im ländlichen Bereich. 76 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Kindersterblichkeit beträgt 12 % eines Geburtsjahrgangs. Auf 10 000 Menschen kommt nur ein Arzt.

Angesichts der Krise übertüncht das marokkanische Regime die Widersprüche mehr schlecht als recht: Was die Wirtschaft angeht durch Anleihen (1976 drei Anleihen aus dem Internationalen Währungsfonds). Die Abhängigkeit von westlichen und arabischen Geldgebern verschärft sich in schwindelerregendem Ausmaß. Angesichts des von den USA praktizierten Dumpings (gezielte Preisunterbietung) wurde mit den Phosphaten ein Verlustgeschäft abgeschlossen. In jüngster Zeit brach aufgrund der protektionistischen Maßnahmen, die vor allem von Frankreich ergriffen wurden, im Textilbereich eine sehr schwere Krise aus.

Auf politischer Ebene wird die Demokratisierung des Regimes vorgetäuscht, während man sich tatsächlich in der „heiligen Union“ mit den konservativsten Kräften einläßt. In der Tat waren für das Überleben des Thrones einige Zugeständnisse notwendig. Aber andere Kräfte wurden auf diesem Wege trotz ihres „guten Willens“ fallengelassen. Und die traditionelle Unterdrückung in Marokko nahm von neuem ihren Lauf. Im Mai letzten Jahres sind mehrere hundert Personen, Studenten, Arbeitslose, Arbeiter verhaftet und verschleppt worden. Trotz der demokratischen Fassade herrscht in Marokko immer noch das Gleichgewicht des Schreckens.

Mauretanien seinerseits befindet sich in einer noch schlimmeren Sackgasse! Eine Kriegswirtschaft, die über seine Kräfte geht, hat es praktisch „in die Knie gezwungen“. 1976 wurden 60 % des Staatshaushalts für Militärzwecke ausgegeben. Die neuerlichen Angriffe der Streitkräfte der ALPS gegen so kapitale Ziele wie die Grubenanlagen von Zouérate oder den Erzzug versetzen seiner Wirtschaft einen fatalen Schlag! Gleichwohl hatte die ALPS bis vor ca. sechs Monaten aus-

Rücksicht auf das mauretanische Brudervolk seine wichtigsten Zentren verschont, obwohl sie die Möglichkeit hatte, sie zu zerstören, weil wir noch geneigt waren zu glauben, daß das Regime von Nouakchott auf sein annexionistisches Abenteuer verzichten könnte. In der Tat sprach alles dafür: Die Freundschaft zwischen dem sahrauischen und dem mauretanischen Volk, die Unmöglichkeit für Mauretanien, allein solch enorme Kriegslasten auf sich zu nehmen, der Druck des marokkanischen Expansionismus und der imperialistischen Interessen, der auf beiden Ländern gleichmäßig lastet.

Mauretaniens vertiefte Abhängigkeit

Natürlich sah die Wirklichkeit ganz anders aus. Mokhtar Ould Daddha, in der Falle seiner eigenen Aggressionspolitik gegen das sahrauische Volk, mußte Marokko enorme Konzessionen machen, die die Zukunft, ja selbst die Unabhängigkeit seines eigenen Landes aufs Spiel setzen. Die Anwesenheit marokkanischen Militärs, die man geheim zu halten versucht, ist dem mauretanischen Volk bekannt und wird von ihm nur mit Mühe ertragen. Zusätzlich zu den Schlägen, die ihm die ALPS versetzt, muß das Regime dem Widerstand seines Volkes begegnen, der zuvor noch sporadisch und unorganisiert, aber von Tag zu Tag stärker wird.

Mauretanien geriet in die Sackgasse. Mauretanien wurde auf die Knie gezwungen. Aber die Dialektik der Aggression bewirkt, daß, je mehr Zeit vergeht, desto weniger den wahren – friedlichen – Interessen des mauretanischen Volkes Rechnung getragen wird. Desto mehr werden diese verschleudert.

Aufruf für das sahrauische Volk



Entgegen den Beschlüssen der Vereinten Nationen und einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag wurde das Volk der Sahraouis mit brutalen Mitteln aus seinen angestammten Wohngebieten in der ehemaligen spanischen Kolonie Sahara vertrieben. Marokko und Mauretanien teilten sich das Gebiet und führen seither einen beispiellosen Vernichtungsfeldzug gegen die Wüstenbewohner. Mehr als 100 000 Menschen flüchteten quer durch die Sahara auf algerisches Gebiet. Dort leben sie seither in Flüchtlingslagern am Rande des Existenzminimums. Im Winter 1975/76 starben täglich fast 50 Kinder an banalen Infektionskrankheiten, da es an medizinischer und humanitärer Hilfe fehlt. Für die neue Winterperiode kündigt sich die gleiche Katastrophe an. Mit Bestürzung erfahren wir jetzt, daß die marokkanische Regierung einen militärischen Angriff auf die Flüchtlingslager vorbereitet, um so ihre Behauptung von der Nichtexistenz einer autochthonen Bevölkerung in diesem Territorium unter Beweis zu stellen.

Wir wenden uns deshalb an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, alle die ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um einen Genozid an dem saharaischen Volk zu verhindern. Wir wenden uns an alle Bürger unseres Landes und fordern sie auf: Helfen Sie mit, den drohenden Völkermord am sahrauischen Volk zu verhindern. Unterstützen Sie die humanitären Hilfeleistungen zugunsten des sahrauischen Volkes. Spenden Sie auf das Konto 232 bei der Stadtparkasse Frankfurt unter dem Stichwort „Saharahilfe“. Jede Mark kann ein Leben retten.

Antimperialistisches Solidaritätskomitee medico international

Zunächst an Marokko, wie wir gesehen haben ; anschließend an den Imperialismus, d. h. im Fall Mauretaniens an den Imperialismus Frankreichs.

Frankreichs Maske der „Neutralität“

Wir sagen „anschließend“, weil sich die ausländischen Interventionen in dieser Reihenfolge in Mauretanien manifestiert haben. Tatsächlich müßte man natürlich sagen: **Zunächst** Frankreich, das sich bis gestern vorsichtig hinter der Maske der „Neutralität“ versteckt hat. Heute, angesichts der militärischen und diplomatischen Siege, die vom sahraouischen Volk Schlag auf Schlag errungen werden, ist die französische Regierung über den „Ernst“ der Situation beunruhigt. Sie verrät ihre Mittäterschaft und ihre Ausrichtung auf die marokkanisch-mauretanischen Positionen.

Hinter der erklärten – und neuen! – Absicht, die Sicherheit der französischen Staatsbürger in Mauretanien militärisch zu sichern, anstatt sie **aus diesen Kriegszonen heimzuführen**, verbirgt sich eine Intervention kolonialen Stils und eine militärische Kettenreaktion, die auf die ganze Region übergreifen und den Konflikt internationalisieren könnte. Das ist auch der Beweis dafür, daß diese französischen Staatsangehörigen immer Schachfiguren auf dem Spielbrett der französischen Politik in dieser Region waren und sind.

Denn die Regierung Giscard d'Estaings hat an der Konzipierung und der Realisierung des Angriffs auf unser Volk und an dem Völkermord teilgenommen. Man findet sie in den Verhandlungen und der Zustimmung zum Teilungsvertrag von Madrid wieder, der in Wahrheit ein vierseitiger Vertrag war. Man findet sie wieder auf den Schauplätzen der Operationen, in Gestalt von Militär-„Beratern“, die mauretanische Uniform tragen und in der Lieferung von Waffen und Ausrüstung großen Stils. Man findet sie darüber hinaus wieder als Taufpaten des „marokkanisch-mauretanischen Verteidigungspaktes“. Man findet sie heute als militärisch intervenierende in der Region wieder.

Die Verleumdungskampagnen, die gegen den Kampf des Sahraoui-Volkes geführt werden, um diesen zu diskreditieren, die Manipulationen und die ganz einfachen Fälschungen der Erklärungen und Interviews der sahraouischen Verantwortlichen zielen in Wirklichkeit nur darauf ab, die bereits vollzogenen Interventionsakte zu rechtfertigen.

Unter dem Deckmantel eines humanitären Anliegen will die französische Regierung dem sahraouischen und mauretanischen Volk mehr denn je die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und strategischen Interessen aufzwingen. Die Maske ist gefallen, aber die Gefahr einer Flucht nach vorn ist real.

(Quelle: Sahara Libre, Algier, Nr. 47/22. 12. 1977)

Iran

Gleich mehrere Ereignisse im noch vor wenigen Jahren als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ apostrophierten Iran ließen in jüngster Zeit aufhorchen. Da wurde zunächst der Ministerpräsident Hoveida nach fast 13jähriger Amtszeit entlassen und der Generalsekretär der Einheitspartei Rastakhiz und bisherige Chefölkunderhändler, Amouzegar, zu seinem Nachfolger ernannt. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu sehen, in denen sich der Iran befindet. Außerordentliche Energieknappheit – in Teilen des Landes wird bereits zeitweise der Strom abgestellt – generelle Versorgungsschwierigkeiten und eine grassierende Inflation sind die Begleitumstände einer Entwicklung; in der sich der vom Schah verkündete Sprung unter die fünf mächtigsten Staaten der Erde immer deutlicher als Fata Morgana entpuppt. Gleichzeitig demonstrierten der US-Besuch von Schah Reza Pahlewi und die Teheraner Visite Präsident Carters zum Jahreswechsel, daß das Schah-Angebot, die Ölpreise 1978 nicht zu erhöhen, mit einer noch engeren iranischen Unterordnung gegenüber Washington verknüpft ist. Dafür handelte er sich die Zusage ein, daß die US-Regierung seine Politik der Hochrüstung durch die Lieferung modernster Waffen weiterhin möglich macht und gutheißt (vgl. AIB 1/78). Darüber hinaus stellte der Schah weitere Stellvertreterdienste in Aussicht, als er damit drohte, seine Truppen zur Unterstützung des Aggressionskrieges Somalias gegen Äthiopien einzusetzen.

Die Versuche, mit Hilfe der Einheitspartei Rastakhiz im Iran selbst eine Massenbasis für die Schah-Politik zu gewinnen, schlugen angesichts stetig steigender Lebenshaltungskosten, wachsender Korruption und blutiger Unterdrückung jeglicher demokratischer Freiheiten allerdings fehl. Im Gegenteil bezeugen die jüngsten Streiks der Arbeiter und die Demonstrationen der Studenten den Beginn einer neuen Massenbewegung gegen den Schah; sie erhellt der folgende Beitrag.

K. Kiauri **Volkswiderstand gewinnt an Breite**

Die Ereignisse in den letzten Monaten in unserem Land zeigen, trotz aller Unterdrückung und Intrigen des Schah-Regimes gegen die demokratischen Kräfte und der Versuche der Erzeugung von Zwietracht unter den demokratischen Kämpfern, daß sich der Kampf der iranischen Bevölkerung für die Erlangung der Freiheit und für bessere Lebensbedingungen mit zunehmender Beschleunigung ausbreitet. Dieser Kampf macht eine augenfällige und spürbare quantitative und qualitative Entwicklung durch. Längst gelangte die Politik des Regimes in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Bereichen in die Sackgasse.

Jeden Tag schließen sich neue Schichten der Bevölkerung – nicht nur die Werktätigen in Stadt und Land und die revolutionären Intellektuellen, sondern auch die Zwischenschich-

ten und sogar Teile der wohlhabenden Kreise – den Reihen der mit dem gegenwärtigen Regime Unzufriedenen an. Sie sind Zeuge, daß die nationalen Reichtümer unseres Landes durch die räuberische Öl- und Rüstungspolitik im Interesse des Imperialismus verschleudert werden, und daß das Leben der Bevölkerung von Tag zu Tag wegen der Teuerung schwerer und unerträglicher wird. Sie sehen, daß sich das Regime auf Maschinengewehre der SAVAK-Leute, auf Folter, Gefängnisse, Exekutionsfelder und Schlagstöcke der Söldner des Hofes stützt.

Die Angst vor dieser wachsenden Unzufriedenheit und der Druck der Weltöffentlichkeit, die sich – im Zuge der spürbaren Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in den letzten

Jahren – mehr denn je für die unerträgliche politische und gesellschaftliche Situation des Iran interessiert, zwang das Regime, in manchen Bereichen kleine Schritte in Richtung des Rückzuges zu unternehmen, um damit die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der heuchlerischen Änderung seiner Herrschaftsmethode abzulenken

Die Phase des aufflammenden Kampfes der Bevölkerung begann im Jahre 1976 mit breiten studentischen und Arbeiterkämpfen und dehnte sich, trotz der gewaltsamen Unterdrückung durch das Schah-Regime, auf andere soziale Schichten, insbesondere auf die Intellektuellen, aus. Diese Kräfte traten mit neuen Kampfformen hervor. Sie veröffentlichten mehrere offene Briefe, die das Schah-Regime und seine Handlanger verurteilten, unternahmen vielfältige Anstrengungen für die Durchsetzung eines Minimums an freier Meinungsäußerung und für die Durchführung von kulturellen und politischen Versammlungen außerhalb des Rahmens der „königlichen Partei“ (der Einheitspartei Rastakhiz, d. Red.). Außerdem beteiligten sie sich an der Vorbereitung der disziplinierten breiten Streiks nicht nur in den Fabriken und Industriebetrieben, sondern auch bei den Lehrern, Künstlern, Staatsbanken und Eisenbahnbediensteten.

In diesem Jahr durchbrachen zum ersten Mal offene Briefe die Zensur und bezogen eindeutig gegen den SAVAK und die Diktatur Stellung. Die Hilfe der Bevölkerung bei ihrer Verbreitung ist ein Zeichen dafür, daß durch diese Briefe der Protest der Bevölkerung artikuliert wurde. Es muß auf die positive Wirkung eines Briefes der großen Gruppe der Richter, mehrerer Briefe von Rechtsanwälten und von politischen Persönlichkeiten wie Dr. Hadj, Seyd-Djawadi, Ali-Azad, Dr. Sandjabi, Dr. Bachtiar und Fruhar hingewiesen werden.

Eines der neuen Phänomene der gegenwärtigen Phase des Kampfes sind die dem Schah-Regime aufgezwungenen Zusammenkünfte demokratischer Kräfte, die seit Jahren vom SAVAK brutal verhindert wurden. Sogar die studentischen Versammlungen in den geschlossenen Räumen der Universitäten werden nicht erlaubt. Sitzungen von Schriftstellern und Künstlern in den letzten Monaten waren erste Versuche, dieses Verbot zu durchbrechen. Nach einigen eingeschränkten Zusammenkünften aus Anlaß des Todes des demokratischen Kämpfers Dr. Schariati und anderen Ereignissen an den Universitäten in der Stadt Ray, einer Demonstration von Geschäftsleuten in Isfahan sowie von Studenten und Schülern in der Stadt Amol, traten diese Versuche in eine neue qualitative und quantitative Phase.

An der Veranstaltung der „Abende der Dichterlesung Irans“, die durch die Vereinigung der Schriftsteller Irans durchgeführt wurde, nahmen an zehn aufeinanderfolgenden Aben-

den tausende von Studenten, Intellektuelle, Arbeiter und Angehörige anderer Schichten teil. (. . .)

Der Streik und der einheitliche und konsequente Kampf der Arbeiter der Druckerei vom 25. Schariwar, die dem Schah gehört, ist ein lebendiges Beispiel für die Existenz der Kampfbereitschaft der Bevölkerung für Freiheit und bessere Lebensbedingungen. Auch hier zeigte sich ein neues Phänomen, das von dem hohen Niveau des Bewußtseins der Arbeiter zeugt. Trotz der Versuche des SAVAK, die Streikfront aufzulösen, indem die bewußtesten Kräfte entlassen wurden, kämpften die Arbeiter für die Wiedereinstellung ihrer Kollegen.

Offene Briefe durchbrachen die Zensur

Die Forderungen der Arbeiter wurden mit Nachdruck von der Gewerkschaft der Druckereiarbeiter unterstützt. Nach einem Aufruf der Gewerkschaft zur materiellen Solidarität für die Entlassenen wurden innerhalb einer Woche von den Druckereiarbeitern Teherans mehr als 100 000 Tuman (etwa 33 000 DM) gesammelt.

Der Kampf der Studenten an den Universitäten Irans hatte zunächst im Rahmen der gewerkschaftlichen Forderungen für den Erhalt der Selbstverwaltung im Bereich der Bücherei, der sportlichen, kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Vereinigungen, die während der Sommerferien vom SAVAK aufgelöst worden waren, begonnen. Er griff allmählich auf alle Universitäten des Iran über und wurde zu einem Freiheitskampf. Das glänzende Beispiel für die Erweiterung des Widerstands ist die Verlegung der „Vorlesungsabende der Schriftsteller und Dichter“ in die Teheraner Universität, verbunden mit den darauffolgenden Ereignissen. Es war in den letzten Jahren ohne Beispiel, daß sich einige tausend Menschen im Forum der Universität einfanden, um Autoren und Dichtern zuzuhören, die fast alle aufgrund der Verteidigung freiheitlicher und patriotischer Ideen einige Zeit in SAVAK-Gefängnissen zugebracht hatten.

Diese qualitativ neue Entwicklung der studentischen Bewegung, die dem Regime ein Dorn im Auge ist, wurde zum Anlaß genommen, gegen die Bewegung vorzugehen.

In dieser Situation wurden neue Methoden angewandt. Während das Regime bisher offen mit Maschinengewehren gegen die Demonstranten vorging, versuchte es dieses Mal, indirekte Methoden anzuwenden. Bei den Studentendemonstrationen am 14. November vor der TU Teheran und am 15. November in den Teheraner Straßen, die nach Aussagen aller ausländischen Reporter ganz friedlich vor sich gingen, versuchten Agenten des Regimes durch Erzeugung von Unruhe, Zerschlagen von Fensterscheiben und Verbrennen von Autos, die Teilnehmer als Unruhestifter zu brandmarken und damit ihre Brutalität zu rechtfertigen.

Nach Angaben des Regimes wurden 12 Personen wegen dieser Delikte verhaftet und mit der Begründung, daß ihre Straftat nicht politisch sei, vor Gericht gestellt, was im Gegensatz zur bisherigen Methode der Verurteilung durch Militärgerichte steht.

Aufgrund des Ratschlags Präsident Carters an den Schah scheint das Regime zur Anwendung amerikanischer Methoden bei der Bekämpfung der Demokraten überzugehen. Die Hinrichtungen Saccos und Vanzettis, der Rosenbergs sowie die Verurteilungen von Angela Davis und der Wilmington 10 sind Beispiele für die amerikanische Gerichtsbarkeit. Man versucht, sich durch einige falsche Zeugen in den öffentlichen Gerichten und einige Dutzend bestellte „Zuschauer“ ein demokratisches Gesicht zu geben und damit die geschlossenen Verhandlungen der Militärgerichte zu ersetzen, die den Protest aller freiheitsliebenden Menschen der Welt erzeugt haben. Zu dieser neuen Methode gehört ferner, daß sich der Schah als Anhänger des „Kampfes des Präsidenten von



Teheraner Alltag: Abtransport Gelangener in die Folterkammern von Ewin

Chronologie des Volksprotestes



14. 11. 1977: Der Schah wird von Carter in Washington empfangen. Dort kommt es zur größten Protestdemonstration seit Ende des Vietnamkrieges. SAVAK-Agenten und regimetreue Studenten inszenieren Schlägereien, bei denen es 100 Verletzte gibt.

15. 11.: An der Technischen Universität (TU) in Teheran ist eine Schriftstellerlesung geplant. Aus Angst vor Anti-Schahäußerungen greift die Polizei ein und schließt angesichts des Zustroms von Tausenden die Tore der TU. Die Ausgesperrten ziehen daraufhin durch die Straßen und protestieren gegen das despotische Regime.

16. 11.–20. 11.: Immer wieder kommt es zu Versammlungen und Demonstrationen, auf denen die Empörung gegen die Politik des Schah zum Ausdruck kommt. Bei brutalen Einsätzen des SAVAK und der Polizei, die z. T. in ziviler Kleidung auftritt, werden hunderte von Menschen verletzt und verhaftet.

21. 11.: Die Demonstrationen erreichen ihren vorläufigen Höhepunkt. Zivile Schlägertrupps greifen Demonstranten an und töten 47 Menschen. Insgesamt werden in dieser Woche 67 Personen getötet. Mehr als 20 000 Angehörige aller Bevölkerungsschichten bekundeten trotz z. T. akuter Lebensgefahr öffentlich ihren Protest.

9. 1. 1978: In der Stadt Kum (religiöses Zentrum 100 km südlich Teherans) eröffnen Schahtruppen das Feuer auf friedliche Menschen in einer Moschee. Bei dieser Aktion gibt es mehr als 70 Tote.

Amerika in der Sache der Menschenrechte“ bezeichnet und seine Schwester (Prinzessin Ashraf, d. Red.) in der UNO ein Kommuniqué zur Verurteilung der Folter vorschlägt. (...)
Die Proteste, Streiks und Demonstrationen der Studenten in den Tagen nach den blutigen Ereignissen in den Teheraner Straßen zeigen, daß sich die demokratischen Kräfte auch durch die neuen Methoden des Regimes nicht unterdrücken lassen. Am 20. November versammelten sich die Studenten der TU Teheran, um die Rede des bekannten iranischen Autors M. A. Beh-Azin anzuhören. Der SAVAK verhinderte diese Rede und schlug die Studenten nieder. Am 22. November wurden Beh-Azin und sein Sohn verhaftet. Beh-Azin wurde jedoch zwei Wochen später aufgrund des Druckes der öffentlichen Meinung innerhalb und außerhalb des Landes unter Kautio n freigelassen.

Die Angst des Regimes gilt nicht nur studentischen Zusammenkünften, sondern jeder Versammlung, die einen politischen Inhalt besitzt. Auch in diesen Fällen werden vom Regime neue Methoden angewendet. Als sich am 21. November, einem religiösen Festtag, in einem Garten in der Nähe Teherans etwa 1000 Personen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen trafen, um soziale und politische Probleme zu diskutieren und religiöse Zeremonien vorzubereiten, wurden sie von SAVAK-Agenten mit Schlagstöcken und Messern überfallen.

Aus allen Ereignissen kann man folgende Schlüsse ziehen: Das Regime wurde aufgrund der verschärften Widersprüche in der iranischen Gesellschaft, der Ausbreitung der Unzufriedenheit unter der Bevölkerung in einem noch nie dagewesenen Ausmaß und infolge des zunehmenden Interesses der demokratischen Kreise der Welt dazu gezwungen, die traditionellen Methoden zur Niederschlagung der Gegner zu revidieren.

Die Nachrichten aus dem Iran bezeugen, daß das Regime im Rahmen dieser neuen Methode bestrebt ist, die öffentliche Meinung gegen die demokratischen Kräfte aufzubringen. Der SAVAK schickt z. B. „Delegierte“ der Zünfte zu den Pressenhäusern, damit diese dort „im Namen der Arbeiter Unterstützungskundgebungen“ für das Schah-Regime abhalten. Die Rastakhizpartei mobilisiert alles Gesindel, um Teilnehmer an Versammlungen und Demonstrationen einzuschüchtern.

Die Notwendigkeit einer antidiktatorischen Front

Was sich im Verlauf der Ereignisse der letzten Monate herauskristallisiert hat, läßt sich wie folgt zusammenfassen: In vielen Fällen herrschte Übereinstimmung. Fast alle Gruppen und Persönlichkeiten haben sich einheitliche Ziele gesetzt und sind bestrebt, sich dafür einzusetzen. Die meisten offenen Briefe, Proteste und Demonstrationen sprechen sich gegen das despotische Schah-Regime und für die Erlangung demokratischer Freiheiten aus, die in der iranischen Verfassung und der Liga der Menschenrechte verbrieft sind. Diese Tatsache beweist die Richtigkeit der Losung der Tudeh-Partei Irans von der Notwendigkeit der Einheit aller Kräfte in einer antidiktatorischen Front zur Beseitigung des Schah-Regimes und zur Erlangung und Sicherung demokratischer Freiheiten. Nur durch diese Einigkeit kann man die räuberische Herrschaft der imperialistischen Monopole und des Schah-Regimes beenden und den Weg für den Fortschritt der iranischen Gesellschaft und für die Nutzung der riesigen nationalen Reichtümer im Interesse der Bevölkerung ebnen.

Von Bedeutung ist, daß sich die richtigen Methoden des politischen Kampfes, die Aufklärung, Mobilisierung und Organisation der Bevölkerung, im Gegensatz zu manchen falschen Methoden in den letzten Jahren, durchgesetzt haben. Nicht nur die absolute Mehrheit derjenigen, die bis vor kurzem Anhänger und Verbündete der terroristischen Metho-

den der „Stadtguerillas“ waren, orientieren sich jetzt an den politischen Massenkämpfen, sondern auch innerhalb solcher Organisationen wird über die Unfruchtbarkeit der „Guerilla-Methoden“ diskutiert. Die Erklärung einer abgespaltenen Gruppe der „Organisation der Guerillas der Fedain des Volkes“, die sich für die Losung der antidiktatorischen Front als einzig möglichem Weg zur Beseitigung des Schah-Regimes ausgesprochen hat, ist ein gutes Beispiel für die Durchsetzung der richtigen Kampfform gegenüber der kräftevernichtenden Methode der Stadtguerillas.

Ultralinke Elemente und Gruppierungen, die sich noch nicht von falschen und schädlichen Methoden gelöst haben, fügen durch ihre abenteuerlichen Kampfmethoden der anwachsenden Massenbewegung schweren Schaden zu, da sie dem SAVAK unter der Losung „Verteidigung der Ordnung“ den Vorwand des Eingreifens geben. Es besteht kein Zweifel, daß in vielen Fällen der SAVAK selbst Provokationen vorbereitet und seine Elemente in die Reihen der Demonstranten schickt. Aufgabe der für die Demokratie kämpfenden Gruppen muß es daher sein, praktische Vorsorge für die Wirkungslosigkeit der Absichten der Provokateure zu treffen.

Der Kampf kann nur zum Erfolg führen durch Aufklärung der Werktätigen in Stadt und Land, durch Mobilisierung der Volksmassen, durch Organisation eines breiten Bündnisses gegen das diktatorische Schah-Regime und seine räuberische Politik. (...)

(Quelle: Donya, o. O., 3. Reihe, Nr. 9/Dezember 1977)

Anfang Februar d. J. reiste Ägyptens Präsident Anwar al Sadat mit einem „Hilferuf“ nach Washington zu US-Präsident Carter, denn die israelische Begin-Regierung hatte bei den letzten Runden der Separatverhandlungen ihre Unnachgiebigkeit eher noch verhärtet. Und das obgleich Sadat in einem Interview Mitte Januar nicht einmal mehr ausschloß, „daß israelische Truppen — möglicherweise zusammen mit jordanischen Einheiten — in einem Palästinenserstaat auf dem Westufer des Jordan patrouillieren dürfen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 1. 1978) Doch Sadats Bereitwilligkeit zum völligen Ausverkauf der Palästinenserrechte erbrachte lediglich ein stures Beharren Israels auf Erhalt seiner Siedlungen und Militärkontrollpositionen im Fall einer denkbaren Räumung des Sinai. Mehr noch, forcierte Israel mit der Errichtung der seit Oktober 1977 bereits 10. zionistischen Neusiedlung im Westjordangebiet provokativ seine Annexionspolitik. Der darob verbitterte Sadat erhielt auch tatsächlich Carters Unterstützung für seine Verurteilung des Begin'schen Siedlungsaffronts, allerdings — so verlautete aus Washington — könne man mehr Einfluß auf Begin nicht geltend machen (vgl. Newsweek und Time, 13. 2. 1978). Angesichts des offenkundigen Krisenzustandes der ägyptisch-israelischen Separatverhandlungen läuft derzeit das Liebeswerben beider Seiten in den USA und Westeuropa auf Hochtouren: Während Moshe Dajan eine Rundreise durch die USA bestritt, reist Sadat am 9. Februar von Washington nach London und Bonn weiter. Zuvor hatte Sadat bereits in arabischen Königshöfen, am herzlichsten bei Marokkos Hassan II., Mitgefühl und in Peking geradezu ungläubliche Unterstützung für seine proamerikanische Kapitulationspolitik gefunden: Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Neues China vom 5. Februar würdigte Parteivorsitzender Hua Kuo Feng erstmals offen Sadats Separatvorstoß mit den Worten, seine Haltung gegenüber Israel sei „rechtmäßig und in Übereinstimmung mit den Interessen der Ägypter, Palästinenser und anderer arabischer Völker.“

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und die antimperialistischen Regimes des arabischen Raumes haben hingegen auf dem 2. Gipfel der Arabischen Front des Widerstands in Algier am 5. Februar Sadats Separatkurs als Politik „im Rahmen des imperialistisch-zionistischen Plans“ zur Liquidierung der arabisch-palästinensischen Befreiungsbewegung angeklagt (Dokumente der 1. Konferenz von Tripolis im Dezember 1977 siehe AIB 1/1978). In ihrer politischen Erklärung, die wir hier im vollen Wortlaut dokumentieren, formulierten sie gemeinsame Gegenmaßnahmen. Ferner berieten sie einen gesonderten Aktionsplan, der allerdings erst nach einer angestrebten Einbeziehung des in Algier ferngebliebenen ölreichen Irak verabschiedet werden soll. Im Fall des Zustandekommens einer syrisch-palästinensisch-irakischen Militärallianz und der vollen Nutzbarmachung der libysch-irakischen Ölmilliarden auf Seiten der Arabischen Front des Widerstands wäre ein echtes Gegengewicht gegen die reaktionäre Achse Ägypten-Jordanien-Saudi Arabien durchaus erfolgversprechend. So gesehen, erscheint Sadats konterrevolutionäre Ungeduld nur zu verständlich. . .

Politische Deklaration des 2. Gipfels der Arabischen Front des Widerstandes

Im Rahmen ihrer periodischen Tagungen und auf Einladung von Präsident Houari Boumedienne, Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien und Vorsitzender des Revolutionsrates, hat die Konferenz der Staatschefs der Front der Festigkeit und des Widerstands am 2. und 4. Februar 1978 ihre zweite Sitzung abgehalten. An dieser Konferenz nahmen teil: Präsident Houari Boumedienne, Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien; Präsident Hafez el Assad, Präsident der Syrischen Arabischen Republik; Oberst Muammer el Ghaddafi, Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses des Libyschen Sozialistischen Volksstaates; Abdel Fattah Ismail, Generalsekretär der Vereinigten Politischen Organisation Nationale Front der Volksdemokratischen Republik Jemen; Yassir Arafat, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Oberkommandierender der Streitkräfte der Palästinensischen Revolution.

Die Konferenz, die vom Glauben an die Einheit der arabischen Nation und an die Einheit ihres Kampfes, ihres Werdens und ihres Strebens durchdrungen ist, die den nationalen Charakter der Verantwortung für die Verteidigung der Ziele und der Rechte der arabischen Nation bekräftigt,

die angesichts der unmittelbaren Gefahren, welche die arabischen Nation im Machrek (ostarabische Kernregion Palästina, Libanon, Syrien, Jordanien, d. Red.) und im Maghreb

(nordafrikanische Mittelmeeranrainer Libyen, Tunesien, Algerien, d. Red.) bedrohen, getreu an den Prinzipien der arabischen Solidarität festhält,

die den Erfordernissen entspricht, welche die Fortsetzung des Kampfes gegen den Zionismus, den Imperialismus und den Rassismus auferlegt,

hat die Entwicklungen nach der 1. Tagung der Front der Standhaftigkeit in Tripolis in ihrer Gesamtheit erörtert (Wortlaut der Tripolis-Erklärung in AIB 1/1978, d. Red.) einschließlich der Fortsetzung des imperialistischen Plans, in dessen Rahmen Präsident Sadat mit dem zionistischen Feind zusammenwirkt, und aufgrund dessen er Konzessionen eingeht, die dem Wesen der nationalen und historischen Rechte der arabischen Nation schaden.

Die Konferenz hat gleichzeitig sowohl die aktuelle Situation in der arabischen Welt erörtert als auch die Versuche bestimmter Regimes, Präsident Sadat politisch zu decken, um Ägypten zu isolieren und es von seiner natürlichen und historischen Position auf dem Schlachtfeld gegen den israelischen und imperialistischen Feind zu entfernen. Die Konferenz schätzt ein, daß diese Versuche darauf abzielen, das ägyptische Regime zu einem Werkzeug in den Händen des Zionismus und Imperialismus zu machen, um den Marsch der arabischen Nation zur Befreiung, zum Fortschritt und zur Einheit zu bremsen und zu verhindern, daß das palästinensische Volk seine nationalen Rechte wiedererlangt.

Die Ziele des amerikanisch-zionistischen Nahostplans

Eine detaillierte Erörterung der aktuellen Lage machte deutlich, daß die laufenden Ereignisse die Richtigkeit der Analyse bestätigen, die durch die Konferenz von Tripolis angesichts der Gefahren getroffen wurde, die für die Zukunft und die obersten Lebensinteressen der arabischen Nation bestehen. Im Hinblick darauf stellt die Konferenz fest:

1. Präsident Sadat wirkt im Rahmen des amerikanisch-zionistischen Plans, der die Möglichkeiten für die Realisierung eines gerechten Friedens auf der Basis des völligen Rückzugs von allen okkupierten arabischen Gebieten und der Garantie der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Bildung eines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Territorium, unterminieren soll. Das



sind Rechte, die übrigens von der internationalen Gemeinschaft anerkannt sind und durch die Resolutionen der arabischen Gipfelkonferenzen, durch die Vereinten Nationen, die islamischen Staaten, durch Afrika, die sozialistischen Länder und die nichtpaktgebundenen Länder bekräftigt wurden. Der amerikanisch-zionistische Plan versucht ebenfalls, die Aussöhnung mit dem Feind zu konkretisieren, die Legitimität seiner Existenz anerkennen zu lassen, Verhältnisse der Unterordnung auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet zu seinen Gunsten in der Region einzurichten und so dem Zionismus zu gestatten, die arabische Nation zu beherrschen und sich deren Reichtümer und Potenzen anzueignen. Gleichzeitig zielt der Plan darauf ab, Israel dabei zu helfen, seine Politik der Expansion und der Bewahrung der okkupierten Territorien unter dem betrügerischen Vorwand von Sicherheitsgründen durchzusetzen und zu rechtfertigen. Er öffnet auch den Weg zur Verwirklichung der Grundziele des Zionismus und des Imperialismus durch die Liquidierung der Rechte des palästinensischen Volkes und durch die aufgezwungene Verwirklichung von Projekten, die grundsätzlich den nationalen Hoffnungen der Palästinenser entgegengesetzt sind, wie das Projekt der Bildung einer schwachen und untergeordneten Einheit (im Westjordangebiet, d. Red.).

2. Der imperialistische Plan zielt darauf ab, das ägyptische Regime in die Rolle des Agenten zu drängen, der sich den Hoffnungen der afrikanischen und arabischen Völker ebenso entgegenstellt wie die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit, der Verwirklichung ihrer Befreiung und der freien Wahl ihrer Optionen für den Fortschritt.

3. Dieser Plan hat gleichzeitig zum Ziel, Ägypten wie auch andere arabische Staaten aus dem Rahmen der Politik der Nichtpaktgebundenheit herauszulösen, um sie an das imperialistische Lager anzubinden, und mit allen Mitteln eine Konfliktsituation mit der Sowjetunion, den anderen sozialistischen Staaten und den Befreiungskräften der Welt zu schaffen. Das durch diese Aktionen verfolgte Ziel besteht darin, das internationale Gleichgewicht zu beeinträchtigen, die arabische Nation von ihren Freunden zu trennen und sie der Unterstützung

zu berauben, die sie in ihrem Kampf für die Verwirklichung ihrer nationalen Ziele braucht.

4. Die wirklichen Ausmaße des gegenwärtig gegen die arabische Nation im Machrek und im Maghreb geschmiedeten Komplotts erscheinen wie die Glieder ein und derselben Kette, die die einen mit den anderen durch die expansionistischen Ambitionen und die direkte militärische Intervention der imperialistischen Kräfte und ihrer Knechte verbindet, die die Freiheit der Völker und ihr Recht auf Selbstbestimmung angreift und den Prinzipien der Souveränität und der Unabhängigkeit schadet.

5. Der amerikanisch-zionistische Plan zielt auch darauf ab, die arabische Solidarität in ihrer Mission der Mobilisierung der arabischen Energien für die Befreiung der besetzten arabischen Territorien und die Rückeroberung der Rechte des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Feind auf-

zuweichen. Er versucht zugleich, einen Zustand der Spannung und der Spaltung in den arabischen Reihen mit der Absicht hervorzurufen, diesem Plan zustimmen zu lassen, ohne daß es darauf eine globale Reaktion und Widerstand gibt. Zugleich sind die feindlichen Projekte darauf gerichtet, dem zionistischen Feind zu gestatten, die internationale Solidarität gegenüber der palästinensischen Sache und der arabischen Rechte in dem Moment zu schwächen, da man sich überall in der Welt des expansionistischen und rassistischen Charakters Israels sowie der Möglichkeiten bewußt wird, die es dem Imperialismus eröffnet, gewaltsam in die Region zurückzukehren und das Problem des Nahen Ostens allein zu regeln.

6. Die Vereinigten Staaten, Israel und Präsident Sadat setzen sich gegenwärtig dafür ein, die Grundlagen einer israelisch-ägyptischen Separatlösung zum Schaden der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, der PLO, seines einzigen und rechtmäßigen Repräsentanten, und der besetzten arabischen Gebiete zu suchen. Die so von den Vereinigten Staaten, Israel und Ägypten gebildete Achse soll zugleich einige arabische Länder für diese Absichten mit dem doppelten Ziel gewinnen, für Präsident Sadat zu bürgen und die Elemente der Verschwörung zu vervollständigen.

Nach der Erörterung des Ernstes der Situation in der arabischen Nation sowie der Gefahren, die sie bedrohen, hat die Konferenz entsprechend den Erfordernissen der Lage und auf der Grundlage der arabischen Gipfelkonferenzen sowie der Deklaration von Tripolis eine bestimmte Anzahl von Maßnahmen und Entscheidungen getroffen:

1. Die Konferenz bekräftigt ihr Festhalten an der Deklaration von Tripolis und den dort getroffenen Entscheidungen. Sie besteht auf der Notwendigkeit, den Kampf fortzusetzen, um das derzeitige Komplott zu vereiteln und um alle Versuche scheitern zu lassen, die darauf abzielen, die Araber in die Niederlage, in die Kapitulation zu treiben, die palästinensische Sache zu liquidieren, die Existenz Israels zu konsolidieren und es ihm zu ermöglichen, die Region sowohl politisch als auch ökonomisch und militärisch zu beherrschen.

2. Die Konferenz bekräftigt ihre Entschlossenheit, alle Versuche zurückzuweisen, welche die Liquidierung der palästinensischen Sache zum Ziel haben. Sie warnt alle arabischen Seiten, regierend oder nicht regierend, Gruppen oder Personen, welche versuchen sollten, die Beschlüsse der arabischen Gipfel von Algier und Rabat unter dem Vorwand zu verletzen – in welcher Eigenschaft auch immer –, das palästinensische Volk zu vertreten, während der einzig legitime Vertreter dieses Volkes die PLO ist.

3. Die Konferenz bekräftigt die Bedeutung der arabischen Solidarität, die darauf gerichtet ist, die okkupierten arabischen Territorien zu befreien und die Palästinenser ihre unabdingbaren nationalen Rechte wiedererlangen zu lassen, was die Mobilisierung aller arabischen Kräfte in der Konfrontation mit dem israelischen Feind sowie die Fortsetzung der Anstrengungen und der Kontakte mit den arabischen Staaten einschließt, welche die Politik Präsident Sadats nicht unterstützen. So wird sich die arabische Position gestärkt erweisen, und für die Herstellung einer wirksamen arabischen Solidarität im Rahmen der Beschlüsse, die von den verschiedenen arabischen Gipfelkonferenzen gefaßt worden sind, werden die besten Bedingungen geschaffen.

4. Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit, darauf hinzuwirken, die breiteste internationale Unterstützung für den gerechten Kampf der arabischen Nation zu gewinnen und die Kooperation mit Afrika, den islamischen Staaten, den nichtpaktgebundenen und den sozialistischen Ländern mit der Sowjetunion an ihrer Spitze zu verstärken. Die Konferenz begrüßt die Solidarität, die Afrika gegenüber dem palästinensischen Volk und der arabischen Nation manifestiert, die Solidarität, die das volle Bewußtsein Afrikas hinsichtlich der Gefahren illustriert, die die imperialistischen Manöver mit ihren unheilvollen Auswirkungen auf die afrikanische Befreiungsbewegung in sich bergen.

5. Die Konferenz erklärt, daß sie jedes Abkommen zurückweist, das auf Kosten der obersten Interessen der arabischen Nation geschlossen wird, und verurteilt jedes Abkommen, das die Rechte des palästinensischen Volkes und seine gerechte Sache antastet. Die Konferenz erklärt feierlich, daß Präsident Sadat weder das Mandat noch das Recht noch die Vorrechte hat, das palästinensische Volk zu vertreten oder in seinem Namen zu verhandeln. Die PLO ist der einzige Repräsentant dieses Volkes. Er ist auch nicht ermächtigt, über das Schicksal der okkupierten syrischen Gebiete zu diskutieren. Der laufende Konflikt betrifft die gesamte arabische Nation. Folglich kann Präsident Sadat nicht allein über die Entwicklung dieses Konflikts entscheiden, denn der Frieden kann nur ein arabischer Frieden sein. Die Konferenz ist informiert worden über den Inhalt der Botschaft, die Yassir Arafat, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation und Oberbefehlshaber der Kräfte der palästinensischen Revolution, beschlossen hat, an die Staatschefs, die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und an den Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen zu richten. In dieser Botschaft bekräftigt Yassir Arafat, daß allein die Palästinensische Befreiungsorganisation das legitime Recht hat, im Namen des palästinensischen Volkes zu sprechen. Deshalb haben weder Präsident Sadat noch andere Parteien das Recht, Palästina zu vertreten. Ebenso kann kein Frieden, der das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes und seines einzigen legitimen Repräsentanten, der Palästinensischen Befreiungsorganisation, ignoriert, in der Region verwirklicht werden. Die Konferenz drückte ihre Überzeugung aus, daß die der Freiheit, der Gerechtigkeit und dem Frieden verbundenen Kräfte ihre Unterstützung für Syrien und für das palästinensische Volk sowie für die arabische Nation in ihrem gerechten und legitimen Kampf verstärken werden.

6. Die Konferenz ist der Ansicht, daß es mehr denn je die Pflicht der arabischen Nation ist, fest an der Seite Syriens und der PLO zu stehen und ihnen Hilfe und Unterstützung

mit allen Mitteln zu gewähren, um Lösungen zu vereiteln, die nur den zionistischen Absichten und den imperialistischen Interessen dienen werden. Die Konferenz glaubt außerdem, daß die arabischen Länder verpflichtet sind, ihre Möglichkeiten umzustellen, mit allen Mitteln ihre Anstrengungen zu mobilisieren und dahingehend zu wirken, daß das strategische Gleichgewicht zwischen Syrien und dem zionistischen Feind realisiert wird.

7. Die Konferenz drückt ihre Unterstützung für das arabische Volk Ägyptens und für seine fortschrittliche Avantgarde aus, die sich mutig dem imperialistischen Komplott und allen Manövern entgegenstellt, die darauf abzielen, Ägypten von der arabischen Nation, von seinem Kampf, von seinen Zielen und von seinen Bestrebungen zu trennen.

8. Die Konferenz erklärt, daß die arabische Nation weiterhin für einen gerechten Frieden, übereinstimmend mit den Prinzipien der Freiheit und der Gerechtigkeit und dem Recht der Völker, über sich selbst und über ihre Zukunft zu verfügen und zu entscheiden, wirken wird. Die Konferenz würdigt die breite internationale Unterstützung für die Sache der arabischen Nation, die Position der Front der Standhaftigkeit gegen die laufende Verschwörung, die darauf gerichtet ist, die Sicherheit der Völker der Region und den Frieden in der Welt anzutasten.

9. Die Konferenz bringt ihre tiefe Besorgnis hinsichtlich der kolonialistischen Militärintervention in der Westsahara und über die Gefahr zum Ausdruck, die diese Intervention für die Unabhängigkeit der arabischen Staaten und für ihre kollektive und nationale Sicherheit darstellt. Sie drückt ihre tiefe Beunruhigung angesichts des Aggressionskrieges aus, der gegen das arabische Volk der Westsahara geführt wird, und ebenso hinsichtlich der Vorkehrungen, die der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung entsprechend der Resolutionen der Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) entgegenstehen. Sie warnt die kolonialistischen Kräfte vor den unheilvollen Konsequenzen, die sich aus ihrer militärischen Intervention in Afrika und in der arabischen Welt ergeben werden.

10. Die Konferenz drückt ihre große Beunruhigung über die ausländische Militärpräsenz in Oman aus und unterstreicht ihre Unterstützung für das omanische Volk in dem Kampf, den es für seine Befreiung, für seine Unabhängigkeit und für seine nationale Souveränität führt.

11. Die Konferenz hat die Bedeutung erörtert, die der Konsolidierung der Verbindungen mit den Befreiungsbewegungen in Afrika zukommt, der festen Unterstützung, die ihnen zu gewähren ist, und dem Kampf, der gegen die rassistischen Regimes, den natürlichen Verbündeten Israels, fortgeführt werden muß.

12. Sie verurteilt die imperialistische Einnischung in Afrika, drückt ihre große Besorgnis angesichts der Entwicklung der Situation am Horn von Afrika aus und bekräftigt in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die Souveränität und die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten ebenso wie die Beschlüsse der OAU zu respektieren.

Die gegenwärtigen Gefahren und Herausforderungen diktieren der arabischen Nation neue Verantwortungen und nötigen sie, ihre Solidarität und ihren Kampf zu verstärken ebenso wie sie ihr die Notwendigkeit aufzwingen, ihre Anstrengungen auf die Ziele zu richten, die ihr übertragen sind. In jeder Lage hat es die arabische Nation ebenso verstanden, ihre Feinde mit Standhaftigkeit zurückzuweisen wie sie es verstanden hat, entschlossen die Prüfungen zu bestehen und die gegen sie gerichteten Verschwörungen zu vereiteln.

Die Massenerhebungen auf okkupiertem palästinensischem Territorium und die arabischen Volksmanifestationen ihrer lebendigen Kräfte und ihrer nationalen und fortschrittlichen Organisationen illustrieren die feste Entschlossenheit unserer Nation, ihren Weg zur Einheit, zur Befreiung und zum Fortschritt fortzusetzen.

(Quelle: Neues Deutschland, Berlin, 6. 2. 1978)

Studie der Universität Uppsala

Bonns Verstrickung in den Apartheidexport

Je mehr die Rassisten im südlichen Afrika den Boden unter den Füßen verlieren, halten sie Ausschau nach Ländern in Lateinamerika, die sich willig zeigen, weiße Aussiedler aufzunehmen. Wie der Studie der Fakultät für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Uppsala in Schweden zu entnehmen ist, wollen vor allem die USA und die BRD in enger Kooperation mit der Weltbank einen Massensexodus nach Lateinamerika mit Millionenbeträgen finanzieren.

Bolivien bemüht sich um das größte Kontingent, nämlich um 150 000 Menschen. Das militärfaschistische Banzer-Regime will sich so offensichtlich eine Massenbasis anheuern. Zunehmend unüberhörbar sind die Forderungen der Arbeiterklasse nach Lohnerhöhungen und einer sofortigen Generalamnestie geworden, für die im Augenblick 800 Bolivianer im Hungerstreik stehen. In einem eintägigen Generalstreik unterstützte die verbotene Bergarbeitergewerkschaft den Hungerstreik und schloß sich den Forderungen nach Abschaffung des Staatssicherheitsgesetzes, das der Regierung unbeschränkte Befugnisse einräumt, an. Die Streitkräfte Boliviens sowie die Sicherheitsorgane befinden sich im Alarmzustand.

Die Befreiung der letzten Enklaven des Kolonialismus und Rassismus im südlichen Afrika in naher Zukunft ist nunmehr, zumindest was Rhodesien und Namibia anbetrifft, unausbleiblich. Auf längere Sicht wird auch das Volk Südafrikas das Apartheid-Regime beseitigen und seine Freiheit erringen. Dies ist der unaufhaltsame Gang der Geschichte. Was gegenwärtig von allen nüchtern denkenden Menschen der Welt erkannt wird, können allmählich selbst die Kolonialisten, das weiße Minderheitsregime und die sie traditionsgemäß unterstützenden Mächte, nicht mehr übersehen. Es ist jedoch offenkundig, daß die Kolonialisten und ihre internationalen Gönner wider besseres Wissen ihre letzten Stellungen auf dem afrikanischen Kontinent nicht widerstandslos aufgeben werden. Die Vielzahl der gegen die kämpfenden Völker verübten Gewaltakte sowie die Provokationen gegenüber bereits befreiten Ländern dieser Region sind Beispiele für die Methoden, zu denen sie greifen, um dieses System zu verteidigen.

Das 150 Mio-Angebot Bonns

Diese Methoden werden in naher Zukunft sicherlich noch breitere Anwendung finden. Zugleich bedienen sie sich noch geeigneterer Praktiken, um gewissermaßen ihre Interessen und Privilegien zu wahren. Eine dieser zur Zeit immer deutlicher in Erscheinung tretenden Methoden besteht in dem Plan einer massenweisen Umsiedlung weißer Rassisten in andere Regionen der Welt, vor allem nach Lateinamerika. Schon jetzt verlassen Monat für Monat Hunderte von Kolonialisten einzeln oder gruppenweise Namibia und Rhodesien. (. . .)

Eine Massenauswanderung ist zweifelsohne eine der besten Möglichkeiten, die den Westmächten verblieben sind. Die in Erwartung einer früher oder später errichteten afrikanischen Mehrheitsherrschaft durch den ehemaligen US-Außenmini-

ster Kissinger zur Entschädigung der weißen Rhodesier angebotenen 2 Mio Dollar können nur als eine „Entschädigung“ jener gewertet werden, die ohnehin eine Auswanderung vorziehen. Trotz der Leugnung von offizieller Seite ist es eine Tatsache, daß die Regierung der BRD bereit ist, Auswanderungsprojekte zu finanzieren, vor allem wenn es sich um Gruppen von Personen handelt, die deutscher Herkunft und in Namibia ansässig sind.

Die Weltpresse veröffentlichte unlängst verschiedenen Quellen entstammende Berichte über ein Angebot Westdeutschlands von 150 Mio Dollar für Regierungen lateinamerikanischer Staaten, die Einwanderer aufnehmen. Frau Brutel, Leiterin der Abteilung Ausländerangelegenheiten der Einwanderungsbehörde des holländischen Ministeriums für Soziales sowie Beraterin der holländischen Delegation bei der Zwischenstaatlichen Kommission für Europäische Auswanderung (ICEM) bejahte in einem Interview, daß Herr Jelden vom westdeutschen Ministerium für Entwicklungshilfe im November 1976 auf einer Konferenz in Kostarika den Regierungen Argentiniens, Brasiliens, Boliviens, Uruguays und Venezuelas diese Summen unter der Bedingung angeboten hat, daß sie bereit wären, auf ihren Territorien 30 000 Familien deutscher Abstammung aufzunehmen. Die Regierung Boliviens ging sofort auf dieses Angebot ein.

Direkte Verhandlungen zwischen Rhodesien und Bolivien/Argentinien

Außerdem erklärte Frau Brutel, daß „Verhandlungen über konkrete Vereinbarungen geführt wurden, wenn auch nicht offiziell“. Vertreter der BRD bekräftigten, daß sie „selbstverständlich helfen würden“, wenn die ungewisse Lage im südlichen Afrika andauern sollte.

Auch die holländische Regierung ist bereit, die Umsiedlung von Kolonialisten nach Lateinamerika zu finanzieren. Dies machte Frau Brutel in dem erwähnten Interview deutlich, als sie sagte: „Man kann seinen Landsleuten doch keine Hilfe versagen.“

Auch die Weltbank, die Interamerikanische Bank für Entwicklung sowie andere Finanzagenturen sind an diesen Umsiedlungsplänen beteiligt. Sie treten als Vermittler einer Gewährung von Wirtschaftshilfe auf, die die Regierungen der USA, der BRD, Hollands und Großbritanniens auch indirekt leisten wollen, da sie mit Rücksicht auf ihr internationales Ansehen bestrebt sind, eine offene und direkte Beteiligung an der kolonialistischen Umsiedlung einer größeren Anzahl von Menschen aus Südafrika nach Lateinamerika zu umgehen.

Wie die Fakten beweisen, zeichnet die ICEM für die Umsiedlung der Auswanderer verantwortlich, obwohl ihre führenden Vertreter eine Beteiligung dieser Einrichtung an dem Unternehmen leugnen. In Wahrheit führte die ICEM Verhandlungen mit den lateinamerikanischen Regierungen.

Am 14. Februar 1977 besuchte Mr. Leon, der in dieser Einrichtung für lateinamerikanische Angelegenheiten zuständig ist, zusammen mit einer rhodesischen Delegation, die an



Deutscher Klub von La Paz: Die deutschstämmige Großbourgeoisie konzentriert 1/3 der bolivianischen Wirtschaft und stützt die Banzer-Diktatur. Der Apartheidimport soll beider Macht zementieren.

einem Studium der in den nachstehend genannten Ländern bestehenden Bedingungen interessiert war, Bolivien und Argentinien. Diese Meldung erschien im Februar 1977 in bolivianischen Zeitungen, in der englischen Tageszeitung *The Times* vom 17. März und in der in Buenos Aires erscheinenden Tageszeitung *La Razon* vom 21. März. Auch die in Johannesburg erscheinende südafrikanische Zeitschrift *The Star* bestätigte am 23. April 1977, daß die ICEM direkt an der Verhandlungsführung beteiligt war. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß diese Einrichtung versucht, die an die Öffentlichkeit gedrungene Wahrheit mit Dementis zu verschleiern, welche Desinformation verbreiten und Verwirrung stiften sollen. Dies geschieht vermutlich in der Absicht, Zeit für die Verwirklichung ihrer Pläne zu gewinnen.

Während verschiedene lateinamerikanische Länder, wie Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela ihr Interesse an einer begrenzten und bedingten Einwanderung bekundet haben, gab die bolivianische Regierung ihre Absicht bekannt, 30 000 Einwandererfamilien, d. h. etwa 150 000 Personen, aufzunehmen. Die erste Information darüber entstammte offiziellen Quellen. Am 9. Januar 1977 teilte der Stellvertreter des Sekretärs der Einwanderungsbehörde Boliviens, Dr. Guido Strauss Ivanovic, der Presse mit, daß die Regierung bereit sei, 1977 die erste größere Gruppe bedeutender weißer Einwanderer deutscher und holländischer Herkunft aus Namibia, Südafrika und Rhodesien aufzunehmen. Seine Erklärungen waren in der am 10. Mai in der bolivianischen Hauptstadt erschienenen Tageszeitung *Presencia* abgedruckt. *Presencia* befindet sich im Besitz der katholischen Kirche und hat die höchste Auflagenziffer. Offenbar waren die Verhandlungen schon lange Zeit vor diesem Termin aufgenommen worden, da Anfang 1976 ein neues Einwanderungsgesetz verabschiedet und ein Nationaler Einwanderungsrat geschaffen worden war, um die Aufnahme und Ansiedlung der Einwanderer zu unterstützen.

Diesbezügliche Meldungen aus Bolivien besagten, daß dieser Plan einer massenweisen Einwanderung die Wirtschaftshilfe durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland (das von Vertretern der BRD auf der oben genannten Tagung in Kostarika gemachte Angebot über 150 Mio Dollar) sowie die Internationale Kommission für Europäische Auswanderung, welche einen Teil der Transportkosten zu übernehmen in Aussicht stellte, einkalkulierte. Diese Meldungen erzeugten in Bolivien sowie in der ganzen Welt eine ablehnende und kritische Haltung, was die Regierung der BRD und die ICEM bewog, ihre Rolle zu leugnen. Dabei verstrickten sie sich in eine Reihe von Widersprüchen, die letztendlich nur das Bestehen eines Planes bestätigten, an dessen Verwirklichung gearbeitet wird.

Es gibt nichts zu dementieren

Der Direktor des ICEM-Büros in Caracas (Venezuela), Mr. Jorge Mora, teilte im Gegensatz zur Leugnung der Tatsachen durch die BRD-Regierung mit, daß „Bonn mit Bestimmtheit Unterstützung angeboten und konkretisiert hat“. Er sagte, daß Bolivien ganz bestimmt diese erste Gruppe von 150 000 Weißen aus Südafrika aufnehmen würde. „Bolivien“, fügte er hinzu, „wird in wenigen Wochen eine offizielle Entscheidung treffen, wobei man eine positive Antwort erwarten darf.“ (Quelle: Tageszeitung *Presencia*, La Paz, 15. Mai 1977, sowie die Wochenschrift *Vrij Nederland*, Amsterdam/Holland, 30. April 1977.) Die Zeitschrift *The Star* vom 23. April 1977 bestätigt die Existenz eines Planes zur Umsiedlung von Personen aus Südafrika nach Bolivien.

Wir sind außerdem im Besitz des Textes eines von Mr. Strauss für das Ministerium für Planung der bolivianischen Regierung, Mr. Juin Lechin Suarez (November 1976), verfaßten Memorandums, das die verschiedenen Maßnahmen darlegt,

die bis zu diesem Termin von den Einwanderungsbehörden eingeleitet wurden. Es enthält auch Vorschläge über einige Maßnahmen zur Konkretisierung des Planes der Einwanderung aus Südafrika.

Die spanische Tageszeitung El Pais vom 17. April 1977 bringt eine aus Caracas stammende Meldung, wonach ein bolivianischer Wirtschaftsexperte vor dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem (SELA) erklärte, daß Bolivien aktiv für eine Einwanderung weißer Kolonialisten aus Rhodesien, Namibia und Südafrika eintritt. Schließlich veröffentlichte die mexikanische Zeitung Exelsior am 8. Mai 1977 die Stellungnahme des bolivianischen Konsuls Mario Cuellar zu verschiedenen kritischen Äußerungen, die zuvor in der gleichen Zeitung erschienen waren. Die Antwort kann nur als eine absolute Bestätigung sämtlicher erhobenen Anschuldigungen verstanden werden. Der bolivianische Botschafter in Mexiko, Waldo Cerruto, bestätigt ebenfalls in Presseerklärungen die Vorschläge seiner Regierung, weiße Kolonialisten aufzunehmen.

Auf der Grundlage dieses gesamten Beweismaterials sind wir in der Lage, folgende Schlußfolgerungen zu ziehen:

- a) Es bestehen Pläne der Auswanderung aus dem südlichen Afrika nach Lateinamerika.
- b) Diese Pläne werden von den Regierungen der Vereinigten Staaten sowie westeuropäischer Staaten, vor allem der BRD und möglicherweise Hollands und Großbritanniens, ökonomisch und politisch unterstützt.
- c) Die ICEM ist an dem Umsiedlungsprojekt stark beteiligt.
- d) Bolivien ist gegenwärtig das Land, das bereit ist, eine große Anzahl von Einwanderern aufzunehmen und hat zu diesem Zweck bereits besondere Siedlungsgebiete festgelegt.
- e) Andere Länder Lateinamerikas werden in geringerem Umfang Einwanderer bedingt aufnehmen.
- f) Wir können bei diesem Umsiedlungsplan eindeutig mili-

tärstrategische Interessen in bezug auf die Pläne für einen Südatlantikpakt feststellen.

Es ist kein Zufall, daß die Weltbank der bolivianischen Regierung einen Kredit über 25 Mio Dollar für den Zweck gewährt hat, in den für die Ansiedlung der Kolonialisten bestimmten Gebieten moderne Flughäfen zu errichten. Diese Gebiete besitzen weder die wirtschaftliche Bedeutung noch die entsprechende Bevölkerungsdichte, die so umfangreiche Investitionen rechtfertigen würden. Das Projekt des Flughafenbaus ließe sich nur aus der Sicht eines künftigen Bevölkerungsüberschusses größeren Ausmaßes erklären. Es ist bezeichnend, daß auch andere, vorwiegend von Japan gewährte Kredite dem Zweck dienen, in den besagten Gebieten Straßen zu bauen.

Natürlich wenden sich die Öffentlichkeit und Organisationen Boliviens in verschiedenen Ländern Europas und Amerikas energisch gegen die Pläne der faschistischen Diktatur General Banzers, die darauf gerichtet sind, das Land mit den aus dem südlichen Afrika importierten Überresten des kolonialen Rassismus zu kolonisieren. Sie haben richtig erkannt, daß dies für ein Land wie Bolivien, das vorwiegend mit Eingeborenen-Nationalitäten bevölkert ist, die durch die neuen Kolonialisten unweigerlich ausgebeutet würden und unter rassistischer Diskriminierung zu leiden hätten, eine nationale Katastrophe heraufbeschwören würde. Der vom bolivianischen Volk unter der Losung „Apartheid muß beseitigt und nicht exportiert werden“ geführte Kampf ist mit dem Ringen der afrikanischen Völker für die Beseitigung der afrikanischen Völker für die Beseitigung des Kolonialismus sowie mit dem von allen demokratischen Kräften der Welt geführten Kampf für die völlige Beseitigung der letzten Überreste imperialistischer Politik in Afrika auf das engste verbunden.

(Quelle: New Perspectives, Helsinki, 6/1977, S. 24/25)

Guatemala

Interview mit Mario Cordon und Ariel Moreno

Massenaktionen setzen neue Zeichen

Ende vergangenen Jahres hatte das AIB Gelegenheit zwei Vertreter der Patriotischen Arbeiterjugend Guatemalas (JPT), Mario Cordon und Ariel Moreno, über die aktuelle Entwicklung der demokratischen Bewegung in Guatemala zu befragen. Dabei wurden besonders auch jene neueren Entwicklungen beleuchtet (siehe auch AIB 5/1977).

FRAGE: Die internationale kapitalistische Wirtschaftskrise hat mit Sicherheit auch auf die Lebensbedingungen des guatemalteken Volkes durchgeschlagen. Wie hat die Arbeiterklasse Eures Landes darauf reagiert?

ANTWORT: Die weltweite Wirtschaftskrise des kapitalistischen Systems beeinflusste in charakteristischer Weise die wirtschaftliche Entwicklung in Guatemala. Die Bewegung hat mit viel Energie darauf reagiert. Die Jahre 1975, 1976 und 1977 waren praktisch die Jahre des höchsten Standes der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.

In erstaunlicher Weise sind Gewerkschaften aus dem Boden geschossen und was noch positiver ist, sie haben sich in dem Nationalen Komitee der Einheitsgewerkschaft zusammengeslossen, in dem praktisch 75 % der organisierten Arbeiter



Politische Getangene und Verschwundene zuhau.

des Landes zusammengefaßt sind. Darüber hinaus repräsentiert diese Gewerkschaftsbewegung das unabhängige Handeln der Arbeiterklasse, d. h. sie ist weder eine weiße noch eine gelbe Gewerkschaftsbewegung, noch hat sie kollaborativen Charakter. Man kann sagen, daß es praktisch eine klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung ist. Sie hat sich entwickelt trotz der erlittenen starken Unterdrückung.

Scheitern weißer Gewerkschaften

FRAGE: Könnt Ihr dafür Beispiele nennen?

ANTWORT: Ich möchte Euch ein Beispiel geben, das charakteristisch ist für die harten Bedingungen, unter denen sich diese Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat. Es handelt sich hier um die Gewerkschaft, die sich in dem Coca Cola-Unternehmen bildete. Es passierte nach dem Erdbeben im Januar 1976, das 26 000 Menschenleben kostete und Tausende von Wohnungen von guatemaltekischen Familien zerstörte. In der Zeit hatte diese Gewerkschaft über acht Monate versucht, ihre legale Anerkennung zu erreichen. Am Ende des achtmonatigen Kampfes gründete die Unternehmensleitung eine weiße Schein-Gewerkschaft, die sofort von der Regierung anerkannt wurde. Den Arbeitern blieb keine andere Wahl, als zu streiken und die Fabrik zu besetzen. Die Regierung setzte gegen sie die Anti-Aufuhr-Einheit, „Modelleinheit“ genannt, ein. Sie warf die Streikenden unter Einsatz von Bomben und brutaler Gewalt, die viele Streikenden verletzte, aus der Fabrik. Sie nahm elf führende Arbeiter gefangen und 189 Arbeiter verloren ihre Arbeit. Es entwickelte sich jedoch eine breite nationale Solidarität mit dem mutigen Kampf der Coca Cola-Arbeiter, daß sich die Regierung gezwungen sah, die Gefangenen freizulassen. Sie mußte die weiße Gewerkschaft als nicht existent erklären und die authentische Gewerkschaft der Arbeiter anerkennen. Gleichzeitig mußte sie die Arbeiter für die Zeit während des Streiks bezahlen.

FRAGE: Hat diese Bewegung auch andere soziale Gruppierungen erfaßt?

ANTWORT: An der Streikbewegung in Guatemala nahmen auch die Bankangestellten, die Stadtangestellten, die Angestellten der Universität San Carlos und die Verwaltungsangestellten teil. Und es gab Bewegungen, die nicht ihren Höhepunkt in Streiks hatten, wie z. B. die der Staatsbeamten, die kein Recht auf gewerkschaftliche Organisierung haben. Diese Bewegungen waren sehr wichtig. Z. B. verweigerten die Bankangestellten eine isolierte Verhandlung mit den jeweiligen Direktoren und zwangen sie kollektiv mit der Vereinigung der Bankangestellten zu verhandeln.

Wichtige Erfolge errang die Gewerkschaft der Stadtangestellten und die Gewerkschaft der Universität San Carlos, nämlich teilweise mehr als 40 % Lohnerhöhungen. Streikbewegungen wurden im Land auch von den Studenten initiiert, die für die Verbesserung der Studienbedingungen kämpften, weil das neue Studienjahr unter schlechten Bedingungen begann. Der größte Teil der Institute und der Schulen waren vom Erdbeben beschädigt worden. Die Forderung nach besseren Lehrräumen und Materialien sowie mehr Lehrkräften mobilisierte Tausende von Studenten, unterstützt durch die Professoren.

FRAGE: Welche konkreten Funktionen übt das guatemaltekische Militär aus?

ANTWORT: 1964 führte das Militär einen Putsch gegen die zunehmend mobilisierten Volksmassen durch, bevor die oppositionellen Kräfte die Wahlen gewinnen konnten. Während der Jahre 1964-1970 organisierte das Militär eines der größten Massaker, die das Land je gesehen hat. Es wurden mehr als 30 000 Menschen umgebracht. Die Zählung des Komitees der Familienangehörigen der Verschwundenen wies darüber hinaus nach, daß es 4 000 Witwen und 9 000 Waisen gab.

Gegenwärtig werden einige Einheiten der Armee und der nationalen Polizei eingesetzt. Da gibt es z. B. die mobile Militärpolizei. Sie ist praktisch eng verbunden mit den großen Unternehmen, mit den Landgütern und den Großgrundbesitzern. Diese Kreise mieten die Polizei praktisch wie Söldner, um ihre privaten Interessen zu schützen. Diese Polizei ist verantwortlich für Tausende von Morden an Bauern und aktiven Kräften des Volkes.

Der Terrorismus von Militärs und Banden

Auch die Sicherheitspolizei des Militärs, bekannt unter der Bezeichnung G2, nimmt aktiv an der Unterdrückung teil. Und neuerdings wurde eine Geheimorganisation gebildet, die sehr eng mit der Regierung verbunden ist. Sie widmet sich der Verfolgung von politischen Aktivisten, also einem sehr gezielten Verbrechen. Sie arbeitet als regionales Kommunikationszentrum der Regierung, im Volk ist sie bekannt als die regionale Polizei. Sie ist verantwortlich für die jüngsten Verbrechen, wie z. B. im Fall des Rechtsanwalts Mario Lopez, der wichtig und bekannt war als Arbeiterberater des Nationalen Komitees der Einheitsgewerkschaft. Dieselbe Polizei verübte im letzten Jahr Attentate auch auf sozialdemokratische Führer, wie gegen den Rechtsanwalt Manuel Colon Argueta und gegen den Präsidenten der Universität San Carlos.



Antifaschistische Massendemonstration im August 1977 in Guatemala-City: 60 000 protestierten...

Die bekanntesten militärischen und politischen Geheimorganisationen, die sich in Guatemala in dem traurigen Ruf der Unterdrückung der nationalen Volksbewegung stehen, sind die MANO Blanco (faschistische „weiße“ Bewegung der Nationalistischen Organisation, d. Red.), der Blitz, Cadec, die Todesschwadron, die Antikommunistische Geheimarmee und die Geheimarmee der antikommunistischen Jugend. Auch die regionale Polizei hat denselben Ruf.

FRAGE: Aus welchen Kräften setzt sich die linke Bewegung in Eurem Land zusammen?

ANTWORT: Die wichtigsten Kräfte der Linken in Guatemala sind die Guatemaltekeische Partei der Arbeit (PGT) und ihre Jugendorganisation Patriotische Arbeiterjugend Guatemalas (JPT). Sie stellen die konsequentesten und entwickeltsten Kräfte der Linken im Lande dar. Die PGT ist eine Partei der Arbeiterklasse und hat Einfluß auf die Massenbewegung und auf die Jugendbewegung. Jedoch ist sie eine illegale Partei. Aufgrund der gegenwärtigen Verfolgung muß sie im Untergrund arbeiten. Das schafft viele Probleme bezüglich des Wachstums der Partei.

Dann ist da die Guerilla-Armee der Armen (EGP). Sie ist eine Organisation, die eine das Militärische überbetonende Strategie verfolgt und isolierte Aktionen durchführt. Obwohl es in ihrem Konzept nicht bewußt angelegt ist, ersetzen sie doch Massenaktionen durch Aktionen von kleinen Gruppen. Dies ist eine Strömung, die an der Konzeption von Che Guevaras Fokus-Guerillas festhält und sie auf Guatemala überträgt. Bei ihren Versuchen, die Fokus-Guerillas zu schaffen, erfuhr die Organisation viele Niederlagen, weil die Armee bereits über eine bewährte und entwickelte Anti-Guerilla-Strategie verfügte.

Andere linke Organisationen sind die Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte (FAR), eine Organisation, die unter dem Eindruck der kubanischen Revolution entstand. Sie hat heute viel an Kraft und Ansehen verloren und sich sehr von der Volksbewegung isoliert. Sie hat gegenwärtig keine das Militärische verabsolutierende Linie wie in der Vergangenheit. Gegenüber der PGT vertritt sie eine destruktive und arrogante Position. Sie spricht ihr die Qualität als Partei der Arbeiterklasse ab. Sie fordert die Gründung einer neuen Partei. Aufgrund dieser Positionen spaltete sie sich, was sie noch mehr schwächte und letztlich gegen sie selbst richtete. Dies sind die heutigen linken, revolutionären Organisationen im Lande.

FRAGE: Gibt es darüber hinaus politische Organisationen oder Parteien, mit denen eine Zusammenarbeit möglich ist?

ANTWORT: Im Land gibt es andere Strömungen, die man zum Zentrum der Linken rechnen kann, darunter die Ver-

einte Front der Demokratischen Revolution (FURD), die einen großen Einfluß auf Intellektuelle und das Kleinbürgertum ausübt. Sie kämpft für einige Veränderungen im Lande, wie für eine Agrarreform, die Erweiterung der demokratischen Rechte und ihrer Anwendung sowie die Respektierung der Menschenrechte. Was die demokratischen und Menschenrechte betrifft, so gehört die FURD zu den zentristischen Kräften, mit denen man Bündnisse schließen kann. Linke Teile der FURD schlossen sich zur Authentischen Revolutionären Partei auf der Grundlage einer sozialdemokratischen Plattform zusammen. Sie hat ein progressives bürgerlich-demokratisches Programm. Beide Parteien sind nicht legal. Das Ziel dieser beiden sozialdemokratischen Bewegungen beschränkt sich auf die Modernisierung des Kapitalismus. So ist nicht in allen Punkten eine Zusammenarbeit möglich.

Die Nationale Front gegen Gewalt

Die Christdemokratische Partei Guatemalas (PDC) ist eine bürgerlich-demokratische Partei. In ihr finden sich linke Strömungen, mit denen in der Frage der demokratischen Rechte eine Zusammenarbeit möglich ist. Deshalb ist sie als legale Partei die stärkste, die breiteste Unterstützung genießt. Die PDC hat bei den Wahlen 1974 die größte Rolle in der Nationalen Front gespielt. Wegen skandalöser Fälschungen verlor sie jedoch die Wahlen und, weil sie die Bevölkerung nicht dagegen mobilisierte, verlor sie auch an Einfluß.

FRAGE: Was waren die Gründe für die Bildung der Nationalen Front und welche Ziele verfolgt sie?

ANTWORT: Die nationale Front gegen die Gewalt und für die Verwirklichung der Menschenrechte bildete sich in Guatemala mit dem Ziel, die demokratischen und Volkskräfte gegen die Unterdrückungspolitik der Oligarchie und der Regierung zu vereinen. Dies war praktisch das fundamentale Ziel, das sich aus der Notwendigkeit der Volksbewegung entwickelte, nämlich eine Politik gegen den ultrarechten Terrorismus zu errichten.

Diese terroristische Politik hat mehr als 30 000 Tote gefordert, darunter 20 Mitglieder des Zentralkomitees der PGT, einschließlich ihres Generalsekretärs. Die Front machte Propaganda gegen die Politik der Nichtbeachtung der Menschenrechte wie Entführungen und illegale Inhaftierung von Personen, die dann verschwanden. Sie machte Propaganda gegen die Existenz der faschistischen und paramilitärischen Banden und trat ein für demokratische Rechte, speziell gewerkschaftliche und politische Rechte der Massen.



... gegen politische Morde und das Verschwindenlassen revolutionärer Führer

Gespräch mit A. Maidana, J. Rojas und A. Acorta Wir werden Paraguay frei sehen!



Gesprächspartner (v. l. n. r.) J. Rojas, A. Alcorta und A. Maidana; eingekerkertes M. A. Soler

Als 1958 die paraguayische Gewerkschaftszentrale CPT zum Generalstreik aufrief, gehörten Antonio Maidana, Julio Rojas und Alfred Alcorta zu seinen Organisatoren. Unter dem seit 1954 andauernden Ausnahmezustands-Regime Stroessners (siehe W. Brönnner/U. Rupp, Paraguay — ein „abhängiger Faschismus“, in: AIB, Nr. 5/1977) wurden sie zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, dann aber nicht entlassen, obwohl ein Richter ihre Freilassung anordnete. Erst im Februar 1977 öffneten sich für sie die Gefängnistore. Sie blieben noch über ein halbes Jahr unter Hausarrest und Polizeikontrolle bevor sie ausreisen durften.

FRAGE: In welcher Lage sind die Häftlinge in Paraguay?

A. MAIDANA: Die politischen Häftlinge sitzen in Paraguay wohl länger als in jedem anderen Land Lateinamerikas. Der Hochschullehrer Ananías Maidana Palacios z. B. ist seit 18 Jahren eingekerkert; wofür, das hat man ihm nie gesagt. 14 Jahre in Haft ist der Bauarbeiter Severo Acosta Aranda, ebensolange Limas Acosta, ein führender Gewerkschafter des Buchdruckerverbandes; 12 Jahre die Arbeiterin Idalina Gaona de Acosta und 14 Jahre der Ingenieur Virgilio Barreiro.

Im November 1975 wurde Miguel Angel Soler, Sekretär des Zentralkomitees der KPP (Kommunistische Partei Paraguays) von Stroessners Geheimagenten festgenommen. Zur gleichen Zeit verschwand Derlis Villagra, ein Führer des Kommunistischen Jugendverbandes von Paraguay, ein erfahrener Leiter der Studentenbewegung, der den Spitzeln mehrmals entkommen war. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei wurde er verwundet.

Was aus ihm und aus Soler geworden ist, wissen wir nicht. Uns ist nur bekannt, daß beide grausam mißhandelt wurden, daß sie sich aber gut gehalten haben.

J. ROJAS: Ich möchte noch ein paar Häftlinge nennen: den Bauern Ignacio Chamorro, Mitglied der Liberalen Partei, der schon 18 Jahre sitzt; den Landwirtschaftsexperten Antonín Cardoso — 17 Jahre; den Bäckerarbeiter Felipe Barrera — 10 Jahre; den Maurer Bernardo Cardoso — 14 Jahre; den Bauern Calixto Ramírez — 13 Jahre; den Schuhfabrikarbeiter Emilio Barreto — 13 Jahre in Haft.

Von den Verhältnissen, unter denen die politischen Häftlinge leben müssen, geben die im Konzentrationslager Emboscada

(40 km von Asunción) einen Begriff, in dem wir einige Monate waren. Es ähnelt einem Viehgehege. Die Verpflegung ist grauenhaft, Trinkwasser nehmen die Häftlinge aus einer schmutzigen Quelle. Die Folge ist, daß sie andauernd krank sind. Unter ihnen sind aber Greise, Frauen und sogar Kinder!

FRAGE: Wie kommt es, daß sich Stroessner so lange an der Macht halten kann?

A. MAIDANA: Die Militär- und Polizeidiktatur in Paraguay besteht schon 23 Jahre. Stroessner hält sich ausschließlich durch Terror. Er hat den Belagerungszustand 92mal verlängert. Es gelten Unterdrückungsgesetze, die sich gegen die demokratischen Organisationen, vor allem gegen die KPP, richten. Für die bloße Zugehörigkeit zur KPP bekommt man 5-6 Jahre Haft.

Unterdrückt werden aber außer den Kommunisten auch Angehörige anderer politischer Strömungen, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle. Vor kurzem wurde eine Gruppe von Professoren, Dozenten und Studenten eingekerkert, darunter Dr. Juan Félix Bogade, Dr. Morino und der Ingenieur Conesa. Im vergangenen April verurteilte ein Gericht Stroessners 13 Personen zu Freiheitsstrafen. Sieben von ihnen sind Mitglieder der legalen Febrerista-Partei, die in der Opposition steht.

Bei verschärften Repressalien bereitet Stroessner seine „Wiederwahl“ zum Präsidenten für nächstes Jahr vor. Um der ganzen Farce einen gesetzmäßigen Anstrich zu geben, mußte er die Verfassung ummodellieren, die er selbst 1967 einführte.

Die Arbeiterbewegung hat es schwer

Seine Diktatur, die blutigste in der Geschichte Paraguays, könnte sich ohne den Rückhalt bei den imperialistischen, vor allem den nordamerikanischen Monopolen keinen Tag halten. Damit revanchieren sie sich bei ihm für die Möglichkeit, die Schätze des Landes zu plündern.

Starke Positionen in der Wirtschaft Paraguays haben drei US-Konzerne inne. Seit fast 50 Jahren haben sie Konzessionen für das ölr.iche Chaco, ein großes Gebiet im Westen unseres Landes, das sie faktisch unumschränkt beherrschen.

FRAGE: Welche Formen hat der Kampf der Massen gegen die Diktatur und für bessere Lebensverhältnisse?

A. ALCORTA: Die Behörden behaupten, im Land herrsche Burgfrieden. Der Minister für Industrie und Handel, Delfin Ugarte Centurión, verstieg sich in einem Gespräch mit japanischen Unternehmern so weit, zu behaupten, in Paraguay brauche man jetzt die Löhne nicht zu erhöhen, weil die Arbeiter mit ihrer Lage zufrieden seien, weshalb sie ja auch nicht streikten. Die Unternehmer könnten also ruhig Geschäfte mit Paraguay machen.

Von einem Burgfrieden in unserem Land kann aber gar keine Rede sein. Die Werktätigen kämpfen für ihre Rechte und Demokratie.

Die Arbeiterbewegung hat es schwer. In allen Betrieben des Landes hat die Diktatur, besonders unter der sogenannten Arbeiteraristokratie, ihre Agenten. Kaum beschließt eine Belegschaft, in den Streik zu treten, da hinterbringen es die Spitzel den Behörden, und die Streikleiter werden eingesperrt. Trotzdem läßt sich die Arbeiterklasse nicht unterkriegen.

In letzter Zeit wurde auf dem Bau des Wasserkraftwerks Acaray zweimal gestreikt. Daraufhin ließen die Behörden mehrere Arbeiterführer spurlos verschwinden. Unter den Transportarbeitern wächst die Unzufriedenheit – ihr Arbeitstag dauert öfter 18 Stunden. Ihre Rechte sind durch kein Gesetz geschützt. Für das geringste Verschulden, für den geringsten, wie unerfindlich auch immer entstandenen Defekt und für einen beliebigen Verkehrsunfall müssen sie Strafe zahlen. Sie sind gezwungen, z. B. für den Achtstundentag zu kämpfen – und das im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts! –, ebenso für elementare Gesetze, die ihre Arbeitsverhältnisse regeln würden. Die Druckerei- und Hafnarbeiter sowie die Lehrer fordern eine 30- bis 40prozentige Lohn- bzw. Gehaltserhöhung. Und noch ein Beispiel: der Konflikt bei der Schlacht-

und Kühlhausfirma San Antonio, wo die Arbeiter auch höhere Löhne und bessere Arbeitsverhältnisse gefordert haben. Schon diese vereinzelt Aktionen der Werktätigen strafen die Behauptung der Behörden Lügen, daß im Lande ein Burgfrieden herrsche, wenn sich diese Aktionen auch noch nicht zu einer Massenstreikbewegung entwickelt haben.

J. ROJAS: Auf dem Lande besteht neuerdings eine Form des Widerstandes gegen die Diktatur in den sogenannten Agrarligen, einer Art Genossenschaften gegenseitiger Hilfe. Zu solchen Ligen vereint, legen die Bauern Straßen an und bauen kleine Brücken. Aber selbst diese verhältnismäßig harmlose Form von Bauernorganisation ist Stroessner suspekt, weil sie nicht den Behörden untersteht. Deshalb benutzen diese einen beliebigen Vorwand, um eine Liga aufzulösen. Polizei fällt in Dörfern ein, wo eine Liga besteht; sie demoliert Bauernhäuser und verhaftet aktive Mitglieder der Liga. Einer 73jährigen Bäuerin, die wir im KZ Emboscada kennenlernten, hat die Polizei ihre vier Söhne umgebracht.

A. MAIDANA: Der Zorn siegt über die Angst. Unser Volk will nicht mehr schweigen, obwohl auf jedes unzufriedene Wort Gefängnis steht. Der Protest wird sogar in der legalen Presse laut, wenn – aus begreiflichen Gründen – auch nur gedämpft. Bezeichnend ist aber schon der Umstand, daß die Presse nach der kürzlichen Festnahme der Hochschullehrer und Studenten nicht wie früher schwieg, sondern protestierte, und zwar in Form von Zuschriften der Angehörigen. Auch wurden Erklärungen des Studenten- und des Medizinerverbandes veröffentlicht.

Die Geduld des Volks von Paraguay hat ihre Grenzen. Wir sind überzeugt, daß der Kampf gegen die Diktatur anschwellen wird. Wir werden Paraguay frei sehen.

(Quelle: Neue Zeit, Moskau, Nr. 46/1977)

Daten zu Paraguay



Territorium und Bevölkerung: Auf einer Fläche von 406 700 qkm (ca. Größe der BRD und DDR zusammengenommen) leben 2,8 Mio Einwohner, davon 95 % allein in der Hauptstadt Asunción und den östlichen Landesteilen (1/3 der Gesamtfläche). Die Bevölkerung setzt sich zu 95 % aus Mestizen, zu 3 % aus Indianern, zu 2,6 % Weißen und 0,4 % Negern zusammen. Das Bevölkerungswachstum beträgt 2,7 %.
Religion: 89 % römisch-katholisch.
Sprache: Spanisch (Amtssprache) und Guarani.

Wirtschaft: Paraguay ist ein schwach entwickeltes, vom Auslandskapital beherrschtes Agrarland mit einer über die teilweise Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte nicht hinausgehende Industrie. Nur unbedeutende Bodenschätze (Mangan, Eisen, Kupfer). 60 % der Bevölkerung leben von der Vieh- und Landwirtschaft, die aber nur mit 33 % zum Bruttosozialprodukt beiträgt, dagegen

ein aufgeblähter Handels- und Dienstleistungssektor 49 %, die Industrie 14-16 %.

Das Prokopf-Nationaleinkommen in Höhe von jährlich ca. 280 Dollar (1974) ist neben dem Haitis und Boliviens eines der niedrigsten in Lateinamerika. Hauptausfuhrsgüter sind fast ausschließlich Produkte der Land- und Forstwirtschaft (Baumwolle, Fleischkonserven, Bohnen).

Soziale Lage: Von den etwas über eine Million Erwerbsfähigen sind 1/3 erwerbslos oder nur während 3-6 Monaten der Erntezeiten beschäftigt. Eine einheitliche Sozialgesetzgebung existiert nicht. In den letzten 15 Jahren sind auf der Flucht vor Polizeiwillkür und auf der Suche nach Arbeit rund 1 Mio Menschen nach Argentinien, Brasilien oder Uruguay emigriert.

Wegen ungenügender Gesundheitsversorgung – auf 5 000 Einwohner kommt in den ländlichen Gebieten ein Arzt – und Unterernährung beträgt die Lebenserwartung von 65 % der Gesamtbevölkerung nur 28 Jahre. Die Analphabetenquote liegt nach offiziellen Angaben zwischen 22 und 27 %.

Geschichte:

- 1536–1539 Eroberung durch die Kolonialmacht Spanien
- 1811 Proklamation des unabhängigen paraguayischen Staates
- 1864–1870 Vernichtungskrieg Argentinien, Brasiliens und Uruguays gegen Paraguay
- 1932–1935 Krieg zwischen Bolivien und Paraguay u.a. das Chaco-Gebiet, wo Öl vermutet wird
- 1951 Abkommen mit Washington über technische Hilfe
- 1954 Machtergreifung General Alfredo Stroessners
- 1963 Scheindemokratisierung durch Zulassung bürgerlicher Parteien und Reinstallierung eines Rumpfparlaments mit vorgegebener 2/3-Mehrheit von Stroessners Colorado-Parei
- 1967 Neue Verfassung, die Stroessners Allmacht im nachhinein legalisieren soll
- 1977 Verlängerung der Präsidentschaft Stroessners auf Lebenszeit

Neues zum Widerstand in Südafrika

Obwohl der Widerstand der Bevölkerung Südafrikas seit dem 16. Juni 1976 (Soweto-Aufstand) aus der Berichterstattung auch hierzulande nicht mehr wegzudenken ist, bleibt der Leser bislang auf Veröffentlichungen angewiesen, die entweder Teilbereiche des Widerstands zum Gegenstand oder aber den Charakter persönlicher Erfahrungen- und Erlebnisberichte haben. Ein solches Buch, das ganz von den persönlichen Erfahrungen und der unmittelbaren, wenn gleich beobachtenden Teilhabe am Geschehen lebt, ist der jetzt erschienene Bericht:

Reinhard Brückner, Südafrikas schwarze Zukunft. Die Jugendunruhen seit 1976 – ihre Ursachen und Folgen, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/M. 1977, 135 S., 9,80 DM.

Schon die Person des Autors macht diese Veröffentlichung interessant: Brückner ist Pfarrer und war ab 1972 im Auftrag der EKD Direktor der (evangelischen) „Christlichen Akademie für das südliche Afrika“, das eng mit dem im Oktober 1977 zusammen mit den Organisationen der Black Consciousness-Bewegung verbotenen Christlichen Institut kooperierte. Ende November 1976 schon hatte Vorsters Regime – das „Terrorismusgesetz“ zum Vorwand nehmend – zahlreiche Mitarbeiter der Christlichen Akademie verhaftet und Brückner in die Bundesrepublik abgeschoben. Brückners in christlicher Überzeugung begründete Gegnerschaft zum System der Rassendiskriminierung und Apartheid hatte ihn auf die andere Seite der Barrikade gebracht, zur entschiedenen Parteinahme für die unterdrückte Mehrheit des Systems.

Das Buch schildert konkret und anschaulich den Ablauf der Soweto-Ereignisse, in der Regel aus der persönlichen Sicht des engagierten Beobachters und aus Begegnungen mit am Geschehen direkt beteiligten Schwarzen, denen der Autor im Urteil stets den Vortritt läßt. Lesenswert wird das Buch auch durch die verständlich geschriebene Darstellung der Realität des Apartheidsystems, die Brückner an drei relevanten gesellschaftlichen Teilbereichen schildert: am System der Bantu-Erziehung (S. 24-41), an den sozialen und diskriminierenden Verhältnissen in Soweto, das hier für eine Vielzahl schwarzer Vorstadt-Gettos modellartig vorgeführt wird (S. 42-59), und am System des Homeland- oder Bantustansystems (S. 60-76). Die Sympathie des Autors gilt der Black Consciousness-Bewegung, der er ein weiteres Kapitel seines Buches widmet. Dennoch verfällt er nicht in den Fehler, diese Bewegung, deren wichtige Funktion es war, der schwarzen Mehrheit neues Selbstbewußtsein und Mut zum Kampf gegen das Regime zu vermitteln, als Ersatz oder gar Gegenspieler der nationalen Befreiungsbewegung, die politisch und programmatisch vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) repräsentiert wird, vorzuführen. Vielmehr ist für ihn der ANC-Führer B. Ngakane „einer der nicht-offiziellen Sprecher Sowetos“ (S. 93). Es klingt wie eine Zusammenfassung der Erfahrungen, die der ANC bereits zehn Jahre zuvor gemacht hat, wenn Brückner schreibt: „Viele Black Consciousness-Leute, Christen mit schwerer Leiderfahrung, sagen heute: Wir haben nun die nie endende Gewalt der Weißen erfahren. Wir kommen um Gewaltanwendung unsererseits nicht mehr herum. Wir wollen aber die Zahl der Opfer möglichst gering halten.“ (S. 102)

Vorstors Vorgehen gegen die Organisationen des Black Consciousness vom Oktober 1977 haben diese Schlußfolgerung erneut unterstrichen. Damit wurden jedoch nicht nur „schwarze“ Organisationen erfaßt, sondern alle, die sich gegen das Apartheidsystem auflehnen, unabhängig von der Hauptfarbe oder politischer und weltanschaulicher Überzeugung. Das sollte Anlaß sein, erneut darüber nachzudenken, ob die den südafrikanischen Alltag bestimmende Rassenschranke tatsächlich die im politischen Kampf entscheidende Trennungslinie ist, oder ob nicht die reale Unterdrückungspolitik des Regimes ein breiteres Bündnis möglich und notwendig macht, um das Ziel eines freien, nicht-rassistischen Südafrika zu verwirklichen.

Anlaß zu dieser Fragestellung gibt auch das Buch:

Gisela Albrecht, Soweto oder Der Aufstand der Vorstädte. Gespräche mit Südafrikanern. Mit einer Einführung von Reinhard Brückner, roforo aktuell, Reinbek 1977, 251 S., 5,80 DM.

Albrechts Buch enthält zur Hauptsache Interviews und Gespräche, die sie nach dem Soweto-Aufstand in Südafrika aufnahm; es enthält sowohl Dokumente aus dem Widerstand als auch Materialien, die die

rassistische Bewußtseinslage der übergroßen Mehrzahl der Weißen veranschaulichen. Höchst problematisch ist jedoch G. Albrechts Sichtweise der Rolle der Black Consciousness-Bewegung, die im Nachwort des Buches mit dem bezeichnenden Titel „Der Aufstand in den Köpfen“ zum Ausdruck kommt. So beklagt sie das Scheitern der Strategie des gewaltlosen Widerstands, ohne jedoch die Konsequenzen, die der ANC selbst gezogen hat, darzustellen. Sie entwirft stattdessen das Bild einer „Revolution in den Köpfen“, derzufolge ihre Schlußfolgerung objektiv auf die Ersetzung des politischen und bewaffneten Kampfes gegen das Regime durch die Gewinnung einer „inneren Freiheit“ über „schwarzes Selbstbewußtsein“ hinausläuft: „Wenn man den Antworten der Schwarzen auf die Frage nach der Gewalt zuhört und wenn man diese Antworten ernst nimmt, dann spricht alles dafür, daß Black Consciousness die Gewalt als psychische Notwendigkeit überflüssig gemacht hat, daß die Schwarzen mit ihrem ‚schwarzen‘ Selbstbewußtsein eine innere Freiheit gewonnen haben, die des Hasses zur eigenen Befreiung nicht mehr bedarf.“ (S. 247) Nicht nur, daß hier der organisierte und auf der politischen Massenarbeit fußende bewaffnete Befreiungskampf, den der ANC seit Ende der 60er Jahre als die Hauptform des Befreiungskampfes auch in Südafrika betrachtet, mit dem verwaschenen und furchteinflößenden „Ausbruch der Gewalt“ verwechselt wird. Er wird schlicht für überflüssig erklärt.

Derartige Fehlinterpretationen sind nur zu vermeiden, wenn man den historischen Hintergrund des Befreiungskampfes in Südafrika und die unterschiedlichen Strömungen der Widerstandsbewegung gegen das Apartheidsystem im Gesamtkontext der nationalen Befreiungsbewegung des Landes betrachtet. Dies ist der Fall bei:

Heinrich Loth, Apartheid und Kirchen. Südafrikanische Christen im Widerstand. Eine historische Untersuchung, Pahl Rugenstein-Verlag, Köln 1977, 239 S., 14,80 DM.

Auf der Grundlage eigener Quellenstudien analysiert Loth aus marxistischer Sicht den positiven Beitrag der Christen im antirassistischen Widerstandskampf. Loth greift zurück auf die frühen antikolonialen Erhebungen, in denen oftmals christliche Erlösungs- und Heilserwartungen eine relative Einheit der afrikanischen Bevölkerung über Stammesgrenzen hinweg gegen die kolonialen Eroberer sicherten. Lesenswert ist es, wie Loth die Rolle der Missionsgesellschaften als Wegbereiter und Stabilisator des Kolonialismus, aber auch des späteren Apartheidsystems herausarbeitet. Den Beitrag afrikanischer Christen zum Widerstand stellt der Autor stets vor dem Hintergrund der Entwicklung der gesamten Widerstands- und Befreiungsbewegung dar. Das macht sein Buch gleichzeitig zu einer Geschichte der nationalen Befreiungsbewegung des Landes. Er zeigt, wie Christen im und mit dem ANC gekämpft und teilweise – wie Albert Luthuli – an der Spitze der Befreiungsbewegung gestanden haben. Loth zeigt die Wurzeln der Aktionseinheit von Christen und Marxisten im gemeinsamen Kampf gegen das Apartheidsystem. Das Bündnis aller an der Beseitigung des Regimes interessierten Kräfte sieht er als den entscheidenden Faktor im nationalen Befreiungskampf an. Kritisch setzt sich Loth mit denjenigen Elementen des Black Consciousness und der „Schwarzen Theologie“ auseinander, die seiner Meinung nach der Herausbildung der notwendigen anti-imperialistischen Einheitsfront im Wege stehen. Bedeutsam ist dabei sein Vergleich zwischen der Black Power- und Black Consciousness-Ideologie bzw. „Schwarzer Theologie“. Wenn gleich es für eine endgültige Beurteilung des Beitrags der „Schwarzen Theologie“ zum Befreiungskampf noch zu früh ist, gibt die Reintegration eines großen Teils der theologisch begründeten Black Power-Bewegung in die US-amerikanische Gesellschaft unter dem Schlagwort eines „Schwarzen Kapitalismus“ genug Anlaß zum kritischen Zweifel an der langfristigen Wirksamkeit eines auf sich allein gestellten Black Consciousness. In einer Zeit, in der zusehends auch weiße Christen in Konflikt mit dem Apartheidsystem geraten, ist Loths historische Untersuchung des Wirkens von Christen im Befreiungskampf, die bei prinzipieller Befürwortung des gemeinsamen antirassistischen Kampfes ideologische Differenzen nicht ausklammert, sondern offen und solidarisch anspricht, ein für beide Seiten unbedingt ansprechendes Buch.

Rainer Falk

Tunesien

Der seit drei Monaten mit Unterbrechungen andauernde Arbeitskampf der tunesischen Gewerkschaft UGTT und der von ihr vertretenen Arbeiter hat Anfang Februar seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Infolge der unnachgiebigen Haltung des Ministerpräsidenten Hedi Nuira gegenüber den berechtigten Arbeiterforderungen war eine umfassende Regierungskrise ausgebrochen, die mit dem Rücktritt von vier Ministern und einem Staatssekretär endete. Nuira kündigte die Unterdrückung der sozialen Unruhen im Lande mit allen Mitteln an. Das brutale Eingreifen des Militärs und der Sicherheitskräfte forderte bisher nach inoffiziellen Angaben der Gewerkschaft über 100 Tote (vgl. Die Zeit, 3. 2. 1978). 400 Menschen, darunter die gesamte Gewerkschaftsspitze, befinden sich wegen der Auseinandersetzungen in Haft. Im Schnellverfahren wurden mehrere Gewerkschafter und Arbeiter wegen „Diffamierung von Regierungsmitgliedern“ und „Aufwiegelung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt“ (Süddeutsche Zeitung, 3. 2. 1978).

Die Streikaktionen sind die größten seit 1956. In jenem Jahr, in dem Tunesien seine Unabhängigkeit von Frankreich erlangte, wurde durch die Absetzung Ben Salahs und die Einsetzung von Habib Achour von Seiten der Regierungspartei des Staatspräsidenten Bourgiba die Gewerkschaft an die Leine gelegt und zum Stillhalten gezwungen. Heute geht es der Arbeiterklasse vor allem um die Durchbrechung des seit über fünf Jahren andauernden Lohnstillstandes und den Kampf gegen Preissteigerungen und Spekulation. Vor allem die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung des Landes (vor allem wird die Küstenregion begünstigt), die fast ungehemmte Tätigkeit ausländischer Konzerne – die Steuerfreiheit während der ersten 10 Jahre genießen und sich nur auf die profitträchtigsten Wirtschaftszweige konzentrieren und hohe Beträge aus Tunesien transferieren – bieten immer wieder sozialen Zündstoff. In letzter Zeit häufen sich die Verurteilungen und Proteste wegen des rücksichtslosen Vorgehens der tunesischen Regierung. So solidarisierten sich Ende Januar der Weltgewerkschaftsbund und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) mit dem Kampf der tunesischen Arbeiter. Der DGB brachte in einem Telegramm seine tiefe Betroffenheit über das „brutale Vorgehen“ und seinen schärfsten Protest gegen die Maßnahmen zum Ausdruck (vgl. DGB Nachrichten-Dienst, 30. 1. 1978).

Friedensbewegung

Aufgrund einer Anregung der Weltentwicklungskonferenz in Budapest im Oktober 1976 (siehe AIB, 11–12/76) veranstaltete der Weltfriedensrat vom 16.–18. Januar d. J. im südjemenitischen Aden ein Internationales Seminar zum Thema „Probleme der sozialökonomischen Umgestaltung in den Entwicklungsländern“. 46 Delegierte von 20 Ländern und Befreiungsbewegungen sowie Vertreter 6 internationaler Organisationen, darunter der UNCTAD, befaßten sich mit den verschiedenen Seiten der internationalen Entwicklungsproblematik. Eines ihrer Ergebnisse war insbesondere die Erkenntnis, daß die von der UNO und den Entwicklungsländern geforderte Neue Internationale Wirtschaftsordnung dauerhaft nur und erst auf der Grundlage zügiger innerer sozialrevolutionärer Veränderungen verwirklicht werden kann. Mit der Erstellung eines Hauptdokuments leistete das Seminar Vorbereitungsarbeit zur bevorstehenden II. Weltentwicklungskonferenz, die vom 9.–13. April d. J. in Tripolis, der Hauptstadt Libyens, stattfinden wird.

Vorankündigung AIB 4/1978:

Das nächste AIB bringt u. a.

- Historisches Hintergrundmaterial und aktuelle Dokumente zum **Grenzkonflikt Vietnam–Kampuchea**
- Interview und Dokumentarisches zur **Chile-Reise Prof. Gerhard Stubys**
- **Somalia**: ein merkwürdiges Land
- Antidiktatorischer Massenwiderstand in **Nikaragua**

Ecuador

Nach sechsjähriger Amtszeit des Obersten Regierungsrates unter Vizeadmiral Alfredo Poveda Burbano fand am 15. Januar d. J. in Ecuador ein Verfassungsreferendum statt. Von den 1,6 Mio Wahlberechtigten sprachen sich 41,95 % für einen neuen Verfassungsentwurf aus. Er sieht ein ziviles Präsidialregime und andere parlamentarische Reformen, eine Verdoppelung der Wählerschaft durch Vergabe des Stimmrechts auch an Analphabeten, die Einführung einer kostenlosen Bildung sowie einer Sozialversicherung vor. Der staatliche Wirtschaftssektor sowie das Recht auf Nationalisierung der Naturreichtümer werden hervorgehoben – wichtig im Hinblick auf den von US-Konzernen Texaco und Gulf Oil ausgebeuteten Erdölreichtum des Landes. Da in der Verfassung darüber hinaus der Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus verurteilt werden, versuchte die Reaktion einen Boykott des Referendums zu erreichen. Nun setzt sie alles daran, das Inkrafttreten der Verfassung zu hintertreiben. Im Übergang von einer Militär- in eine Zivilregierung wird die Er kämpfung weiterer Erfolge für das ecuadorische Volk nicht einfach sein.

Zimbabwe

Ende Januar fand in der maltesischen Hauptstadt La Valetta ein Treffen zwischen den beiden Kopräsidenten der Patriotic Front von Zimbabwe, Joshua Nkomo und Robert Mugabe, sowie dem britischen Außenminister Owen und dem amerikanischen UN-Botschafter Young statt. Während Owen und Young auf dem im September 1977 ausgearbeiteten angloamerikanischen Rhodesien-Plan für eine Übergangslösung beharrten (siehe AIB 12/1977), verlangten die Führer der Patriotic Front eine restlose Beseitigung des Smith-Regimes und die unverzügliche Übergabe der Macht an das Volk von Zimbabwe. Schließlich einigten sich beide Seiten über die Bildung eines „Regierungsrates“, der Rhodesien in die Unabhängigkeit führen soll. Über die Zusammensetzung und genaue Rolle des Rates wurden keine Angaben gemacht. Die Verhandlungen zwischen der Patriotic Front und Großbritannien sollen zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden.

Zur selben Zeit wurden in Salisbury von der Smith-Administration fieberhafte Anstrengungen unternommen, um einer „internen Lösung“ des Rhodesien-Konflikts näherzukommen. Die Gespräche mit den sogenannten „gemäßigten“ Afrikanern Muzorewa, Sithole und Chirau, endeten aufgrund von weitreichenden Zugeständnissen an Smith (so sollen die Weißen 28 % der Sitze im Parlament bekommen und diese Abgeordneten sollen ausschließlich von Weißen gewählt werden) mit einem Konsens.

rote blätter



Einige Themen der neuen Ausgabe:

- rote-blätter-Serie: Der neofaschistische Untergrund
- Hohenheim: Polizeibüßerfall auf AStA
- Amendt: Meine Streikerfahrungen
- Gesellschaft für Menschenrechte: Kreuzfahrt für den kalten Krieg
- Fotoreportage: Widerstand in New York
- Bundeswehrhochschule: Erfahrungen eines Leutnants mit der Regelstudienzeit
- Prof. Klotz: Minderwertige Akademiker durch Regelstudienzeit
- Entlassung des „stern“-Stellvertreters Bissinger
- Ein Sozialdemokrat reist durch die Sowjetunion

Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen. Am billigsten im Abonnement. Ein Jahr für nur 14,80 DM (einschl. Porto). Bestellungen an Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 4600 Dortmund.

Bonn finanziert Eroberungskrieg am Horn

Als im Oktober vergangenen Jahres Jürgen Wischniewski und die Todesschützen der GSG-9 von Mogadischu ins Feld in Somalia zurückkehrten, war das Wort Mogadischu zum Symbol für das erhöhte Selbstbewußtsein des BRD-Vertreters geworden. Zum ersten Mal seit dem willkürlichen Konfliktmord an dem südwestafrikanischen Hererokrieg (1904-07) kehrten deutsche Soldaten von einem ausländischen Kriegsschauplatz als Sieger zurück. Mehr noch. Ihnen war es ausdrücklich gestattet worden, außerhalb der BRD-Grenzen auf fremdem Hoheitsgebiet für Ruhe und Ordnung zu sorgen. So etwas hatte es wirklich noch nicht gegeben. Und als dann kurz darauf Siad Barre, der Präsident dieses merkwürdigen Staates (Einschätzung folgt in AIB 4/1978) auch noch – gerade so wie vor ihm Ägyptens Anwar al Sadat – einen abrupten Bruch mit der Sowjetunion vollzog, war vollkommen klar, daß dieser Mann das besondere Vertrauen der Bonner Regierung verdiente.

Die Stunde der Elefanten: Schlei/Todenhöfer

Die Bewährungsprobe ließ dann auch nicht lange auf sich warten: In Somalias Kasse war gerade eine bedrohliche Ebbe eingetreten, weil das Land zur Zeit einen kostspieligen Eroberungskrieg gegen seinen sozialistisch orientierten Nachbarn Äthiopien führt. Was war also zu tun? Helfen mußte man, schon aus Dankbarkeit für so viel antisozialistische Solidarität. Aber wie sollte man helfen? Die GSG-9 noch einmal hinschicken, war schlecht möglich. Direkt Waffen zu liefern, wäre ebenfalls zu risikoreich gewesen und paßte nicht in das Bild jener entwicklungspolitischen Linie der SPD/FDP-Regierung, die jeweilig rechtliche Variante zu fördern, aber die Brücken selbst zu sozialistischen orientierten Kräften nicht abbrechen. Die sauberste Idee war, Geld zu schicken, mit dem sich Siad Barre dann Waffen kaufen konnte; nach dem Motto: Geld stinkt nicht! Damit wären beide Seiten zufrieden gewesen.

Nur: Es durfte nicht herauskommen. Doch da hatte man die Rechnung ohne Marie Schlei gemacht. Sie verplapperte sich und gab zu, daß Somalia mit den 25 Mio DM natürlich auch Waffen kaufen könne. Darauf reagierte ihr oppositioneller Widerpart, Todenhöfer, sofort mit der Forderung, das Geld zur Waffenfinanzierung gleich aus dem Wehretat zu nehmen. „Die Stunde der politischen Elefanten“ – so die Süddeutsche Zeitung am 27. 1. 1978 – war gekommen.

Die äthiopische Regierung reagierte prompt und warf den Bonner Botschafter, Dr. Johann Christian Lankes, hinaus. Es war dies übrigens sein zweiter Rausschmiß. Bereits 1971 war ihm in der Republik Guinea gleiches widerfahren. Auch damals hatte er seine schmutzigen Finger im Spiel als von der damaligen portugiesischen Kolonie Guinea-Bissau aus eine bewaffnete Intervention gegen Sekou Touré und den antiimperialistischen Kurs Guineas gestartet wurde (zu Lankes Lebenslauf siehe Horizont 6/1978).

Der Grundsatz westdeutscher Außenpolitik, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, war nun für alle sichtbar durchbrochen worden. Aber das war erst die halbe Wahrheit. Die Waffen wurden an den Aggressor geliefert. In fast allein Zeitungen war es noch vor kurzem zu lesen: Der Spiegel vom 30. 1. 1978 sprach von den „somalischen Invasoren der Provinz Ogaden“ und die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 2. 1. 1978 beschuldigte Somalia der „Eroberung fremden Staatsgebiets.“

Wie sollte die ansonsten so fried- und menschenrechtsliebende Bundesregierung die Unterstützung eines Aggressionskrieges bloß rechtfertigen? Eine peinliche Situation war entstanden, die schnelles Handeln erforderlich machte.

Da sich der politische Ideenreichtum einer untergehenden Klasse gesetzmäßig verringert, verfielen die Bonner Propagandisten auf die altbewährte Lüge, die in Europa und auch anderswo für alle möglichen Schandtaten des Imperialismus schon seit Jahrzehnten die Rechtfertigung abgeben muß: Die Russen kommen! Und diesmal zusammen mit den Kubanern. Auf einen Schlag war wieder alles im gewohnten antikommunistischen Lot.

Eine sowjetisch-kubanische Verschwörung gegen Somalia und letztendlich gegen den gesamten afrikanischen Kontinent wurde erlogen. Die politische Zielsetzung war wiederum haargenau die gleiche wie vor beinahe einem Jahr im Fall Angola/Zaire, die wir in Nr. 5/1977 unserer Zeitschrift so beschrieben haben: „Mit Angriffen auf Kuba und die Sowjetunion sollen die Attacken gegen die konsequentesten Befreiungsbewegungen und ihre Führungspersonlichkeiten als gerechtfertigte Eingriffe des westlichen Lagers erscheinen.



Kanzler Schmidt und Siad Barre in Assuan

In ähnlicher Weise wurde in den 50er und 60er Jahren ein internationales Klima erzeugt, daß die Intervention der USA 1954 in Guatemala und 1965 in Santo Domingo rechtfertigen sollte.“

Ähnlich wie 1977 Zaires heruntergekommener Mobutu (siehe auch AIB 10/1977) die Niederschlagung eines in sozialer und politischer Unzufriedenheit wurzelnden Aufstandes mit französisch-marokkanischer Hilfe durch die Erfindung einer „kubanisch-angolanischen Invasion“ zu bemänteln suchte, so meint es heute Siad Barre tun zu können. In einem aktuellen Newsweek-Interview erklärte er laut FAZ vom 5. 2. 1978, „die Intervention Moskaus in seinem Land und in Äthiopien sei Teil eines großen Planes, dessen Ziel die Macht in ganz Afrika sei. Heute mag das Ziel des sowjetischen Militärs Somalia sein. Morgen wird es ein anderes Land in einer anderen Region sein.“ Darauf folgt die Aufforderung an die USA und andere Westmächte, Somalia militärische und finanzielle Hilfe zu leisten.

Welch durchsichtige und dreiste Verkehrung! In Wirklichkeit kämpfen somalische Verbände als Invasoren bis zu 100 km tief auf äthiopischem Gebiet und die Sowjetunion hilft durch ihre Waffenlieferungen dem äthiopischen Volk und seiner revolutionären Regierung bei der Verteidigung ihrer Grenzen – was selbst die FAZ vom 2. 1. 1978 hatte zugeben müssen.

„Die Kubaner kommen!“

Bei den in letzter Zeit konzentriert vorgetragenen Angriffen gegen Äthiopien handelt es sich um ein wohlkoordiniertes Vorgehen der imperialistischen Hauptmächte und von einigen ihnen dienstbaren Staaten, zu deren Wortführern nunmehr auch Anwar al Sadat gehört. Er und der iranische Schah drohten mit Truppenentsendungen. Saudi Arabien agiert als Finanzier. Zum Zweck der Abstimmung ihrer Afrikapolitik trafen sich kürzlich Vertreter der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der BRD in Washington.

Mengistu-Haile-Mariam, der äthiopische Staatschef, äußerte dazu auf einer Massenkundgebung vor 300 000 Menschen am 1. Februar in Addis Abeba die Meinung, daß durch solche Manöver „Wege koordiniert werden, das Horn Afrikas, besonders Äthiopien, sowie das Rote Meer unter die Kontrolle antiäthiopischer Kräfte zu bringen.“ In einer auf der Massendemonstration verabschiedeten Protesterklärung werden die Regierungen der NATO-Mächte USA, BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien sowie ihre reaktionären Alliierten Iran und Saudi Arabien namentlich wegen ihrer feindseligen Haltung gegen die äthiopische Revolution verurteilt. Weiter heißt es: „Ihre Regierung hat sich offen an die Seite der Feinde unseres Landes und unserer Revolution gestellt und leistet ihnen volle diplomatische, materielle und militärische Hilfe. Ihre Regierung führt einen ungerechten Krieg gegen die breiten Massen des sozialistischen Äthiopien und dessen gerechte Sache.“

Diese gerechte Sache gegen die weitere Eskalation des Kriegs am Horn von Afrika (Gesamteinschätzung in AIB 10/1977) verteidigen zu helfen, erfordert eine entschiedene Parteinahme der demokratischen Öffentlichkeit gerade in einem derart kriegsbeteiligten Land wie der Bundesrepublik.